Nr. 140. 29. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 19. Juni 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Verschuldung der Landwirtschaft.

Das jüngst erschienene Statistische Jahrbuch für den preußischen Staat (1911) enthält u. a. ein Kapitel über die Verschuldung der Landwirtschaft. Als Unterlage hierfür sind in der Hauptsache die Ergebnisse der preußischen Verschuldungsstatistik aus dem Jahre 1902 verwendet worden. Bei dem großen Interesse, das die Sozialdemokratie an dem Problem der landwirtschaftlichen Verschuldung hat, und wegen der Unzuverlässigkeit und Einseitigkeit des amtlichen Quellenmaterials, lohnt es sich, auf die Frage der Verschuldung näher einzugehen.

Die preußische Verschuldungsstatistik umfaßt 628 876 Landwirte im Hauptberuf, die ein Vermögen von 28,5 Milliarden Mark und eine Schuld von 7½ Milliarden Mark aufweisen. Aus der Zahl der erfaßten Landwirte geht schon hervor, daß bei weitem nicht alle von ihnen in die Statistik einbezogen worden sind. In der Tat sind es denn auch nur knapp die Hälfte, denn bei der letzten landwirtschaftlichen Berufszählung im Jahre 1907 wurden in ganz Preußen 1 304 412 landwirtschaftliche Betriebe gezählt, die im Hauptberuf bewirtschaftet wurden, während die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe, also auch der im Nebenberuf bewirtschafteten, 3 400 144 betrug. Man sieht also schon daraus, daß die offizielle Statistik, wenn man daraus Schlüsse auf die allgemeine Lage der Landwirtschaft ziehen will, nur mit Vorsicht zu gebrauchen ist.

Ein weiterer Mangel ist, daß die Statistik nur die Verschuldung solcher Landwirte darstellt, die mindestens 60 M. Grundsteuerreinertrag zahlen. Diese Beschränkung hatte zur Folge, daß die kleinen Landwirte von der Statistik nahezu ganz ausgeschlossen blieben. Da aber gerade die kleinen ländlichen Besitzer meist sehr stark verschuldet sind, muß die offizielle Statistik auch aus diesem Grunde ein stark verzerrtes Bild ergeben. Das zeigt sich sofort, wenn man die Verschuldungsziffern genauer ansieht. So soll z. B. die landwirtschaftliche Verschuldung betragen:

im Reg.-Bez.	Danzig . . .	53,4	Proz. des Gesamtvermögens
„ „	Königsberg .	47	„ „ „
„ „	Bromberg . .	49	„ „ „
„ „	Posen . . .	37,6	„ „ „
„ „	Liegnitz . . .	36	„ „ „
„ „	Frankfurt a. O.	30,1	„ „ „
„ „	Schleswig . .	30,9	„ „ „
„ „	Hildesheim .	16,6	„ „ „
„ „	Münster. . .	11,5	„ „ „
„ „	Köln	8,5	„ „ „
„ „	Wiesbaden . .	4,9	„ „ „
„ „	Trier . . .	2,6	„ „ „
„ „	Koblenz . . .	2,4	„ „ „

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß in den westlichen Provinzen die Verschuldung am geringsten sein soll; je weiter man nach Osten kommt, desto größer werden die Verschuldungsziffern. Das mag zunächst auffällig erscheinen, erklärt sich jedoch aus dem oben erwähnten Mangel der Statistik, daß die kleinen Landwirte nicht erfaßt sind. In den westlichen Provinzen ist der Klein- und Mittelbetrieb vorherrschend, wohingegen die landwirtschaftlichen Großbetriebe vorwiegend in den östlichen Provinzen und in Schleswig-Holstein anzutreffen sind.

Der Großbetrieb wäre also hiernach im Vergleich zum Kleinbetrieb außerordentlich stark belastet. So müßte man annehmen, wenn man nur die trockenen Zahlen der amtlichen Statistik als Unterlage zur Verfügung hätte. Indessen kommen hier noch eine Anzahl anderer Momente in Betracht, die das Ergebnis gründlich korrigieren.

Zunächst ist zu beachten, daß die obigen Ziffern den Verschuldungsstand zum Gesamtvermögen darstellen. Die Ziffern werden um so größer sein, je niedriger das Gesamtvermögen angegeben ist. Durch ein Verschweigen von Vermögensbeständen kann daher das Verschuldungsverhältnis wesentlich beeinflußt werden. Und es will uns scheinen, als ob bei der Angabe des Vermögens der selbständigen Landwirte mit allzu großer „Bescheidenheit" verfahren worden wäre. Wir brauchen zur Bekräftigung unserer Ansicht nur auf die bei den Kämpfen um die Reichsfinanzreform vom Professor Delbrück schonungslos aufgedeckten systematischen Steuerdefraudationen und Vermögensverschleierungen hinzuweisen. Delbrück schätzte das alljährlich in Preußen zu wenig zur Steuer veranlagte Vermögen auf nicht weniger als 63 Milliarden Mark, eine Summe, die etwa 65 Proz., also nahezu zwei Drittel, des wirklich angegebenen Vermögens ausmacht. Der konservative Publizist wies ferner nach, daß bei diesen Vermögensverschleierungen hauptsächlich die „patriotischen" Agrarier in Betracht kommen. Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß das Vermögen auch bei der Verschuldungsstatistik zu gering angegeben worden ist. Machen wir nun die für die Agrarier günstige Annahme, daß auf sie nur die Hälfte der verheimlichten 63 Milliarden entfällt, so ergibt sich mit den in der Verschuldungsstatistik angegebenen 28,5 Milliarden ein Vermögen von 60 Milliarden. Bringt man diese Summe in Anrechnung, so wird schon dadurch das Verschuldungsprozent der östlichen Provinzen erheblich heruntergedrückt.

Dazu kommt aber noch ein anderes bedeutsames Moment, das allerdings bei der Aufnahme der Statistik schwerlich berücksichtigt werden konnte, wenn sich nicht unübersehbare Schwierigkeiten bei der Bearbeitung ergeben sollten. Schulden sind nämlich nicht immer gleich zu bewerten, wenn man sie zu irgend welchen Schlußfolgerungen auf die soziale Lage der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung benutzen will. Ein landwirtschaftlicher Betrieb kann relativ hoch mit wertbildenden Schulden belastet sein und dabei günstig wirtschaften, während andererseits ein Betrieb mit bedeutend weniger Not- oder Erbschulden bei sonst gleichen Produktionsbedingungen einen erheblich geringeren Profit abwirft. In dem ersteren Falle sind die geliehenen Gelder für Maschinen, Bodenverbesserungen usw. angewendet worden, wodurch die Produktivität des Gutes außerordentlich gesteigert wurde, so daß außer den meist sehr geringen Verzinsungs- und Amortisationsbeträgen noch ein beträchtlicher Ueberschuß herausgewirtschaftet werden konnte. Muß aber beispielsweise im Erbfalle zur Abfindung der Miterben oder in Notfällen Kapital aufgenommen werden, dann belastet eine solche Schuld den landwirtschaftlichen Betrieb weit schwerer. Es ist nun eine bekannte Tatsache, daß der Großbetrieb viel mehr Kapital für wertsteigernde Anlagen, für Meliorationen, Drainagen, Maschinen usw. ausgeben kann und daß er zudem das Geld zu günstigeren Bedingungen im Bedarfsfalle erhält, als der landwirtschaftliche Kleinbetrieb. Auch aus diesem Grunde dürfen die Angaben der offiziellen Statistik über die Verschuldung des östlichen Großgrundbesitzes nicht kritiklos hingenommen werden.

So unzuverlässig die große preußische Statistik über die tatsächliche Verschuldung in den östlichen Provinzen und damit über den landwirtschaftlichen Großbetrieb unterrichtet, so mangelhaft ist sie auch nach der anderen Seite, soweit die westlichen Provinzen, vor allem das Rheinland, mit der dort herrschenden kleinbäuerlichen Betriebsweise in Frage kommen. Die Verschuldung soll z. B. in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier nur 2,4 resp. 2,6 Proz. des Gesamtvermögens betragen, wohingegen im Regierungsbezirk Düsseldorf die Verschuldung auf 19,7 Proz. des Gesamtvermögens steigt. In der Einleitung des statistischen Quellenwerkes heißt es denn auch, daß „im Rheinlande die Durchschnittsverschuldung der selbständigen Landwirte im Hauptberuf unter allen preußischen Provinzen am niedrigsten" sei. Die Zahl der Schuldenfreien sei hier mit fast vier Fünftel aller Besitzer weitaus am größten in Preußen.

Diese Feststellungen sind nichts weniger als einwandfrei. Dem Kenner der rheinischen landwirtschaftlichen Verhältnisse müssen sie überraschen, zumal doch bekannt ist, daß gerade im südlichen Teil der Provinz, in der Eifel, die Landwirtschaft treibende Bevölkerung in den ärmlichsten Verhältnissen lebt. Schon allein die Tatsache, daß es nur sehr wenige große Güter in diesem Teile der Rheinprovinz gibt — man kann sie bequem an den Fingern abzählen — und daß die übergroße Mehrheit der dortigen Landwirte dürftig lebende Kleinbauern sind, läßt den Schluß zu, daß in dieser Gegend nur die kleine Schicht der wohlhabenderen landwirtschaftlichen Bevölkerung von der Verschuldungsstatistik berücksichtigt worden ist. Diese Schlußfolgerung wird zudem durch die amtliche Vertretung der rheinischen Landwirte, die Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz, bestätigt, die in ihrem Jahresbericht von 1906 sich eingehend mit der preußischen Verschuldungsstatistik beschäftigt und durch Nacherhebungen im einzelnen bewiesen hat, daß die offizielle Statistik alles andere als zuverlässig ist. So führt die Landwirtschaftskammer u. a. an, daß in der Rheinprovinz fast ein volles Viertel (22,9 Prozent) der landwirtschaftlich benutzten Fläche mit einem Reinertrag von mehr als 60 M. — im Regierungsbezirk Koblenz sogar fast ein Drittel — von der Verschuldungsstatistik nicht erfaßt worden ist. Die Kammer gibt dann weitere Beispiele dafür an, daß in einzelnen Eifelkreisen noch ungünstigere Resultate erzielt worden sind; so sind im Kreise Adenau in die Statistik nur ein Siebentel der Landwirte einbezogen worden. Der Bericht stellt ferner die von der offiziellen Statistik und die von der Landwirtschaftskammer ermittelten Schulden einzelner Kreise miteinander in Vergleich. Daraus ergibt sich, daß beispielsweise in einem Kreise die offizielle Statistik 197 406 M., die Erhebung der Landwirtschaftskammer aber 1 844 592 M., also fast zehnmal soviel Schulden nachweist. In der niedrigsten Grundsteuer-Reinertragsklasse von 60—90 M. in demselben Kreise ist das Mißverhältnis noch ungleich krasser. In dieser Klasse soll die Schuldenlast nur 17 665 M. betragen; die Landwirtschaftskammer rechnete aber eine solche von 794 545 M. heraus, das sind etwa 45mal soviel. In einer Anzahl anderer rheinischer Kreise liegen die Dinge ähnlich so. Demgegenüber ist es sicher richtig, wenn die Landwirtschaftskammer die offizielle Statistik als „gänzlich irreführend" bezeichnet, zumal auch von ihr nicht einmal alle Schulden festgestellt werden konnten. Die Ermittelungen in den höchsten Grundsteuer-Reinertragsklassen stimmen dagegen fast genau überein, eine Erscheinung, die zu dem Schluß berechtigt, daß die preußische Statistik wohl allgemein die absolute Höhe der Schulden der großen Besitzer mit ziemlicher Genauigkeit festgestellt hat.

Leider sind, soviel wir wissen, in den übrigen preußischen Provinzen Nacherhebungen, wie sie von der rheinischen Landwirtschaftskammer veranstaltet worden sind, nicht erfolgt; es kann daher ein Beweis dafür, daß auch in den anderen Provinzen die offizielle Statistik ein vollständig verzerrtes Bild von der tatsächlichen Verschuldung der Landwirtschaft gibt, nicht an der Hand von konkreten Zahlen geführt werden. Das eine jedoch beweisen die obigen Ausführungen, daß der Großgrundbesitz in den östlichen Provinzen im Verhältnis zum Gesamtvermögen lange nicht so stark verschuldet ist, wie es nach der Statistik den Anschein haben könnte, daß im Gegenteil die kleinen Landwirte ungleich stärker durch Schulden belastet sind.

Die politische Bedeutung der Bodenverschuldung für die Sozialdemokratie ist vom Genossen Kautsky in seinem bekannten Artikel im „Vorwärts" vom 12. März 1911 ausführlich dargelegt worden. Es erübrigt sich daher, sie hier noch einmal auseinanderzusetzen. Es sei nur noch bemerkt, daß das Geschrei der „notleidenden" Agrarier über ihre bedrängte Lage in den Zahlen über die Verschuldung jedenfalls keine Stütze findet. Und wenn die Herren Junker bei der bevorstehenden Revision der Handelsverträge den „lückenlosen Zolltarif" auch mit dem Hinweis auf die hohen Verschuldungsziffern fordern sollten, dann wissen wir, was wir ihnen zu antworten haben.

Die Neuwahl in Hagenow-Grevesmühlen

findet am Donnerstag, den 20. d. M., statt. Sie ist erforderlich geworden, weil der Reichstag trotz des Sträubens der Junker und der ihnen gewordenen Beihilfe des Zentrums das Mandat des konservativen Renommierhandwerkers August Pauli aus Potsdam für ungültig erklärt hat, und zwar, weil die Mandatsprüfung ergeben, daß nicht der sozialdemokratische, sondern der fortschrittliche Kandidat mit Pauli die Stichwahl hätte durchfechten müssen, wobei letzterer todsicher auf der Strecke geblieben wäre. Denn die Konservativen ergatterten sich 7000 Stimmen bei der Hauptwahl, die Fortschrittler zählten 6000 und die Sozialdemokraten musterten ebenfalls 6000 Stimmen, die bei der Stichwahl zwischen den erstgenannten Parteien die Wage zugunsten der Fortschrittler als des kleineren Uebels gesenkt haben würden.

Die Wahl am Donnerstag findet nach den Wählerlisten der Januarwahl statt, da seitdem noch kein volles Jahr verflossen ist. Es ist dieser Umstand für die Sozialdemokratie äußerst nachteilig. Der Wahlkreis Hagenow-Grevesmühlen ist der westlichste Teil Mecklenburgs, unmittelbar vor den Toren Lübecks gelagert, in seinem südlichen Teil nicht zu weit von Hamburg entfernt. Dies hat zur Folge, daß stets in den Sommermonaten eine verhältnismäßig große Anzahl von Arbeitern dieses (1. mecklenburgischen) Wahlkreises nach Lübeck und Hamburg als Bauarbeiter usw. gehen. Und die in den Städten des Kreises zurückgebliebenen Maurer usw. liegen in der Jetztzeit während der ganzen Woche auf dem Lande aus. Andere Arbeiter sind im Sommer auf den Gütern dort als sogenannte „fremde Arbeiter" beschäftigt. Die Anwendung der alten Wählerlisten bringt also eine große Schar Arbeiter, selbst wenn sie im Lande geblieben sind, um ihr Wahlrecht. So wäre es mithin durchaus erklärlich, wenn die Sozialdemokratie jetzt nicht die gleiche Stimmenzahl aufweisen würde wie bei der Winterwahl. Natürlich lassen sich unsere Genossen durch diese Kenntnis der Dinge in ihrem Agitationseifer nur anspornen. Neben der mündlichen Agitation durch Abhalten von Versammlungen, wird die schriftliche betrieben durch Flugblattverbreitung und tägliche Verteilung der „Mecklenburgischen Volkszeitung", die dem Wahlkampf größte Aufmerksamkeit widmet.

Unsere Gegner sind fieberhaft tätig. Sie wissen, daß der schließliche Ausgang der Wahl davon abhängt, wer mit den Konservativen in die Stichwahl kommt. Ist es die Sozialdemokratie, dann dürften die Konservativen das Mandat wieder heimtragen. Denn — man mag es bedauern, soll sich darüber aber nicht täuschen — die fortschrittlichen Wähler sind noch nicht dazu erzogen, in der Stichwahl in größerer Zahl für den Sozialdemokraten und gegen den Konservativen zu stimmen. Das hat die Januarwahl bewiesen, wo der Vorsitzende der Landesorganisation der mecklenburgischen Fortschrittler sich nicht nur mit der bekannten allgemeinen Stichwahlparole begnügt, sondern öffentlich und nachdrücklichst direkt zur Stimmabgabe für den sozialdemokratischen Stichwahlkandidaten aufgefordert hatte. Trotzdem kam dieses Resultat zustande:

Hauptwahl		Stichwahl	
Konservativ	7068	Konservativ	9865
Sozialdemokrat . . .	6151	Sozialdemokrat . .	8755
Fortschritt	6140		

Die Fortschrittler lieferten also den Kreis bei der Stichwahl den Konservativen aus. Dahin wollen es die Junker nun auch diesmal bringen, und darum ihre rastlose Agitation im allgemeinen und ihr Kampf gegen die Fortschrittler im besonderen. Sie haben eine wahre Flut von Wahlmachern aller Grade und aller Schattierungen in den Wahlkreis geworfen. Hochagrarier, Jungkonservative, Mittelstandsretter und Reichsverbändler sind für Pauli auf die Wähler losgelassen worden. Und sie betreiben eine Agitation, daß sich die Balken biegen müßten! Sehr zu statten kommt den Konservativen noch, daß für die am Donnerstag stattfindende Neuwahl auch die Wahlbezirke und die Wahlvorsteher dieselben geblieben sind wie bei der Januarwahl. Es sind also wieder 80 Wahlbezirke vorhanden, die je höchstens bis zu 25 Wähler zählen. Wer da weiß, wie in diesen Zwergbezirken (meist Gütern) die Tagelöhner usw. von den gutsherrlichen Inspektoren und Stotthaltern im Gänsemarsch an die Suppenterrine oder Zigarrenkiste („Wahlurne") geführt werden, ist nicht im Zweifel, wie diese Liliputbezirke der „Wahl" des konservativen Kandidaten

Vorschub leisten! Und wem bekannt ist, wie bei der Wahl im Januar verfahren worden ist — man hat selbst in einer Stadt (Hagenow) einen Adolf von Lübbe auf den Namen seines verstorbenen Bruders Leopold wählen lassen — dem ist klar, was die Bestellung dieser selben Wahlvorsteher bedeutet. Wenn nun diese Wahlvorsteher gar die Bekanntmachung der mecklenburgischen Regierung wörtlich beherzigen, in der es neben der Ermahnung, keine Veranlassung zu einer nochmaligen Wahlbeanstandung zu geben, heißt: „Bei der Wahlhandlung (am Donnerstag) haben die Wahlvorsteher in gleicher Weise zu verfahren wie bei der allgemeinen (Januar-) Wahl", dann kann man sich auf die allerschönsten Dinge gefaßt machen! Allerdings wird jetzt den Wahlvorstehern etwas mehr auf die Finger gesehen werden können, da die Wahllokale durch Kontrolleure von unserer Seite und von den Fortschrittlern, die zu diesem Zweck eine ganze Expedition aus Berlin ausgerüstet haben, besetzt werden.

Das empfindliche Hühnerauge.

Der Leitartikel des „Vorwärts" vom 12. d. Mts., „Verbrechen oder Staatsstreich", ist der „Deutschen Tageszeitung" auf ihr empfindlichstes Hühnerauge getreten. Sie empfindet es immer besonders schmerzlich, wenn man die Gesetzlichkeit des Rechtsbruchs bezweifelt, den ihr geliebter Landtagspräsident im Falle Borchardt zweifellos begangen hat. Nun hatten wir an dem Beispiel Tiszas und seines brutalen Gewaltregimes in Ungarn gezeigt, wie lächerlich die sogenannte juristische Begründung des am Abgeordneten Genossen Borchardt verübten Roheitsaktes ist, und welches die natürlichen Konsequenzen, die sich aus dem Festhalten an dieser Rechtsanschauung ergeben.

Diese einfache Feststellung brachte die „Deutsche Tageszeitung" sofort mächtig in Harnisch, und noch im Abendblatt desselben Tages brachte sie unter dem freundlichen Titel „Dreister Irreführungsversuch" eine ebenso wütende wie komische Polemik. Sie bestritt nämlich, daß es sich in unserem Artikel überhaupt um „Ausführungen rechtlicher Art" handele; den Satz, daß Reichsrecht vor Landesrecht gehe, könne man „wohl nicht mehr gut" als eine juristische Ausführung ansehen. Und warum? Weil der Satz „ebenso unbestritten, wie für diesen Fall unbrauchbar" sei. Da das Blatt für die letztere Behauptung nicht den Schatten eines Beweises beibringt, ja diesen Beweis nicht einmal versucht, bleibt also nur das erstere Argument, und dieses wirkt allerdings aufklärend über die Art „juristischer Ausführungen", die die „Deutsche Tageszeitung" beliebt.

Nun hat der „Vorwärts" vom 15. d. M. dem Verständnis der konservativen Herren in seinem Artikel „Gewalt gegen Abgeordnete" noch etwas nachgeholfen, indem er ihnen mit den Worten ihrer eigenen Parteigenossen auseinandersetzte, daß „der Ausschluß eines Mitgliedes (des Reichstags) auf Grund der bisherigen Verfassung oder Geschäftsordnung durch Beschluß des Hauses oder durch Erweiterung der Geschäftsordnung niemals eintreten kann", daß „die Frage, ob ein Mitglied auch nur auf Zeit ausgeschlossen werden kann ohne eine Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen, doch mindestens äußerst zweifelhaft" sei.

Daß hier „Ausführungen rechtlicher Art" vorlagen, konnte die „Deutsche Tageszeitung" wohl nicht gut in Abrede stellen; denn sie waren als solche von ihren eigenen Parteigenossen feierlich im Reichstage vorgebracht worden. Man hätte also erwarten sollen, daß die „Deutsche Tageszeitung", wenn sie überhaupt wieder auf diese brenzliche Frage zurückkam, sich mit diesen parteioffiziellen Darlegungen konservativer Abgeordneter auseinandersetzen würde. Hatte sie doch ausdrücklich erklärt, „eine sachliche Debatte mit dem sozialdemokratischen Organ (über den Artikel „Verbrechen oder Staatsstreich") sei ausgeschlossen", die „Aeußerungen des „Vorwärts" seien eine Dreistigkeit und Unwahrhaftigkeit, die man nur niedriger hängen könne".

Die Sache wurmte die Herren aber doch zu sehr, und so ließen sie in der Montagsbeilage „Zeitfragen" den völkischesten ihrer politischen Harlekine abermals gegen den „Vorwärts" los, aber nicht gegen den zweiten, sondern gegen den ersten Artikel. Allerdings, in einem Punkt hielt sich die Redaktion an ihre Worte vom 12.: sachlich ist die Debatte wirklich nicht, die Herr Fritz Bley in einem ellenlangen Artikel gegen uns zu führen unternimmt. Herr Bley ist so freundlich, den Lesern seines Blattes größere Auszüge unseres Artikels mitzuteilen, was zu deren politischer Aufklärung hoffentlich recht förderlich sein wird. Aber statt gegen diese Ausführungen irgendwie sachlich zu polemisieren, überschüttet er uns nur mit Schimpfworten wie „talmudistische Silbenstecherei", „Unsinn und Unfug dieser Rabulistik", „fingerfertige Vertauschung von gegriffen" und so fort ohne sonderliche Grazie.

Wir hatten gezeigt, wie unsinnig die Behauptung ist, der Präsident des Hauses dürfe zur „Aufrechterhaltung der Ordnung" alle Mittel in Anwendung bringen und sei dabei an die Bestimmungen des Strafgesetzes nicht gebunden. Was antwortet darauf Herr Bley? Zunächst natürlich einige Beschimpfungen, und dann folgt der weise Satz: „Der Zweck jeder Geschäftsordnung ist die Sicherung des Geschäftsganges der Parlamente, nicht aber deren monatelange Verhinderung durch eine Handvoll Skandalmacher." Wir vermuten, das werden wohl die meisten Leser auch schon früher gewußt haben; aber dieser „ebenso unbestrittene wie für diesen Fall nicht brauchbare" Satz sagt eben über den Streitpunkt gar nichts aus, ob der Präsident zur Erreichung dieses Zweckes auch zu verbrecherischen Handlungen seine Zuflucht nehmen darf.

Nun hatten wir dargelegt, daß solche an und für sich verbrecherische Handlungen nur dann nicht als solche zu betrachten sind, wenn sie in der bewußten Absicht erfolgen, neues Recht zu schaffen, wenn sie also entweder eine Revolution oder einen Staatsstreich darstellen. Denn diese seien nicht mehr Fragen des Rechts, sondern der Gewalt, und hier hat eben der Stärkere immer recht. Wenn also die preußischen Richter in dem Vorgehen des Präsidiums im Falle Borchardt kein Verbrechen erblicken, könne ihre Auffassung nur die sein, daß ein sonst verbrecherischer Akt erlaubt ist, wenn er sich gegen den Klassengegner richtet. Dadurch würden sie diesen Akt zum Staatsstreich stempeln. Und was wendet Herr Bley gegen diese klare und einfache Auseinandersetzung ein? Nebst einigen obligaten Schimpfereien nur wieder einen Weisheitssatz von ähnlicher Tiefe wie der vorhin zitierte, daß nämlich „das Parlament um des Staates willen da ist und nie zum Hemmschuh von dessen Notwendigkeiten werden darf". Nur schade, daß wir uns mit Herrn Bley wohl kaum werden darüber einigen können, ob die „Staatsnotwendigkeiten" in Opfern für den Militarismus, in Hungerzöllen und Liebesgaben, oder ob sie in Sozialpolitik, Schulreformen und Demokratisierung des Wahlrechts und der Verwaltung, ob sie in der Erhaltung oder in der Niederwerfung eines parasitischen Herrenklasse bestehen.

Daß Herr Bley feststellt, „nicht die Sozialdemokraten aller Länder haben sich vereinigt zur Begründung des Deutschen Reiches", ist gewiß verdienstvoll und sichert ihm hoffentlich eine Professur für deutsch-völkische Geschichtsforschung. Es ist nur schade, daß der furor teutonicus manchmal auch zu kleinen Entgleisungen verleitet. So hatten wir in dem Artikel vom 12. konstatiert, daß sich die ungarische „Arbeitspartei" nach dem Hinauswurf der Opposition auch durch „ein bißchen Schießen eines oppositionellen Abgeordneten" in ihrer Gesetzesmacherei nicht beirren ließ. Herr Bley schiebt uns die Behauptung unter, daß an diesem Urteil (daß Graf Tisza die Manieren der Kischemme in den ungarischen Reichstag einführe) das bißchen Schießen eines oppositionellen Abgeordneten nichts ändern könne". Wir wollen nicht so undeutsch sein, Herrn Bley hier „Rabulistik" vorzuwerfen. Auf gut Deutsch nennt man das Fälschung.

Den effektvollen Sätzen allerdings, mit denen Herr Bley seinen langen Artikel schließt, können wir nur voll zustimmen: „Die Lehren für Deutschland liegen auf der Hand: es hat noch nie eine Revolution gegeben ohne Schuld der Regierenden!"

Der Krieg.

Vom tripolitanischen Kriegsschauplatze.

Rom, 18. Juni. (Meldung der Agenzia Stefani.) General Camerana und Admiral Borea Ricci melden aus Busheifa mittels Funkspruchs: Gestern wurde eine energische Aktion gegen Gruppen von Arabern unternommen, die versucht hatten, die Ausschiffung der italienischen Truppen und die Besetzung der Oase Misurata (an der großen Syrthe) bis zur Zurug-Bai zu verhindern. Der Erfolg war die vollständige Räumung der Oase vom Feinde und ihre Besetzung. Während des gestrigen Tages erfolgte kein Angriff von Seiten der Araber. Die Arbeiten zur Ausschiffung des Materials und zur Einrichtung einer Operationsbasis schreiten mit größter Rührigkeit voran.

Nationalistische Bewegung unter den Griechen der türkischen Archipelinseln.

Athen, 18. Juni. Die Vertreter der zwölf von den Italienern besetzten Inseln des Archipels sind in Patmos zusammengekommen, um über die Zukunft der Inseln zu beraten. Sie haben beschlossen, sich an den General Ameglio zu wenden und ihn zu bitten, die Inseln mit dem Königreich Griechenland zu vereinigen; falls diese Lösung unmöglich sein sollte, fordern sie vollständige Autonomie. Zu gleicher Zeit haben sie die autonome Flagge gehißt, die ein weißes Kreuz auf blauem Grunde zeigt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Juni 1912.

Die Antwort des Oberstaatsanwalts.

Was bei den Rechtsbegriffen der Anklagebehörde zu erwarten war, ist geschehen: Der Oberstaatsanwalt des Kammergerichts hat die Beschwerde zurückgewiesen, die Genosse Borchardt gegen den ablehnenden Bescheid des ersten Staatsanwalts erhoben hatte, weil dieser keine Strafverfolgung gegen den Polizeileutnant Kolb und dessen vier Schutzleute vornehmen will. Zum erstenmal versucht der Oberstaatsanwalt in seinem ablehnenden Bescheide sich mit den §§ 105 und 106 des Strafgesetzbuches abzufinden. Er behauptet, der Tatbestand des Verbrechens gegen diese Paragraphen „wird nur durch ein rechtswidriges Handeln erfüllt". Das glauben wir auch, nur hatten wir bisher angenommen, Recht sei das, was die Gesetze bestimmen, also z. B. das, was die §§ 105 und 106 des Strafgesetzbuchs bestimmen. Und wer dagegen handelt — so haben wir uns gedacht —, der handelt wider das Recht, also rechtswidrig. Folglich ist in dem Moment die Rechtswidrigkeit gegeben, wo jemand das tut, was diese beiden Paragraphen verbieten. Da belehrt uns nun der Herr Oberstaatsanwalt eines Besseren. Er schreibt:

„Ob im vorliegenden Fall die Beschuldigten widerrechtlich gehandelt haben, ist eine Frage des Staatsrechts, sie ist reichsrechtlich nicht geregelt."

Da sieht man, wie der Mensch sich irren kann! Wir hatten nun gerade gedacht, das Strafgesetzbuch, das doch ein Reichsgesetz ist, regelt diese Frage. Aber der Herr Oberstaatsanwalt scheidet diese Bestimmung des Reichsgesetzes einfach aus und meint, die Frage könne „nur nach preußischem Verfassungsrecht" entschieden werden. Da nun — wiederum nach der Meinung des Herrn Oberstaatsanwalts — der Herr Erste Staatsanwalt „einwandfrei dargelegt" habe, daß der § 64 nicht gegen die preußische Verfassung verstoße, so hätten auch Kolb und seine Schutzleute rechtmäßig gehandelt.

Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt wird man mit Recht höchst gespannt sein, ob diese Art, mit den Gesetzen umzugehen, auch die Zustimmung der Richter finden wird. Wir können jedenfalls auch diesmal wieder aus vollem Herzen rufen: Es leben unsere Freunde, die Feinde!

Bayerns politische Sendung.

Die Ereignisse der sechziger Jahre, die Oesterreich aus dem Deutschen Bund herausdrängten, brachten für die deutschen Katholiken recht trübe Aussichten. Dem Deutschen Bund mit katholischer Vormacht folgte das Deutsche Reich mit dem vorwiegend protestantischen Preußen als führendem Staat. Die deutschen Katholiken waren, um dem künftigen Reiche die katholische Spitze und die katholische Mehrheit zu erhalten, mit Eifer für ein Großdeutschland unter Einbeziehung Oesterreichs eingetreten und mußten nun erleben, wie ihnen von liberaler und evangelischer Seite schadenfroh zum Bewußtsein gebracht wurde, daß das neue Reich unter einem „protestantischen Kaisertum" stehe. An diesen Dingen war nichts zu ändern. Oesterreich war endgültig ausgeschaltet; mit desto hoffnungsvolleren Augen sahen die deutschen Ultramontanen auf Bayern, dem zweitgrößten, dabei durch und durch katholischen Bundesstaate. Diese Hoffnung ließ das Zentrum sorgsam über die Innehaltung des föderativen Charakters des Reiches wachen und diese Forderung fand ja auch Platz in dem so spärlichen Programm des Zentrums. Wiederholt ist in der Folge dann noch von führenden Ultramontanen zum Ausdruck gebracht worden, was alles man von Bayern noch erwarte. Auf dem Amberger Katholikentage (1884) bedauerte Windthorst, daß bei der Schaffung des Reiches nicht besondere Garantien für die Katholiken geschaffen worden seien, was gar nicht so schwer gewesen wäre. Es hätte sich z. B. unter Bayerns Vorsitz ein besonderer Ausschuß bilden können, der darüber wachte, daß der katholischen Minderheit in Deutschland nicht zu nahe getreten würde. Und im weiteren Verlaufe zeigt Windthorst, wie das Versäumte nachgeholt werden könne:

Bayern ist der größte katholische Staat innerhalb des neuen Deutschen Reiches und es ist ihm in diesem Reiche deshalb eine sehr bedeutsame Aufgabe geworden, nämlich die vor allem, die Interessen der Katholiken des eigenen Landes und des gesamten deutschen Landes kräftigst zu vertreten. Jeder muß auf dem Boden bleiben, auf dem er gewachsen ist, er wird sonst untergehen, und Bayern ist groß geworden durch seine Stellung, die es in Deutschland eingenommen hat als katholische Macht, und diese Stelle muß es auch fernerhin einnehmen.

Und 1895, auf dem Katholikentag in München, wiederholt Lieber, Windthorsts Nachfolger in der Zentrumsführerschaft, wörtlich diese Gedanken; die Versammelten spenden lebhaften Beifall, und Lieber fährt fort:

Gar mancher von uns hat, als er dem Traum des geeinigten Alldeutschlands endgültig entsagen mußte, zagenden Herzens auf die bevorstehende Entwickelung der Dinge geblickt, und man kann nicht behaupten, daß er ein falscher Prophet gewesen wäre. Wenn aber in alle dem, was seither über uns gekommen ist, etwas uns aufrechterhalten kann im nichtbayerischen katholischen Deutschland, dann ist es der Hinblick auf das katholische Bayernland. Und wie wir die Hoffnungen auf Oesterreich haben zu Grabe tragen müssen, so haben wir auf Bayern unsere Hoffnungen gesetzt.

Und vorher hatte Windthorst, auf dem Koblenzer Katholikentag 1890, noch einmal der Meinung Ausdruck gegeben, „daß Bayern nach seiner Geschichte und nach seiner Geographie nach wie vor berufen ist, der Vorort der katholischen Interessen in Deutschland zu sein". Die Zeit der Erfüllung dieser Hoffnungen und Wünsche scheint 1912, wo der Zentrumsführer Freiherr von Hertling das Regiment über Bayern in die Hand nahm, gekommen zu sein. Wenn es nach ihm geht, wird Bayern im Deutschen Reiche die Rolle übernehmen, die ehedem Oesterreich im Deutschen Bunde gespielt hat. Herr von Hertling zählt zu den Gelehrten im Reiche des Klerikalismus. Er wird vielleicht manches naive Gemüt betören, weil er es liebt die Wissenschaft, der Forschung das Wort zu reden, aber der Mann, der Vorsitzender der gelehrten Görres-Gesellschaft ist und der wissenschaftlichen Tagungen präsidiert, er rühmte doch 1897 als herrlichste Erscheinung auf dem internationalen katholischen Gelehrtenkongreß in Freiburg die „gemeinsame Unterwerfung unter die kirchliche Autorität".

Der Mann paßt in seine Zeit und in sein Amt, und soweit es an ihm liegt, wird er die Hoffnungen, die Windthorst und die übrige Führerschaft des Ultramontanismus an Bayern knüpften, zu erfüllen trachten. „Vorort der katholischen Interessen in Deutschland", d. h. Versuchsfeld der ultramontanen Reaktion, die von hier aus der junkerlichen Reaktion in Preußen die Hand reichen wird, um alles, was nach Freiheit und Kultur strebt, zu ersticken. Bis derjenige, dem es am schwersten trifft, bis das Volk der Arbeit aufsteht und das saubere Unternehmen der Volksfeinde zuschanden macht.

Die Entlarvung eines Denunzianten.

Wie die Herren Streikbrecher bei der Erstattung von Strafanzeigen verfahren sind, lehrt folgender Fall:

Ein Arbeitswilliger aus Bochum hatte die Ehefrau eines Streikenden zur Anzeige gebracht, weil diese seinen Sohn beleidigt haben sollte, als er zur Arbeitswilligenschicht ging. Er erzielte selbstverständlich, daß die Frau, die Mutter von fünf Kindern ist, schwer bestraft wurde. Hiermit nicht zufrieden, stellte er zum zweiten Male Strafantrag gegen dieselbe Angeklagte nebst ihrem Ehemann. In diesem Falle wollte er von beiden beleidigt worden sein. Die Ehefrau konnte aber ihr Alibi nachweisen, weshalb nur der Mann verurteilt wurde. Aber aller guten Dinge sind drei, dachte der gute Mann, nahm sich zusammen und erstattete die dritte Anzeige. Er wollte nämlich durch die Aeußerung „Streikbrecher", die die Angeklagte seinem Sohne zugerufen haben sollte, ebenfalls beleidigt sein. Zum Glück für die arme kränkliche Angeklagte entsann sich der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Mügel, der auch damals den Vorsitz geführt hatte, daß die jetzige Aussage dieses Zeugen im völligen Gegensatz zu seiner früheren Aussage stand. Als ihm das vorgehalten wurde, suchte er sich damit herauszureden, daß die Angeklagte ihm bei einer späteren Gelegenheit „Streikbrecher" zugerufen habe. Als er aber ernstlich ins Gebet genommen wurde, gestand er ein, daß diese Ausrede nicht wahr sei.

Das Gericht sprach deshalb die Angeklagte frei.

Neue Rüstungen.

Das Blatt der Panzerplatten- und Mordwerkzeug-Fabrikanten, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", hat einen Plan des Generalstäblers Wetzell, die Ersatzreserve in viereinhalb Monaten zu brauchbaren Infanteristen heranzubilden, aufgegriffen. Sie deutet auch an, daß der Plan Wetzells des „wohlwollenden Verständnisses seiner Vorgesetzten" sicher ist. Das Kapitalistenblatt, das jedenfalls schon wieder die Militärlieferungen anschwellen sieht, ruft erfreut aus: „Der Kräftezuwachs von jährlich 33 000 Mann, der sich für volle sieben Jahre bemerkbar macht, würde uns eine Verstärkung der Infanterie von weit über 200 000 Mann gewährleisten, die selbst in einem modernen Feldzuge mit den Massenheeren unter Umständen ausschlaggebend sein können. Man muß aber fernerhin auch noch fünf Jahrgänge der Landwehr ersten Aufgebots mit 165 000 Mann hinzurechnen, so daß wir einen Gesamtzuwachs von fast 400 000 Mann zu verzeichnen hätten."

Nach den „Nachrichten des Deutschen Wehrvereins" arbeitet der Deutsche Wehrverein schon wieder mit Hochdruck; denn es liege im Bereich der Möglichkeit, daß noch erhebliche Geldmittel für den Ausbau der Wehrmacht gefordert werden, einesteils, um Ausrüstungsfragen der Armee zu erledigen, andererseits, um dem Kreuzermangel der Flotte abzuhelfen. Die endgültige Entscheidung für etwaige Maßnahmen werde wohl auf Grund der Erledigung des im Dezember veröffentlichten und nunmehr zur Beratung gelangenden französischen Kadergesetzes und der in England beabsichtigten Erweiterung des Flottenprogramms erfolgen.

Also im Herbst bezw. Winter werden wir uns wieder im tollsten Rüstungsrummel befinden!

„Ersparnisse."

Wie eine Beschwichtigung liest sich die Notiz, die unter vorstehender Ueberschrift durch die ganze bürgerliche Presse geht, und nach der bei der Neueinrichtung der am 1. Juli in Tätigkeit tretenden Oberversicherungsämter wesentliche Ersparnisse durch die Herabsetzung der ursprünglich in Aussicht genommenen Zahl von mittleren und auch unteren Beamtenstellen erzielt werden soll. Statt der veranschlagten rund 270 Beamten sollen nur etwa zwei Drittel dieser Zahl, jedenfalls aber unter 200, angestellt werden. Es soll nämlich einmal das Arbeitspensum der neuen mittleren Beamten erhöht werden, und ferner eine ganze Reihe von Funktionen bei den mittleren Beamten der Oberversicherungsämter in Fortfall kommen, die von den Beamten der bestehenden Schiedsgerichte übernommen werden müssen.

Man wird abzuwarten haben, ob nicht die Zahl der Beamten, die vorgesehen ist, doch noch gebraucht wird.

Ein unverständliches Urteil

wurde vom Dresdener Kriegsgericht als Berufungsinstanz bestätigt. Ein Analphabet in der Person des Grenadiers Tobias vom 101. Grenadier-Regiment, der weder lesen noch schreiben kann, erhielt eines Tages den Anzeigerdienst auf dem Schießstand zugewiesen und wurde vom aufsichtsführenden Offizier aufgefordert, den auf eine Tafel niedergeschriebenen § 189 des M.-Str.-G.-B., der das vorsätzliche Anzeigen von falschen Schießresultaten unter Strafe stellt, vorzulesen. Dazu war T. aber nicht imstande. Weil die Kameraden über seine Hilflosigkeit lachten, schämte er sich, dem Offizier den Grund seiner Schweigsamkeit zu sagen. Wegen Beharrens im Ungehorsam! wurde T. unter Anklage gestellt, und das Standgericht erkannte auf die exorbitante Strafe von 14 Tagen strengen Arrest!! Gegen seine Verurteilung legte T. Berufung ein. Ein Ungehorsam habe ihm ferngelegen, nur weil er nicht lesen könne, habe er den Befehl nicht ausgeführt. Es nützte ihm nichts, das Rechtsmittel wurde verworfen!! Das Gericht führte aus, der Angeklagte hätte den guten Willen zeigen müssen, indem er die Unfähigkeit melden und den Anfang zum Lesen machen mußte!! Jedenfalls sei das Verhalten T.'s unerklärlich. — Strafe muß sein! Sofern es sich wenigstens um keinen Vorgesetzten handelt!

Der Transportarbeiterstreik in Großbritannien.

London, 17. Juni. (Eig. Ber.) Es ist nunmehr klar, daß die Wirkung des Appells an die Transportarbeiter außerhalb Londons, sich dem Kampfe ihrer Londoner Kollegen anzuschließen, nicht derart ist, wie die Streikleitung hoffte. Auch scheint es sicher zu sein, daß die Abstimmung, die von dem Verbande der Heizer und Matrosen vorgenommen wird, nicht zugunsten des Generalstreiks ausfallen wird. Manche sehen die Ursache dieses Mißerfolgs in der Abwesenheit Tom Manns, dessen hervorragende Persönlichkeit und Führertalent den Streikenden jetzt mangele. Das wird dem oberflächlichen Beobachter sehr plausibel klingen, wer aber etwas tiefer blickt, wird eine wahrscheinlichere Ursache erkennen. Im vorigen Sommer pflanzten sich die Sympathiestreiks wie ein Lauffeuer fort, weil alle Sektionen der Transportarbeiter überall gleich geplagt wurden und ähnliche Forderungen erhoben. Heute genießen die Transportarbeiter in verschiedenen großen Hafenstädten die damals errungenen Vorteile und es ist daher schwer, die Arbeiter zu bewegen, in einen Kampf zu treten, in dem sie selbst wenig oder nichts gewinnen, aber unter Umständen viel verlieren könnten. Alle Beredsamkeit und alles Organisationstalent eines Tom Mann könnten an der Sachlage nichts ändern. Der Kampf wird daher in der Hauptsache auf London beschränkt bleiben. Die anderen Hafenstädte werden London finanziell unterstützen und auch tatkräftig unterstützen, wenn die Unternehmer versuchen sollten, die Londoner Schiffe nach anderen Häfen zu schicken. Nur in Southampton dauert der Streik noch an; dort handelt es sich aber um besondere Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern. Wie lange der Streik noch in London dauern wird, ist noch nicht abzusehen. Solange die Lichterschiffer wie jetzt feststehen, ist alles Gerede der kapitalistischen Presse von dem Zusammenbruch des Streiks dummes Zeug. Als ziemlich gut bezahlte Arbeiter haben die Lichterschiffer einen langen Kredit und können noch wochenlang aushalten. Es verlautet, daß die Regierung Schritte tun wird, um dem Streik ein Ende zu bereiten, indem sie auf gesetzlichem Wege einen Standardlohn im Londoner Hafen einführt, der von allen Unternehmern eingeführt werden muß. Bis jetzt ist es aber bei dem Gerücht geblieben. Die Beratungen, die auf Anregung der Regierung im Industrierat stattfinden, haben natürlich mit der Beilegung des Streiks nichts zu tun, da sie sich wochenlang hinausziehen können.

Ungarn.

Das alte Spiel.

Budapest, 18. Juni. die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses verlief sehr ruhig. Es waren nur Mitglieder der Regierungspartei anwesend. Präsident Graf Tisza teilte mit, daß das Magnatenhaus die Wehrvorlagen angenommen habe und daß sie der königlichen Sanktion unterbreitet werden würden. (Lebhafte Eljenrufe.) Hierauf wurde die erste Session durch ein königliches Reskript geschlossen. Die zweite Session wird morgen eröffnet.

Die ausgeschlossenen oppositionellen Abgeordneten erschienen unter Führung der Abgeordneten Graf Apponyi und v. Justh beim Militärkordon, der das Abgeordnetenhaus umgibt. Als die Ausgeschlossenen zurückgewiesen wurden, erklärten auch die nicht ausgeschlossenen Oppositionellen, sie wollten von ihrem Rechte im Abgeordnetenhause zu erscheinen, keinen Gebrauch machen, und zogen sich unter lebhaften Protesten v. Jusths geschlossen zurück.

Frankreich.

Poincaré stellt in der Wahlreform die Kabinettsfrage.

Paris, 17. Juni. Die Kammer trat heute in die zweite Lesung der Wahlreform ein. Der ehemalige Minister Augagneur begründete einen vermittelnden Gegenentwurf und appellierte an die Einigkeit aller Republikaner. Groussier trat ihm unter großem Beifall entgegen. Ministerpräsident Poincaré erklärte, er sei in bezug auf die wesentlichen Grundlagen seines Entwurfs unerbittlich. Er müsse auf der Ablehnung des Gegenentwurfs Augagneur bestehen und, um die parlamentarische Lage zu klären, zurücktreten, wenn er in dieser Frage nicht die Majorität der Republikaner hinter sich haben sollte.

Der Ministerrat hat sich am Mittwoch mit der Haltung Poincarés einverstanden erklärt.

Millerands Antwort auf die deutsche Wehrvorlage.

Paris, 18. Juni. In der heutigen Vormittagssitzung wurde in der Deputiertenkammer das Kriegsbudget beraten. Eine Anzahl Abgeordneter lenkte die Aufmerksamkeit des Kriegsministers auf die deutschen Wehrvorlagen und sprach im Anschluß daran für verschiedene Verbesserungen in der Bewaffnung und in der Mobilisierung der französischen Armee, um diese, die an Zahl der deutschen unterlegen sei, stärker auszubauen. Die Redner traten besonders für die Selbstlader der Infanterie ein und für eine dreijährige Dienstzeit bei der Kavallerie und bei der reitenden Artillerie. In seiner Antwort erinnerte Kriegsminister Millerand zunächst an die Rede Poincarés, der erklärt habe, es sei kein Grund vorhanden, wegen der Aufrechterhaltung des Friedens Befürchtungen zu hegen. Wie sicher die Weltlage aber auch sei, das Ziel des Kriegsministers müsse immer die Vorbereitung zum Kriege und die Bereithaltung der Armee für alle Eventualitäten sein. Man müsse anerkennen, daß die in Deutschland angnommenen Wehrvorlagen die größte Anstrengung darstellten, die seit langer Zeit gefordert worden sei. Durch sie werde nicht bloß der Effektivbestand der deutschen Truppen, sondern auch die Organisation des Kommandos verstärkt. Weiter erklärte Millerand, es sei unmöglich, in die Grenzgarnisonen lauter ausgebildete Leute zu schicken, denn diese würden dann im Innern des Landes bei der Einstellung der Rekruten fehlen. Außerdem wäre es ein schlechter Zustand, wenn die Offiziere niemals bis zur vollständigen Ausbildung dieselben Soldaten behielten. Eine Wiederherstellung der dreijährigen Dienstzeit für die Kavallerie und für die Artillerie zu Pferde hielt der Minister nicht für nötig; man müsse diese Waffen nur an Zahl verstärken. Im übrigen sei die Länge der Dienstzeit eine Frage der Kredite. Millerand fuhr fort, es sei notwendig, die schwarzen Truppen nutzbar zu machen; er werde in Uebereinstimmung mit seinem Kollegen vom Kolonialministerium von 1913 an eine mäßige Aushebung von kolonialen Kontingenten in Vorschlag bringen, aus der Frankreich einen beträchtlichen Zuwachs an Kräften und eine kostbare Hilfe ziehen werde. (??) Der Minister sprach schließlich über die weiteren Maßnahmen, die er zu treffen gedenke und erklärte das Radergesetz für die wichtigste und dringendste dieser Maßnahmen. Er werde noch vor Ende dieses Jahres eine Verminderung des Marschgepäcks für Fußsoldaten durchführen. Was das Militärflugwesen anlange, so sei es notwendig, daß Frankreich seinen Vorsprung bewahre, den keine andere Macht ihm streitig mache. Die Rede des Kriegsministers wurde mit großem Beifall aufgenommen.

England.

Die Isolierung des Schatzkanzlers.

London, 17. Juni. (Eig. Ber.) Die Beförderung Lord Haldanes zum Lordkanzler, die des Obersten Seely, eines konservativen Ueberläufers, zum Kriegsminister und die Beförderung verschiedener anderer Imperialisten haben bei den englischen Linksliberalen großen Ingrimm hervorgerufen. Ohnmächtig müssen sie zusehen, wie man ihre Leute und ihre Grundsätze immer mehr beiseite schiebt. Nur mit der äußersten Kraftanstrengung gelang es ihnen vor kurzem, ihrem Parteigenossen Robertson einen untergeordneten Posten in der Regierung zu verschaffen. Churchill, zu dem sie einst hoffnungsvoll emporblickten, hat sich durch die Rivalität mit Lloyd George immer mehr nach rechts entwickelt und wird heute von den Konservativen bejubelt. Der Minister Burns, der Hüter der Tradition der liberalen Arbeitervertretung, hält es mit den großen Bataillonen, die ihm Amt und Auskommen sichern, und duckt sich, indem er sehr geschäftig tut. „Und was den Radikalismus anlangt", ruft Herr Massingham, der Redakteur der „Nation" aus, „seine Fahne wird nur noch emporgehalten von einer einsamen Gestalt, Herrn Lloyd George". „Wenn das nicht anders wird," sagt er weiter, „wird die Einigkeit der Partei nicht bis zu den allgemeinen Wahlen aufrechterhalten werden und wir werden uns draußen nach den anregenden Kräften und Grundsätzen umzusehen haben, die die liberale Regierung vom Jahre 1905 schufen und deren Zurückziehung die Regierung des Jahres 1912 stürzen kann."

Seit dem Tode Campbell-Bannermans, dessen Ehrlichkeit und politischer Mut die Imperialisten der „Liberal League" in Schach hielten, ist es mit dem „Neuen Liberalismus" mit seinem sozialen Evangelium reißend bergab gegangen. Die hoffnungsvollen jungen Politiker, die ihn schufen oder die er anzog, verloren entweder ihren Sitz in den Parlamentswahlen des Jahres 1910, oder haben sich allmählich den neuen Existenzbedingungen angepaßt. Die Leute, die die liberale Partei als regierungsfähige Organisation aufrecht erhalten, die freihändlerischen Kapitalisten, die mächtigen Personen und Cliquen, die sich um die Würden und Stellen balgen, haben den Glauben an die Wirksamkeit der Politik Lloyd Georges verloren, und das liberale Bürgertum ist zur Einsicht gelangt, daß es an der Zeit ist, mit der Sozialpolitik ein wenig Schluß zu machen, damit das Land wieder Ruhe bekommt. Eine sonderbare Schlußfolgerung, die aber den Leuten ganz natürlich vorkommt, denen der ungestörte Verlauf des „Geschäfts" als das höchste zu erstrebende Ziel der Politik gilt. So findet sich Lloyd George denn vereinsamt; aus dem vergötterten Staatsmannn ist ein gewöhnlicher Sterblicher geworden, von dem die früheren Freunde immer mehr abrücken.

Es scheint, daß der englische Liberalismus am Ende seiner Leistungsfähigkeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik angekommen ist und sich in Zukunft lediglich mit der Korrigierung des Geschaffenen beschäftigen wird. Mit dem Alterspensionsgesetz hat er sein sozialpolitisches Programm erschöpft und er findet jetzt, daß die Arbeiterschaft, weit davon entfernt, befriedigt zu sein, ungeduldiger und unzufriedener ist denn je. Während er Reformen auf dem Gebiete des sozialen Sanitätswesens schuf, kam es den Massen zum Bewußtsein, daß sie von dem gewaltigen Zuwachs des nationalen Reichtums rein gar nichts erhielten, während sich die besitzenden Klassen einem immer größer werdenden Luxus hingaben. Das soziale Problem spitzte sich auf die Frage zu, wie eine gerechtere Verteilung des Produktes des Nationalfleißes zu erzielen sei. Man muß es den englischen Liberalen lassen, daß sie den Kern der Sache wohl verstanden und selbst bereit sind, der Arbeiterschaft einen größeren Teil an dem Produkte seiner Arbeitskraft zuzusprechen. Jedoch dasselbe Verständnis und dieselbe Bereitwilligkeit findet man auch in gewissen konservativen Kreisen. Die Schwierigkeit ist nur, jemand in den besitzenden Klassen zu finden, der bereit ist, mit der Entsagung einen Anfang zu machen. Jedermann glaubt, daß sein Nachbar ein passendes Versuchsobjekt ist. Ueber kurz oder lang muß alle Sozialpolitik zu dem Grundproblem führen. Der englische Liberalismus ist vor einem Problem angelangt, das er nicht lösen kann und zu dem allein der Sozialismus den Schlüssel besitzt. Daher auch die Müdigkeit des liberalen Bürgertums, der Zug nach rechts zum Imperialismus, der Ingrimm der Linksliberalen und die Isolierung des Schatzkanzlers.

China.

Der streikende Premierminister.

Peking, 17. Juni. Tangschaoyi ist noch nicht nach Peking zurückgekehrt, obgleich Yuanschikai den Sekretär Liangshihyi am Sonnabend in einem Sonderzug nach Tientsin entsandt hatte, um den Premierminister dringend zur Rückkehr aufzufordern. Als Ergebnis des heutigen Ministerrats ist Liangshihyi abermals mit einem ähnlichen Auftrag nach Tientsin geschickt worden. Der Präsidents und die übrigen Mitglieder des Kabinetts halten die geheimnisvolle Abreise des Premierministers für unerklärlich. Es scheint festzustehen, daß Tangschaoyi nicht zurückzukehren beabsichtigt. Eine Erklärung dafür liegt möglicherweise in der Mitteilung der Behörden von Canton an die Zentralregierung, daß die Unabhängigkeitserklärung von Canton ausgearbeitet würde.

Peking, 18. Juni. Tangschaoyi hat erklärt, er beabsichtige zurückzutreten, da er das Vertrauen seiner Partei und zu den Fremden verloren habe. Man versucht, ihn von seinem Vorhaben abzubringen.

Soldatenunruhen.

Peking, 18. Juni. Die Mandschu-Abteilung, die im Sommerpalast einquartiert ist, ist in der letzten Nacht nach Peking mit der ausgesprochenen Absicht aufgebrochen, den rückständigen Sold zu verlangen. Truppen Yuanschikais stellten sich ihr entgegen und unterdrückten den Ausbruch einer Meuterei. Die Führer wurden verhaftet. Nach Nachrichten aus Schansi, Schensi und Schantung drohen auch dort Meutereien auszubrechen, falls die Soldaten nicht ihren Sold erhalten. Es ist wesentlich, daß die Regierung nicht später als morgen Summen für diesen und für andere Zwecke zur Verfügung erhält. Die Regierung hat sich angesichts dieser Lage an die internationale Bankgruppe gewandt, die einen Vorschuß von drei Millionen Taels gewährt hat. Trotz dieser beunruhigenden Erscheinungen ist Yuanschikais Einfluß ständig im Wachsen begriffen, wie sich die Lage überhaupt allgemein bessert.

Aus der Partei.

Zur Beilegung des Göppinger Parteistreites.

Mit den Beschlüssen der Kreis-Generalversammlung ist die Göppinger Affäre in zufriedenstellender Weise erledigt worden. Der Parteivorstand hat von Anfang an den einzigen richtigen Standpunkt vertreten, daß nämlich ein Parteiblatt in taktischen Fragen die Meinung seiner Organisation zum Ausdruck bringen muß. Daher mußte der Parteivorstand auch die Verschmelzung der Parteiblätter in Ulm und Göppingen ablehnen, weil dadurch zugleich eine vollständige Aenderung in der taktischen Haltung des Blattes eingetreten wäre. Die jetzige Regelung gibt sowohl den Göppingern als den Ulmern ihr Recht.

Kann man sich also mit dem Abschluß dieser Affäre durchaus einverstanden erklären, so geben die Begleitumstände doch noch zu einigen Bemerkungen Anlaß. Man kann jetzt als festgestellt betrachten, daß der Parteivorstand anders, als er es tat, in dieser Sache gar nicht verfahren konnte, daß die Vorwürfe, die gegen ihn erhoben wurden, ganz unbegründet waren. Nun hätten aber diese Vorwürfe gar nicht erhoben werden können, wenn der Parteivorstand, wie er es forderte und erwarten mußte, rechtzeitig über das Verschmelzungsprojekt, das vorher nie zur Diskussion gestanden hatte, unterrichtet worden wäre. Daß das nicht geschehen ist, ist eine Unterlassung, die vor allem Schuld der Göppinger Genossen ist. Hätten sich die Göppinger Genossen, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, rechtzeitig mit dem Parteivorstand in Verbindung gesetzt, so hätten sie erfahren, daß die Sanierung des Blattes auch ohne die Verschmelzung geschehen würde. Daß sie es nicht getan haben, ist um so unbegreiflicher, weil der Vorstand sie zur Berichterstattung ausdrücklich aufgefordert hatte in demselben Schreiben, in dem er ihnen auch mitteilte, daß die dringenden Forderungen sofort bezahlt würden. Dieser letzte Punkt zeigt aber auch, daß wenigstens ein Teil der Göppinger Genossen nicht der Meinung sein konnte, daß sie sich in finanzieller Abhängigkeit befänden. Zweifellos ist aber, daß ein anderer Teil dennoch dieses Gefühl hatte. Das kann nur so erklärt werden, daß dieser Teil über die wirklichen Vorgänge im unklaren gelassen wurde und deshalb glaubte, auf die Verschmelzung eingehen zu müssen, um die Sanierung möglich zu machen. Daß diese Meinung entstehen konnte, daran trägt aber nicht nur ein Teil der Göppinger Genossen die Schuld, sondern auch der württembergische Landesvorstand. Denn unserer Meinung nach hätte der Landesvorstand, um völlig korrekt zu verfahren, den Parteivorstand von dem Verschmelzungsprojekt rechtzeitig verständigen müssen, und er hätte bei den Verhandlungen völlig Klarheit darüber schaffen müssen, daß die Verschmelzung keine Bedingung der Sanierung sei. Wäre dies vom Landesvorstand offen ausgesprochen worden, so wären alle Göppinger Parteigenossen über die völlige Unabhängigkeit ihrer Entschließung klar gewesen und dem Landesvorstand wären die Vorwürfe erspart worden, die mit Recht von einem Teil der Göppinger Genossen gegen ihn erhoben worden sind.

Zum Schluß noch einige Worte über die Haltung einzelner Genossen. Die Berichterstattung über die Vorgänge wird überall den Wunsch verstärken, daß über Parteistreitigkeiten in möglichst genauer Weise unterrichtet werden soll und einseitige Darstellungen vermieden werden müßten. Solche Einseitigkeiten sind aber diesmal vorgekommen, und das bleibt bedauerlich, auch wenn man den Berichterstattern zugute halten kann, daß sie sich mit einem Teil der Göppinger Genossen über die tatsächlichen Verhältnisse im Irrtum befunden haben.

Mit diesen Bemerkungen ist für uns eine Affäre erledigt, mit deren Ausgang alle Parteigenossen einverstanden sein können, die aber vielen daran Beteiligten nicht zum Ruhme gereicht.

Zur Eisenacher Konferenz.

Genosse Heilmann, Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme", sendet uns folgende Zuschrift: Die gestrige Zuschrift über die Eisenacher Konferenz eines Teiles der Reichstagsfraktion könnte leicht zu dem Mißverständnis verleiten, als ob die „Chemnitzer Volksstimme" etwas von einer Sprengung der Partei geschrieben habe. Sie hat jedoch in Wahrheit am Sonnabend nur folgende Notiz gebracht:

> Dem „linken Flügel" der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion angehörige Reichstagsabgeordnete versammeln sich auf Einladung des Genossen Ledebour morgen (Sonntag) in Eisenach, um in einer Vorbesprechung zu den Arbeiten des diesjährigen Parteitages und einigen anderen aktuellen Fragen unseres Parteilebens Stellung zu nehmen.

Für alle Zusätze „geistvoller" liberaler Zeitungsschreiber müssen die Genossen in der Chemnitzer Redaktion jede Verantwortung ablehnen.

Im eigenen Heim.

Unser Parteiorgan in Brandenburg a. H. ist jetzt in ein eigenes Geschäftshaus, das die Genossen im Herzen der Stadt mit einem Kostenaufwand von einer Viertelmillion errichten ließen, verlegt worden. Gleichzeitig wurden die Druckerei erweitert und die maschinellen Einrichtungen verbessert. — Die „Brandenburger Ztg." erscheint jetzt als Parteiorgan im 22. Jahrgang. Die Zeitung gehört zu denjenigen Parteiblättern, denen es gelang, stets ohne Zuschuß aus der Parteikasse auszukommen. Da auch die zum Bau notwendigen Gelder ausschließlich aus dem Unternehmen sowie von der Brandenburger Organisation stammen, und so die Hypothekenfrage gut gelöst ist, können die Brandenburger Arbeiter mit berechtigtem Stolz auf die Entwickelung ihres Organs als Wahrer ihrer Interessen blicken und den Einzug des Blattes in das neue Heim mit Freude begrüßen.

Gewerkschaftliches.

Würde!

Die beleidigte Würde eines Berufsgenossen rechtfertigt für alle anderen desselben Standes den Bruch eines Vertragsverhältnisses!

So hat das Reichsgericht entschieden! Mancher, der das liest, wird ungläubig den Kopf schütteln. Man denke nur: Ein Unternehmer verlangt von einem organisierten Arbeiter, er solle durch Verübung von Streikbruch oder Anfertigung von Streikarbeit seinen Berufs- und Klassengenossen in den Rücken fallen! Wegen solcher beleidigenden Zumutung werden seine Kollegen mit ihm kontraktbrüchig. Glaubt jemand, daß sich ein Gericht finden werde, das den Streikbruch für gerechtfertigt erklärte? Wer solcher Hoffnung sich hingibt, ist ein weltfremder Narr! Und doch hat das Reichsgericht den obigen Grundsatz aufgestellt. Die „Juristische Wochenschrift" berichtet darüber folgendes. Zwei Kassenärzte hatten der Bitte eines Kaufmannes, seiner Frau Geburtshilfe zu leisten, nicht entsprochen. Den Vertragspflichten zufolge, waren sie auf Grund einer, im vorliegenden Falle allerdings direkt nicht vorhandenen Bescheinigung einer Hebamme verbunden gewesen, dem Anspruch zu genügen. Den beiden Aerzten legte die Kasse die Kosten der Zuziehung eines beamteten Arztes auf, kürzte ihnen das Gehalt und überwies ihnen einen anderen Stadtteil als Wohnsitz. Hierin erblickte das Reichsgericht, der Vorinstanz folgend, die Anmaßung einer Strafgewalt und einen mit der Würde und Stellung des Arztes unvereinbarlichen Mißbrauch der Dienstgewalt. Wegen dieses die Rechte der Aerzte verletzenden Vorgehens waren nicht bloß die zunächstbetroffenen, sondern auch die anderen Kassenärzte berechtigt gewesen, das Vertragsverhältnis als nichtig zu betrachten, weil alle Aerzte vom gleichen Vorgehen bedroht waren.

Daß die Kasse das Wohl der Kassenmitglieder so energisch wahrnahm, muß sympathisch berühren, während die Weigerung der Aerzte, aus rein formalen Gründen einer Frau in ihrer schwersten Stunde Hilfe angedeihen zu lassen, nichts anderes ist, wie ein Shylockpochen auf ein Scheinrecht! Die materiellen Voraussetzungen für die verlangte Hilfe waren gegeben, sonst hätte die Kasse natürlich überhaupt nichts gegen die — unfreundlichen Herren unternehmen können! Trotz alledem, obwohl Menschenleben in Frage kamen: die Würde des Standes geht über alles! So entschied das höchste Gericht!

Solches Urteil muß aufpeitschend, wie klatschende Hiebe ins Gesicht der Streikbrecher und ähnlicher Gentlemen wirken. Das Gericht erklärt die Solidarität der Berufsgenossen für eine Pflicht der Standeswürde. Ja, das Gefühl der Würde soll sogar so stark sein, daß man materiell berechtigte Maßnahmen gegen einige Berufsgenossen mit Vertragsbruch beantwortet und beantworten darf!

Aber, solches Würderecht spricht man den Arbeitern ab! Diese sollen Streikbruch und ähnliche bezahlte Verrätereien fleißig üben. Während man den Arzt, Rechtsanwalt mit Schimpf und Schande aus seinem Stande ausstößt, der sich in ähnlicher Weise gegen seine Berufsgenossen verginge wie ein Streikbrecher gegen seine Arbeitsbrüder, lobt man die Streikbruchlumperei als brave, vom Staate extra zu schützende Heldentat. Und die Streikjustiz demonstriert die Würdedifferenzierung mit wünschenswerter Deutlichkeit. Nicht der Arbeiter, der auf Würde hält, der dem Streikbrecher und Konsorten die gebührende Verachtung bekundet, wird gegen die unwürdig handelnden Berufsgenossen geschützt, sondern umgekehrt: die Justiz versucht, dem Streikbruch, dem Arbeiterverrate alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen! Sie, die dort als Verteidigerin der Standeswürde funktioniert, tritt hier als Schutzengel des Verrates gegen Berufsgenossen auf. Nur in einer Beziehung besteht eine Aehnlichkeit: in beiden Fällen verteidigt man an sich unanständige, verdammenswerte Handlungen!

Diese zwiespältige Rechtsprechung und Auffassung ist der Reflex einer unsagbaren Arbeitermißachtung. Für diese soll es keine Würde, keine Selbstachtung geben. Dem Arzt macht man die rücksichtslose Wahrnehmung der Interessen aller seiner Berufsgenossen zur Standespflicht, der Arbeiter aber soll aus kleinlichem Egoismus seine Arbeitsgenossen schädigen, weil das Interesse des Kapitals es also gebietet. Solche Wertung der Arbeiter muß empörend, muß aufreizend und hoffentlich auch belehrend auf die noch nicht ganz verlumpten Strikbrechergesellen wirken. Wer solche Hoffnung täuscht, verdient die Verachtung, die ihm durch die unterschiedliche Wertung ausgesprochen wird. Sie bleiben Lumpen trotz des Dekorums, Stützen der Plünderordnung zu sein!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Steinarbeiter und Bauarbeiter aller Berufe! Der Streik bei Jüngers u. Schille ist auf sämtliche Bauten ausgedehnt worden. Außer dem Neubau „Sarotti", Tempelhof, kommen die Bauten in der Behmestraße im Grunewald und Köpenicker Straße, Ecke Adalbertstraße in Betracht. Zu den gemeldeten 22 Kollegen kommen noch neun hinzu. Ein Steinmetz, namens Max Schulz, geboren 8. März 1889 in Denn bei Brück a. d. Ahr, ist abtrünnig geworden. Im Streik stehen jetzt 31 Steinmetzen. Um sie zu ersetzen, greift man zu den kuriosesten Mitteln. Man stellt ungelernte Arbeiter an ihre Stelle, gibt ihnen Steinmetzwerkzeuge in die Hand und läßt sie auf den zu bearbeitenden Beton loshauen. Zur Ausübung des Steinmetzhandwerkes gehört jedoch noch etwas mehr, und um dieses zu erreichen — — — bindet man den Pseudosteinmetzen noch eine nagelneue blaue Schürze (das aus der zünftlerischen Zeit übernommene Wahrzeichen der Steinmetzen) um. Wenn das nicht zieht . . . Welchen Zweck dieses Manöver verfolgen soll, ist nur zu durchsichtig. Es fragt sich nur, wer am meisten getäuscht werden soll, die Streikenden — die einen vollgültigen Ersatz ihrer Arbeitskraft durch die „Beschürzten" erblicken und dadurch wankelmütig gemacht werden sollen — oder die Bauleitung der Firma Sarotti. Nun, wir werden beides zu verhindern wissen. Die Hauptsache ist, daß der Zuzug von Stein- und Betonarbeitern strikte ferngehalten wird und ersuchen deswegen die Arbeiter aller Bauberufe, uns in der Fernhaltung von Arbeitswilligen zu unterstützen.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Zentralverband der Steinarbeiter. Ortsverwaltung Berlin.

An die Arbeiter und Parteigenossen Groß-Berlins!

Seit Jahren schon sind die Fensterputzer Berlins bemüht, sich im Deutschen Transportarbeiter-Verbande zu organisieren. Leider gelingt das nicht in der erforderlichen Weise, da eine große Anzahl Firmen in ihren Betrieben keinen organisierten Arbeiter dulden. Diese Firmen haben jedoch viel Proletarierkundschaft. Sie nehmen also, da ja Geld nicht riecht, das Geld der organisierten oder freiheitlich denkenden Geschäftsleute; aber der Organisation selber stehen sie feindlich gegenüber. Hier können uns aber die Arbeiter und Geschäftsinhaber, insbesondere unsere Parteigenossen, sehr viel unterstützen. **Frage jeder Geschäftsmann seinen Fensterputzer nach seiner Verbandslegitimation, jeder Arbeiter fordere im Bierlokal oder in der Werkstatt die Legitimation des Verbandes von dem Fensterputzer und er verhilft dadurch einer kleinen, aber vorwärts strebenden Gruppe zum Siege.**

Arbeiter, Genossen! Wo ihr einen Fensterputzer trefft, fragt ihn nach seiner grünen Legitimationskarte für 1912.

Die Sektion der Fensterputzer.
Deutscher Transportarbeiter-Verband Groß-Berlin.

Achtung, Kunststeinarbeiter! Bei der Firma Borchmann u. Co. ist es wegen Nichtinnehaltung der tariflichen Bestimmung zur Gesamtarbeitseinstellung gekommen. Der Betrieb ist für alle Kunststeinarbeiter gesperrt. Fabrikarbeiterverband. Verwaltung Berlin.

Achtung, Friseurgehilfen! Aufgehoben ist die Sperre bei Herrn Möller, Zietenstr. 31. In die Liste der Geschäfte, deren Inhaber bewilligt haben, ist nachzutragen: In Neukölln: Guchen, Kaiser-Friedrich-Str. 78; Waldau, Weichselstr. 66; Henschke, Karlsgartenstr. 20. Reinickendorf: Jost, Herbststr. 14; Gabde, Scharnweberstr. 110. Ferner: Borowsky, Ruppiner Str. 24; Pfützenreuter, Lausitzer Str. 24. Verband der Friseurgehilfen.

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung der Stukkateure im Jahre 1911.

Seit Anfang dieses Jahres ist der Verband der Stukkateure dem Bauarbeiterverband angeschlossen. Ueber das letzte Jahr seiner Tätigkeit sollen hier einige Angaben folgen, um zu zeigen, daß der Verband durchaus imstande war, seiner Aufgabe, die wirtschaftliche Lage der Mitglieder zu heben, gerecht zu werden. Trotz der besseren Baukonjunktur war das Jahr 1911 nicht reich an Lohnbewegungen, weil viele bestehende Verträge darüber hinaus Gültigkeit hatten. Von den 8310 Verbandsmitgliedern unterstanden nicht weniger als 6796 oder 84,2 Proz. den bestehenden Verträgen.

In 41 Fällen stellten die Stukkateure Forderungen, in 74 Fällen hatten sie sich gegen von den Unternehmern beabsichtigte Arbeitsverschlechterungen zu wehren. Von den 74 Abwehrbewegungen konnten 66 ohne Arbeitseinstellung erledigt werden. Zu den 41 Angriffs- und 8 Abwehrstreiks kam noch eine Aussperrung in Berlin, aus Anlaß der Maifeier. An den Angriffsstreiks waren 453, an den Abwehrstreiks 184 Arbeiter, an der Aussperrung 11 Personen beteiligt. Von den insgesamt 50 Lohnbewegungen konnten 42 durch Verhandlungen erledigt werden, in 36 Fällen fanden diese Verhandlungen zwischen den Vertretern der beiden Organisationen statt, in 6 Fällen zwischen Arbeitern und Unternehmer direkt und in zwei Fällen unter Mitwirkung eines Unparteiischen. Von diesen Bewegungen endeten 46 erfolgreich und 2 erfolglos; 38 Tarife wurden abgeschlossen, 24 zum erstenmal. Insgesamt wurde erzielt für 574 Beteiligte eine Verminderung der Arbeitszeit von wöchentlich 1870 Stunden; außerdem wurde zurückgewiesen für 65 Personen eine Arbeitszeitverlängerung.

Lohnerhöhungen wurden insgesamt für 2213 Personen um wöchentlich 7042 M. oder pro Person 3,18 M. erreicht. Ferner wurden für 2027 Personen sonstige Vorteile erreicht, wie Regelung der Auslösung bei auswärtigen Arbeiten, höhere Bezahlung der Ueberstunden usw.

Die gesamten Unkosten der Bewegungen belaufen sich auf 15 030 M., von denen 7068 M. auf die Durchführung der Sperren aus den Filialkassen verwandt wurden.

Das Bestreben der Organisation, überall geregelte Arbeitsverhältnisse zu schaffen, ist im Jahre 1911 um einen guten Schritt weitergekommen. Von den 10 402 Mitgliedern, die die Organisation im Jahresdurchschnitt 1911 zählte, arbeiteten nicht weniger als 9954 oder 95,7 Proz. unter tariflich geregelten Verhältnissen.

Die Scharfmacher im Töpfer- und Ofensetzergewerbe.

In der Schlußversammlung des 7. Verbandstages des Verbandes der Arbeitgeber des Töpfer- und Ofensetzergewerbes Deutschlands, der dieser Tage in Hannover tagte, beantragte der Provinzialverband Berlin und Umgegend

Festsetzung eines einheitlichen Ablauftermins für sämtliche Lohntarife im Verbandsgebiet.

Die Besprechung dieses Antrages war in vieler Beziehung interessant. Meister Unterberger-Breslau erlaubte sich den bescheidenen Einwurf, daß es bei den Eigenarten des Gewerbes sehr schwierig sein würde, einen einheitlichen Ablauftermin festzusetzen bezw. durchzuführen. Aus diesem Grunde würde man sich wohl daran genügen lassen müssen, das Ziel des Antrages nach Möglichkeit anzustreben. Demgegenüber markierten verschiedene andere Delegierte die starken Männer, sie schwadronierten von Einheitstarifen, Tarifgemeinschaften und ähnlichen schönen Dingen, die erforderlich seien, um den doch wiederkehrenden Ansprüchen der Gehilfen einen wirksamen Damm entgegenzusetzen. Ein Hamburger Redner war so ehrlich, zu erklären, daß die vorher von dem Provinzialverbande Hamburg beantragte Erhöhung des Jahresbeitrages von 3 auf 5 M. in erster Linie dazu dienen sollte, für Kampfzwecke Geld in die Verbandskasse zu bekommen. Groß war ferner der Aerger, als von einem Brandenburger Delegierten der ziemlich kritische Begrüßungsartikel im „Töpfer" verlesen wurde. Der Verbandstag beschloß dann, den Vorstand zu beauftragen, bezüglich des Ablauftermins, worin ein Zusammengehen mit den Bestrebungen des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe betont wurde, mit dem Fabrikantenverbande und auch mit dem — Gesellenverbande in Unterhandlungen zu treten. Hierauf kam ein noch scharfmacherischer Antrag des Provinzialverbandes Schlesien:

„Der Hauptverbandstag möge beschließen, für den Fall, daß in irgend einem Unterverbande trotz des Bestehens einer Tarifgemeinschaft die Gehilfen in einen Sympathiestreik eintreten, solle der Hauptverband ohne weiteres, nach Prüfung der Sachlage, ermächtigt sein, innerhalb einer Frist von 8 Tagen, bei Firmen, die mit ihren Leuten Kündigungsfristen vereinbart haben, unter Zugrundelegung der kürzesten Kündigungsfrist, die Aussperrung für den betreffenden Provinzialverband und innerhalb 14 Tagen für den Hauptverband zu veranlassen."

Unterberg-Breslau begründete den Antrag mit dem Hinweise, daß ein Hauptzweck des Verbandes darauf gerichtet sein müsse, bezüglich der Organisation der Arbeitnehmer ein Gegengewicht zu schaffen behufs Ermöglichung von Tarifgemeinschaften und deren Geltendmachung durch Eintreten einer geschlossenen Korporation gegenüber dem Arbeitnehmerverbande. Allenthalben würde wohl das Gefühl bestehen, daß man aufhören müsse, die teilweise exorbitanten (!) Gehilfenforderungen zu befriedigen, und es angebracht erscheine, das Ueberlegenheitsgefühl der Arbeitnehmerverbände auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen, ein Zweck, der nur durch eine allgemeine Aussperrung erreicht werden könne. Dabei gelte die alte Regel: „Die beste Abwehr ist der Hieb".

Antrag und Begründung der biederen Schlesier gefielen so ausnehmend, daß der Verbandstag ohne Debatte zur einstimmigen Annahme kam!!

Vom Hamburger Hafen.

Während es anfangs den Anschein hatte, als würde für das Schiffs- und Kesselreinigergewerbe kein von beiden Parteien anerkannter Tarif zustande kommen, ist nunmehr doch Aussicht dafür vorhanden. Den Stein des Anstoßes bildeten für die Arbeiter der Anfangslohn und die Ueberstundenlöhne. Sie lehnten deswegen den ersten Tarifentwurf ab und ersuchten unter eingehender Begründung ihres Standpunktes die Unternehmer um anderweite Regelung. Obwohl die Unternehmer durch den Hafenbetriebsverein hatten erklären lassen, daß sie im Falle der Ablehnung den Tarif autonom, aber ohne die vorgesehene Staffelung, einführen würden, haben sie sich doch offenbar den Gründen der Arbeiter nicht verschließen können und sind deren Wünschen entgegengekommen. Der neue Entwurf beseitigt die am meisten beanstandeten Mängel. Wenn die Arbeiter in ihrer dieser Tage stattfindenden Versammlung dem neuen Tarife zustimmen, ist für eine weitere starke Arbeitergruppe das Arbeitsverhältnis tariflich geregelt. Das Ergebnis der Lohnbewegung besteht in einer nicht unerheblichen Lohnerhöhung, namentlich für die jugendlichen Arbeiter, die endlich für ihre schwere und ungesunde Tätigkeit eine halbwegs angemessene Bezahlung bekommen. Für die Schiffsreiniger beträgt die Lohnzulage für das erste Jahr — bis 30. September 1913 — 20 Pf., für das zweite 30, für das dritte 40 Pf. pro Stunde, für die Kesselreiniger über 18 Jahren 70, 80 bezw. 90 Pf., für die jugendlichen 50 Pf. Außerdem sind in den Sonderbestimmungen über Extralöhne usw. verschiedene Verbesserungen geschaffen. — Weitere Abschlüsse sind zurzeit nicht zu verzeichnen, dürften aber in der nächsten Woche erfolgen.

Auf dem Stahlwerk Mark in Wengern/Ruhr wurde wegen Differenzen am 30. Mai sämtlichen Arbeitern zum 15. Juni das Arbeitsverhältnis gekündigt. Am 12. Mai machte die Direktion durch Anschlag bekannt, daß diejenigen Arbeiter, die weiter arbeiten wollten, sich bei ihrem Meister melden sollten. Die Direktion behalte sich aber die Wiederannahme vor. Ein Teil der Unorganisierten ist wieder zu Kreuze gekrochen; die Organisierten haben aber diesem Lockruf keine Folge geleistet. Sie waren überzeugt, daß die Direktion eine Auslese vornehmen würde und sind am 15. Mai in den Streik getreten. Die Gießerei liegt vollständig still; nur einige Lehrlinge sind am Arbeiten. Wenn es gelingt, den Zuzug von Formern fernzuhalten, wird es nicht lange dauern und die Firma wird sich mit ihren Leuten einigen müssen. — Zuzug von Metallarbeitern aller Branchen ist von dem Stahlwerk Mark streng fernzuhalten.

Ausland.

Zuzug von Waggonarbeitern aller Branchen ist von Nesselsdorf in Mähren unbedingt fernzuhalten. Wie uns ein Telegramm von dort meldet, sind gestern dort 107 deutsche Streikbrecher (!) angekommen. Die in Frage kommenden Organisationsleitungen werden gebeten, alles zu tun, was den Zuzug verhindern kann.

Berliner Streikbrecherexport. Wie der Reichenberger „Vorwärts" mitteilt, sind als Arbeitswillige bei dem Formerstreik in der Automobilfabrik Christian Linser in Reichenberg, Nordböhmen, auch etliche Leute aus Berlin tätig. Sie heißen: Karl Zander, Neukölln-Berlin, Otto Mathes aus Pankow bei Berlin, Heinrich Berek aus Berlin. — Ob das Hinteische Siebenmonatskinder sind, wird nicht angegeben.

Ein staatliches Amt gegen italienische Streikbrecherdienste.

(Eig. Ber.) Italienische bürgerliche Blätter haben viel Lärmens davon gemacht, daß das staatliche italienische Auswanderungsamt in der Schweiz dort vielen aus der Türkei ausgewiesenen Arbeitern Beschäftigung nachgewiesen hätte. Demgegenüber teilt das Auswanderungsamt mit, daß es nicht daran denke, die aus der Türkei ausgewiesenen Arbeiter in der Schweiz anzustellen, wo zurzeit eine nicht unbedeutende Arbeitslosigkeit herrscht. Das Amt teilt weiter mit, daß es die Gesuche mehrerer Schweizer Firmen um Zuweisung von Arbeitern abgelehnt hat, weil die Konsulatsbehörden die Arbeitsbedingungen für unangemessen und unannehmbar hielten. Somit erbringt ein staatliches Amt den Beweis, daß das Unternehmertum sofort aus dem Unglück der Ausgewiesenen Vorteil zu ziehen gesucht hat, um sich billige Arbeitskräfte zu verschaffen. Rührend ist dabei der internationale Geist des Kapitalismus: die Türkei weist italienische Arbeiter aus, und gleich sind die Schweizer Kapitalisten bereit, ihre einheimischen Arbeiter zu entlassen, um die ausgewiesenen Italiener . . . unter Tarif anzustellen!

Letzte Nachrichten.

Die Lage in Peking.

Peking, 18. Juni. Hier ist ein Manifest veröffentlicht worden, welches dem Ministerpräsidenten Tangschaoyi einen Urlaub von 5 Tagen gibt, damit er sich in Tientsin ausruhen und seine Krankheit heilen lassen könne. Der Privatsekretär Yuanschikais, Liangshiyi, der nach Tientsin gesandt worden war, um den Ministerpräsidenten zur Rückkehr zu bewegen, berichtete, der Ministerpräsident wünsche Tientsin nicht zu verlassen, da er erwarte, **daß die Nationalversammlung die provisorische Ernennung Lingtsengtangs zum Ministerpräsidenten billigen werde.** Man glaubt hier allgemein, daß Tanschaoyi nicht zurückkehren werde. Die Frage, wer sein Nachfolger werden wird, beschäftigt bereits das öffentliche Interesse.

Ein hochstapelnder Fahnenjunker.

Dresden, 18. Juni. (H. B.) In Obermößnitz bei Dresden ist der frühere Fahnenjunker Richard Eich aus Marienburg, der in Frankfurt a. M. Waren im Werte von 20 000 M. erschwindelt und dabei die Uniform eines preußischen Ulanenfähnrichs getragen hatte, auf der Flucht hier verhaftet worden.

Rangierers Los.

Frankfurt a. M., 18. Juni. (P.-C.) Der 19jährige Streckenarbeiter Heinrich Schroth aus Igelsbach, der am hiesigen Hauptbahnhof als Rangierer beschäftigt war, fiel heute nachmittag von dem Bremserhäuschen eines Güterwagens auf das Gleis. **Beide Beine wurden ihm abgefahren.**

Drei Abstürze bei der Kieler Flugwoche.

Kiel, 18. Juni. (W. T. B.) Der heutige Flugtag begann bei prächtigem Wetter. Es fanden zahlreiche Aufstiege statt. Leider stürzten drei Flugzeuge ab; zuerst Stiefvater mit Leutnant Grevenschütz als Fahrgast. Beide Flieger trugen erhebliche Verletzungen im Gesicht davon und wurden sogleich nach dem Krankenhause gebracht. Das Flugzeug war vollständig zertrümmert. Ferner stürzte Krieger mit Korvettenkapitän a. D. Friedländer bei der Levensauer Hochbrücke ab. Beide Flieger blieben unversehrt. Ihr Flugzeug ist beschädigt. Der dritte Absturz ereignete sich in der Nähe des Flugplatzes. Der Flieger Krumsiek mußte nämlich infolge Versagens des Motors plötzlich niedergehen, wobei sich der Apparat überschlug. Der Flieger blieb unversehrt, das Flugzeug wurde nur gering beschädigt. Im übrigen wurden dem Publikum prächtige Flüge geboten.

Neuer Weltrekord in der Aviatik.

Paris, 18. Juni. Nach einer Blättermeldung legte der Militärflieger Leutnant de Marmies mit einem Fluggast heute früh die 285 Kilometer lange Strecke von Buc bei Versailles nach Verdun in 2 Stunden zurück und stellte damit einen Weltrekord auf.

Schwerer Kraftomnibusunfall in Paris.

Paris, 18. Juni. (P.-C.) In der Rue de la Roquette fuhr heute nachmittag um 4 Uhr ein Kraftomnibus, der einem entgegenkommenden Lieferungskraftwagen einer großen Firma ausweichen wollte, in einen Laden hinein. 8 Insassen des Autobus wurden schwer verletzt. **Zwei sind ihren Verletzungen erlegen.**

Raubüberfall in einem Bahnzuge.

Jekaterinoslaw, 18. Juni. (W. T. B.) Vergangene Nacht überfielen acht bewaffnete Banditen in einem Zuge auf der Strecke Ejadowaja—Kolatschewskoje den Kassierer einer russisch-belgischen Gesellschaft, raubten elftausend Rubel, brachten den Zug zum Stehen und entkamen. Bei dem Ueberfall wurde ein Polizist getötet, der überfallene Kassierer und zwei andere Passagiere verwundet.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Zu der vorgeschlagenen Aenderung des Organisationsstatuts.

II.

(Schluß.)

gh. Die Kommission hat im Einverständnis mit dem Parteivorstand ferner vorgeschlagen, daß nicht mehr alle Mitglieder unserer Reichstagsfraktion, sondern nur noch eine Vertretung bis zu einem Drittel der Mitglieder zur Teilnahme an dem Parteitage berechtigt sein sollen. Der Grund dieses Vorschlags liegt in der großen Zahl unserer Reichstagsabgeordneten.

Zunächst mag die Belastung der Parteikasse durch die Kosten der Teilnahme aller Fraktionsmitglieder in Betracht kommen. Dem kann aber dadurch Rechnung getragen werden, daß die Fraktionskasse, die bekanntlich die Fraktionsgenossen selbst speisen, die Kosten übernimmt.

Ferner ist es als unerwünscht bezeichnet worden, daß auf dem Parteitag, der ja eine Vertretung der großen Masse unserer Parteigenossen sein soll, die Reichstagsfraktion immer mehr Stimmen solcher Genossen stellt, die nicht als Vertreter auf den Parteitag gewählt sind. Das kann aber dadurch verhindert werden, daß die Fraktionsgenossen, die nur als Reichstagsabgeordnete auf dem Parteitage anwesend sind, auch nur beratende Stimme haben.

Wichtiger ist der Hinweis auf die verhältnismäßig sehr große Zahl der Teilnehmer an unseren Parteitagen. Sie beläuft sich auf 300 bis 400. Je mehr die Teilnehmerzahl durch die Fraktionsgenossen vergrößert wird, um so mehr wird unter diesen Umständen die Arbeit des Parteitages erschwert. Auf der anderen Seite ist aber zu berücksichtigen, weshalb bis jetzt alle Mitglieder der Reichstagsfraktion zur Teilnahme an dem Parteitage berechtigt sind. Die Fraktion ist die Vertretung der Gesamtpartei: sie hat für die Forderungen der Gesamtpartei einzutreten, muß sich nach unseren Parteigrundsätzen und nach den Beschlüssen unserer Parteitage richten und ist für ihre Tätigkeit Rechenschaft der Gesamtpartei schuldig. Sie erstattet daher jedes Jahr schriftlich Bericht über ihre Tätigkeit. Zu dem Bericht kann die Gesamtpartei nur auf ihrem Parteitag Stellung nehmen. Das erfordert, daß die Fraktion auf dem Parteitag Anfragen beantwortet und sich gegen Anklagen verteidigt, ihre Stellung zu den einzelnen Fragen rechtfertigt.

Der schriftliche Bericht der Fraktion wird allerdings von einem einzigen Fraktionsgenossen ausgearbeitet. Dies geschieht aber nach sorgfältiger Vorbereitung, und überdies sehen alle Fraktionsgenossen den Entwurf des Berichts durch und regen die nötigen Berichtigungen an. Auf dem Parteitag dagegen soll die Fraktion sofort die Beschwerden beantworten. Das kann nur der Fraktionsgenosse, der die in Betracht kommenden Einzelheiten der Angelegenheit im Gedächtnis hat. Die Tätigkeit unserer Fraktion erstreckt sich aber auf so viele Angelegenheiten, daß kein Mensch stets alle Einzelheiten aller dieser Angelegenheiten ohne weiteres übersehen kann. Und gerade mit den Fragen, die am ersten Anlaß zu Beschwerden geben können, mit neu auftauchenden Fragen oder mit Fragen, die sich auf besondere Verhältnisse beziehen, können sich naturgemäß immer nur einige wenige Fraktionskollegen eingehend beschäftigen. So ist z. B. die Frage, wie der Vertrieb der deutschen Diamanten geregelt werden soll, auch von einem unserer Fraktionsgenossen besprochen worden. Die Frage ist für den Fernstehenden so schwierig zu übersehen und zum Teil so streitig, daß unmöglich irgend ein anderer Fraktionsgenosse als der Redner selbst die Einzelheiten, die er in seiner Rede dargelegt hat, rechtfertigen kann. So ist es aber auf allen Gebieten.

Schließlich können auf den Parteitagen Beschwerden vorgetragen werden, die die zufällig anwesenden Fraktionsgenossen als mehr oder weniger berechtigt anerkennen müssen. Dann fehlt es an jeder sachlichen Verteidigung des angegriffenen Fraktionsgenossen. Aus diesen Gründen ist es notwendig, daß alle Fraktionsgenossen zur Teilnahme an dem Parteitage berechtigt sind, wenn wir nicht der Gesamtpartei das Recht und die Pflicht, Rechenschaft von der Fraktion über ihre Tätigkeit zu fordern, tatsächlich nehmen und die Aussprache auf dem Parteitage über die Tätigkeit der Fraktion zu einem Spiel mit Worten machen wollen.

Allerdings haben noch auf jedem Parteitage Fraktionsgenossen gefehlt. Das ist niemals zu vermeiden, weil diesen oder jenen Genossen zwingende Gründe fernhalten. Bisher aber hatte jeder Fraktionsgenosse die Pflicht, auf dem Parteitage anwesend zu sein. Wer trotzdem nicht zugegen ist, hat kein Recht, sich zu beschweren, wenn seine Tätigkeit im Reichstage getadelt und er nicht genügend verteidigt worden ist. Wenn aber Fraktionsgenossen, gegen die sich die Beschwerden auf dem Parteitage richten sollen, nicht anwesend sein dürfen, dann muß jede sachliche Beschwerde verstummen.

Außerdem haben die Parteitage oft genug der Reichstagsfraktion wichtige Anregungen zu Anträgen im Reichstage gegeben. Dazu ist notwendig, daß die Vorschläge von sachverständigen Fraktionsgenossen geprüft werden, damit irrtümliche Auffassungen namentlich über die Behandlung der Angelegenheit im Reichstage sofort berichtigt werden und der Parteitag zu den Anregungen so, wie sie durchgeführt werden können, Stellung nimmt. Das ist nur möglich, wenn auch wirklich alle Fraktionsgenossen zugegen sein können, wenn sie alle zur Teilnahme an den Parteitagen berechtigt sind.

Eine Vertretung der Fraktion durch einen Teil ihrer Mitglieder hat keinen Wert. Nach welchem Gesichtspunkte soll die Fraktion ihre Vertreter bestimmen. Kein Mensch kann vorher wissen, welche Angelegenheiten auf dem Parteitage besprochen, gegen welche Fraktionsgenossen Beschwerden erhoben werden. Die Fraktion hat daher trotz der Vertretung keine Sicherheit, daß sie auf dem Parteitage in genügendem Maße Red' und Antwort stehen, daß sie dort die Anregungen sachgemäß würdigen können. Sie muß es vielmehr dem Zufall überlassen, ob auf dem Parteitage die Fraktionsgenossen anwesend sein werden, die dort sein müßten. Demgemäß würde die Vertretung nur eine Form ohne sachlichen Inhalt sein.

Der Parteivorstand hatte denn auch — von dieser Auffassung ganz berechtigt — eine Vertretung durch eine möglichst geringe Zahl von Fraktionsgenossen, durch 8, vorgeschlagen. Die Kommission hat die Vertretung auf ein Drittel der Fraktionsstärke erhöht, also bei der jetzigen Zahl sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneten auf 36. Das ist eine Vergeudung von Zeit, Kraft und Geld und eine in der Tat nutzlose Vergrößerung der Teilnehmerzahl an den Parteitagen. Ueberdies wird bei den Parteigenossen der Anschein erweckt, als ob es sich um eine ernsthafte Vertretung der Reichstagsfraktion handelt. Deshalb weg mit dieser sogenannten Vertretung.

So beschwerlich der weite Kreis von Teilnehmern an den Parteitagen auch ist, ist doch gerade wegen der großen Zahl von Fraktionsgenossen im Interesse der Partei dringend zu wünschen, daß nicht nur der bisherige Zustand erhalten bleibt, also jeder Fraktionsgenosse berechtigt ist, auf dem Parteitage anwesend zu sein, sondern, daß ihm dies sogar als eine wichtige Pflicht auferlegt wird. Je größer die Fraktion wird, desto größer ist die Möglichkeit, daß wir in die Fraktion Genossen bekommen, die glauben, ihre eigenen Wege gehen zu können, wenn sie nur die Genossen ihres Wahlkreises hinter sich haben. Demgegenüber ist es jetzt notwendiger als je, daß die Gesamtpartei sich auf ihren Parteitagen das Recht und die Möglichkeit erhält, sachlich zu der Tätigkeit der Reichstagsfraktion Stellung zu nehmen. Nur so kann sie in jedem Jahre von neuem bekunden, daß die Fraktionsgenossen im Dienste der Gesamtpartei stehen und sich unbedingt den Beschlüssen und der Geschlossenheit der Gesamtpartei zu fügen haben.

Aus Industrie und Handel.

Rentabilität in der Landwirtschaft!

Daß trotz aller Liebesgaben die Landwirtschaft nicht rentiere, ist eine ständige Klage der Schnapsjunker. Für ordentlich betriebene Wirtschaften hat ihr Lamento sicher keine Berechtigung. Bei rationellem Betrieb springen vielmehr ganz prächtige Gewinne heraus. Das bestätigen auch eingehende Wirtschaftsrechnungen, die der Besitzer des Rittergutes Zollen-Neum in der „Illustrierten Landwirtschafts-Zeitung", Nr. 40 vom 18. Mai, veröffentlicht. Aus seinen Aufzeichnungen für das Jahr 1911 stellen wir folgende Resultate zusammen:

Anlagewert	242 032,40 M.
Gesamteinnahme . . .	110 122,75 „
Gesamtausgabe	82 283,10 „
Reingewinn	27 839,65 M.

Der nach Abzug aller Ausgaben verbleibende Reingewinn macht 11,5 Proz. des angegebenen Anlagewertes aus. Da bleibt zu klagen doch wahrlich kaum noch Veranlassung. Leider fehlen die Angaben über hypothekarische Belastungen, so daß man nicht weiß, wie hoch sich die Verzinsung des wirklich angezahlten Kapitals stellt. Für das allgemeine Urteil über die Rentabilität des investierten Kapitales ist das allerdings gleichgültig. Von großem Interesse sind aber noch einige Spezialangaben aus der Rechnung. An den Einnahmen sind beteiligt: Weizen mit 21 746 M., Roggen 14 204 M., Zuckerrüben 8567 M., Milchvieh 7710 M., Kartoffeln 27 992 M., und die Brennerei mit 8883 M. Und das erbrachte das verschrieen schlechte Erntejahr 1911! Die günstige Position der Rittergutsbesitzer als Steuerzahler kommt in der Ausgabe für Steuern und Abgaben ganz nett zum Ausdruck. Erforderte diese Position insgesamt doch nur 2326 M. In dem angegebenen Reingewinn ist dieser Betrag übrigens nicht mehr enthalten. Ein Schlaglicht auf die landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisse wirft die Position: Löhne. Sie beanspruchte Summa Summarum — von einigen unbedeutenden Deputaten abgesehen — 31 665 M., also nur 3829 M. mehr als wie der angegebene Reingewinn ausmacht. Auf jede Mark Lohn, die an die Arbeiter gezahlt wurden, kommen 88 Pf. Reingewinn, die der Rittergutsbesitzer einstreicht. Für die Erhaltung solcher „Eigenart Preußens" kämpfen die Junker auch durch die Verhinderung einer Wahlreform.

Verschleuderung deutscher Kohlen an das Ausland.

Im Zechenbesitzerorgan „Glück auf" stellt Dr. Jüngst die Ergebnisse des deutschen Kohlenhandels seit 1885 zusammen. Danach hat betragen in 1000 Tonnen die

	Steinkohlen-Förderung	Einfuhr an Kohlen, Koks und Briketts	Ausfuhr an Kohlen, Koks und Briketts	Inländischer Verbrauch pro Kopf Tonnen
1885	2 876	2 573	9 821	1,09
1900	109 290	8 121	18 488	1,77
1910	152 828	12 122	80 943	2,08
1911	160 748	11 769	85 055	2,10

Bei der Ein- und Ausfuhr sind Koks und Briketts auf Kohle zurückgerechnet. 1907 betrug die Einfuhr sogar 14½ Millionen Tonnen, sie ist also bis 1911 ganz bedeutend zurückgegangen, während die Ausfuhr in derselben Zeit von 25,7 auf über 35 Millionen Tonnen stieg. Der Löwenanteil der Ausfuhrsteigerung entfällt auf die rheinisch-westfälischen Syndikatszechen.

Die Gesamtkohlenförderung wurde verkauft von den Zechen

	1885	1910	1885	1910
	im Inland		im Ausland	
Oberschlesien .	83,89 Proz.	71,75 Proz.	16,61 Proz.	28,25 Proz.
Niederschlesien	75,71 „	75,45 „	24,29 „	24,55 „
Saargebiet .	73,51 „	83,56 „	26,49 „	16,44 „
Ruhrgebiet .	90,79 „	80,60 „	9,21 „	19,40 „

Der Gesamtkohlenabsatz der Ruhrzechen in das Ausland ist bis 1909 nicht genau kontrolliert worden. Genaue Uebersichten gewährt das Geschäftsgebaren des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats seit 1896 über seinen In- und Auslandsabsatz. Von dem Gesamtverkauf gingen ins

	Inland	Ausland
1896	84,10 Proz.	15,90 Proz.
1910	78,28 „	21,72 „
1911	76,98 „	23,02 „

Die Vertreter des Kohlensyndikats behaupten, es sei zu dieser enorm gesteigerten Ausfuhrtätigkeit gezwungen, weil im Inlande die Förderung immer weniger untergebracht werden könne. Das kann man nur zugeben, wenn man auf dem Standpunkt steht, daß die fortgesetzte Vermehrung der Förderschächte ohne Rücksicht auf den Bedarf und dann die Verschleuderung der deutschen Kohle in das Ausland weit unter dem Inlandspreis im Interesse der deutschen Volkswirtschaft liegt. Diese Interessensolidarität liegt aber nicht vor, vielmehr hören die Klagen inländischer Kohlenverbraucher über die hohen Kohlenpreise und die Begünstigung der ausländischen

Kleines Feuilleton.

Opernverschandelung durch Warenhäuser. Richard Wagner, dem bei Lebzeiten seine Neider und Widersacher immer auch zum Vorwurf machten, wie gut er's verstände, künstlerischen Idealismus mit ausgeprägtem Geschäftssinn zu vereinigen, würde doch die Hände über dem Kopf zusammenschlagen ob des großkapitalistischen Handelstalents seiner musikalischen Epigonen. Sie, nach deren Werken vielleicht niemand mehr Verlangen haben wird, sobald einmal „Freund Hein" von der Körperlichkeit Besitz genommen, wissen tausendmal besser die „Konjunktur" auszunützen. Was heißt Unsterblichkeit für sie! Man sei der Modemusikmacher, bei dessen „Melodien" oder auch kakophonischen Monstrositäten sich die geld- und geburtsadelige Gesellschaft wie vom Veitstanz besessen gebärdet — dann häuft man Säcke gleißenden Goldes auf. Fast will es scheinen, als beeiferten sich die Theaterleiter — und Warenhäuser, noch die profitwahnwitzigen Geschäftspraktiken englisch-amerikanischer Musik-Großkaufleute zu übertrumpfen. Der Londoner Direktor Hammerstein — übrigens ein Reichsdeutscher — wird im nächsten Jahre in Newyork neue Opernaufführungen veranstalten. Es verlautet, daß Hammerstein laut dem mit der Newyorker Metropolitan-Opern-Gesellschaft geschlossenen Vertrag verpflichtet sei, zehn Jahre lang in Newyork keine Opernbühne zu führen — oder 200 000 Dollar, also mehr als 800 000 M., kontraktlich vorgesehener Konventionalstrafe zu zahlen. Was liegt an dieser „Kleinigkeit"! Hammerstein erlegt einfach die Buße, um bereits im nächsten Herbst mit dem Bau seines neuen Newyorker Opernhauses zu beginnen. Man sieht: Kunst kostet Geld. Aber „Kunst" bringt auch Geld — vorausgesetzt, daß der richtige „zugkräftigste" Komponist eingefangen werde. Bei uns hat sich das Warenhaus von A. Wertheim des großen Ricardo Strauß bemächtigt, um dessen allerneueste Oper „Ariadne auf Naxos" im Stuttgarter Hoftheater demnächst zur Aufführung zu bringen. Man will wissen, daß A. Wertheim für „seine" drei ersten Vorstellungen 120000 Mark Pachtgeld gezahlt habe. Das kann ja ein exorbitanter Billettschacher werden. Und die Aussichten? Wenn erst einmal die Warenhäuser alle Kunst erobert haben sollten — Wertheim scheint auf dem besten Wege dazu zu sein! — dann sind künstlerisch gebildete Theaterleiter überhaupt nicht mehr nötig. Anstatt ihrer schließt ein nur kaufmännisch geschulter Direktor mit Reisebühnen-Unternehmern seine Pachtverträge — und geht im übrigen spazieren. Aber die Sänger und Schauspieler werden ein gleiches tun müssen — oder sie verkaufen ihr Talent dem Kientopp.

Die Riesenwasserleitung New Yorks. Die ausreichende, allen hygienischen Anforderungen entsprechende Versorgung großer Städte mit Trinkwasser gehört mit zu den hervorragendsten Problemen unserer Zeit. In den meisten Fällen macht die Heranschaffung der nötigen Wassermengen große Schwierigkeiten. Da, wo in der Nähe nicht genügend ertragreiche Quellen oder Niederschlagsgebiete vorhanden sind, muß das Wasser oft weit hergeholt werden, was den Bau großer Leitungen notwendig macht. Eines der größten neueren Werke dieser Art stellt die Wiener Hochquellenwasserleitung dar. Sie wird aber bei weitem durch die neue, sogenannte Catskill-Wasserleitung für New York übertroffen, deren Bau im Jahre 1915 beendet sein soll. Die Wassernot der amerikanischen Riesenstadt erhöhte sich immer mehr, weshalb eine durchgreifende Regelung der Trinkwasserbeschaffung erforderlich wurde. Der Hudsonfluß hätte wohl genug Wasser geliefert, doch machte dessen Verwendung ungeheuer kostspielige Filtrieranlagen notwendig. Als ertragreichstes Gebiet erwies sich schließlich nach vielem Suchen das etwas mehr als 200 Kilometer von New York entfernte Catskill-Gebirge, dessen Leistungsfähigkeit man auf über drei Milliarden Liter schätzte. Die Kosten der Anlage wurden auf etwa 650 Millionen Mark veranschlagt, wozu noch 55 Millionen für den Bau der wasserverteilenden Tunnels in der Stadt selbst kommen.

Ende 1906 begannen die ersten Arbeiten im Catskill-Gebirge mit der Erbauung einer riesigen Talsperre. Das Tal des Esopusflusses, in dem das Niederschlagswasser gesammelt werden soll, hat 600 Quadratkilometer Flächeninhalt. Zur Errichtung dieses Stauweihers mußten sieben Ortschaften mit 3000 Einwohnern beseitigt, zahlreiche Straßen und Eisenbahngleise verlegt werden. Die so geschaffene Stauanlage hat eine ungeheure Ausdehnung und wird durch einen riesigen Damm aus Mauerwerk, Erdreich und Beton in zwei Becken geteilt. Die vier Einlaßschleusen sind natürlich auch von kolossaler Größe und wiegen beiläufig je 10 000 Kilogramm.

Der interessanteste Teil der ganzen Anlage ist aber der Aquädukt, der das Wasser vom Ashokan-Stauweiher nach New York leitet. Da der Aquädukt in den einzelnen Gegenden unter oft ganz grundverschiedenen Verhältnissen zu verlegen war, so mußten für die Leitung auch die verschiedensten, der jeweiligen Umgebung angepaßte Konstruktionen verwendet werden. Zunächst war darauf Rücksicht zu nehmen, daß das Wasser ein überaus großes natürliches Gefälle hat und infolgedessen mit furchtbarer Kraft in dickem Strahl dahinfließt. Bei der Ueberwindung von Bergen und Hügeln werden Tunnels durch sie hindurchgebohrt, deren Wände eine Betonverkleidung erhalten. Zur Ueberquerung kleinerer Täler hat man mächtige Stahlröhren von 2 bis 3 Meter Weite, innen und außen mit Beton bekleidet, verlegt. Die größten Schwierigkeiten machte aber die Kreuzung der großen Täler und Flüsse, insbesondere des Hudson. Die Erbauung von Brücken oder die Legung von Röhren wäre einesteils zu kostspielig, anderenteils zu wenig sicher gewesen. Hier zog man vor, an beiden Ufern der Flüsse tiefe, senkrechte Schächte abzuteufen und deren Grund durch wagerechte Stollen, unter dem Tal oder Flußbett hinweg, zu verbinden. Die Schächte und Stollen haben durchweg eine Weite von rund 4 Metern und sind mit Beton von mehr als einem halben Meter Stärke ausgemauert. In einem Tale tritt das Wasser in einen 183 Meter tiefen Schacht ein, durchfließt einen wagerechten Stollen von über 7 Kilometer Länge und steigt aus 850 Meter Tiefe wieder hinauf. Beim Hudsonfluß war die Unterführung insofern schwierig, als zunächst keine, dem ungeheuren Druck genügend Widerstand leistende Schicht zu finden war. Man suchte hier jahrelang nach einer geeigneten Stelle und wählte schließlich eine 240 Meter unter dem Wasserspiegel liegende dicke Felsschicht. Diese Anlage dürfte wohl einzig in ihrer Art dastehen.

Ebenso intressant und schwierig wie die ganze Wasserzuleitung ist auch die Verteilung in New York selbst. Vor der Stadt liegt ein riesiges Ausgleichreservoir, von dem uns ein 26 Kilometer langer, über 4 Meter breiter, in die Felsen hineingehauener Tunnel führt. Eine Betonauskleidung von einem halben Meter Stärke sichert ihm eine glatte Oberfläche. Natürlich muß der Tunnel, um bei dem kolossalen Wasserdruck jeder Gefahr vorzubeugen, besonders tief in der Felsschicht eingebettet liegen. 24 riesige Steigschächte leiten das Wasser in die städtischen Verteilungsrohre.

Bei dem überaus starken natürlichen Gefälle ist es möglich, das Wasser ohne Pumpwerke bis in die obersten Stockwerke der meisten Gebäude mit ausreichendem Ueberdruck zu bringen. Nur für die höchsten Wolkenkratzer sind entsprechende Pumpanlagen erforderlich.

Künftighin werden der Stadt täglich über eine Milliarde Liter Wasser zugeführt. Die Anlage ist so berechnet, daß sich ihre Leistung bei Bedarf noch über das Doppelte hinaus steigern läßt.

Notizen.

— Arbeitermöbel. Um den Delegierten und Gästen des Genossenschaftstages Gelegenheit zu geben, die beiden Typen der Arbeitermöbel nach Entwürfen von Hermann Münchhauser und Peter Behrens kennen zu lernen, wird die Ausstellung im Berliner Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, von Mittwoch bis Sonnabend täglich zwischen 4 bis 9 Uhr geöffnet sein.

— Städtische Kunstdeputation und Sezession. Wie geahnt, so ists gekommen. Die ratshäusliche Kunstdeputation hat sich richtig an Herrn Bürgermeister Reickes seltsamlicher Kunstanschauung ihres Freisinns Rückgrat gesteift. Sie erklärt nämlich, daß der Brief der Sezession, durch den ihr vorgeschrieben wurde (!), wen sie zur Besichtigung der Ausstellung senden solle und wen nicht, mache es ihr „leider" zurzeit unmöglich, ihres Amtes zu walten. Brav gegackert. Aber wenn die Sezessionisten jetzt nicht sofort zu Kreuze kriechen — was dann?

— Wettbewerb für das Opernhaus. Bekanntlich hat die Regierung außer Mitgliedern des Bundes und des Verbandes Deutscher Architekten noch verschiedene Künstler extra zum Wettbewerb aufgefordert. Unter den Ausgeschlossenen herrscht deshalb berechtigter Unwillen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden sie abermals Protest erheben.

— Ludwig Thomas neues Drama „Magdalena" kommt am gleichen Tage an einer Reihe großer Bühnen zur Uraufführung.

Industrie durch die ihnen weit unter dem Inlandspreis gelieferten deutschen Kohlen nicht auf. Manche ausländische Unternehmungen können nur deshalb mit Erfolg gegen deutsche, sogar im deutschen Inlande konkurieren, weil das Kohlensyndikat der ausländischen Konkurrenz billige Kohlen und der Stahlverband billiges Roheisen und Halbzeug liefert.

Soziales.

Volkszählungsergebnisse.

Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 gab es in Deutschland 329 261 männliche und 715 882 weibliche, zusammen 1 045 143 einzeln lebende Personen. Die vorhandenen 13 283 237 Familienhaushaltungen von mehr als 2 Personen zählten 30 223 818 männliche und 31 541 252 weibliche, zusammen 61 765 065 Mitglieder. Außerdem gab es 63 312 andere Haushaltungen (Anstalten) mit 1 487 092 männlichen und 628 693 weiblichen, zusammen 2 115 785 Personen. Nach Staaten geordnet zeigt sich in der Kopfzahl der Familienhaushalten ein großer Unterschied. Die folgende Aufstellung veranschaulicht das:

	Zahl d. Haushaltungen	Zahl der Personen	pro Haushalt Personen
Preußen	8 145 423	38 261 776	4,69
Bayern	1 339 962	6 567 016	4,90
Sachsen	1 052 346	4 585 022	4,35
Württemberg	491 426	2 317 894	4,72
Baden	427 574	2 032 898	4,75
Hessen	262 790	1 226 548	4,66
Mecklenburg-Schwerin	186 328	595 500	4,37
Großherzogtum Sachsen	85 988	398 865	4,64
Mecklenburg-Strelitz	22 482	98 993	4,41
Oldenburg	94 065	463 777	4,93
Braunschweig	107 409	468 257	4,37
Sachsen-Meiningen	56 412	267 725	4,74
Sachsen-Altenburg	45 576	207 825	4,56
Sachsen-Coburg-Gotha	54 744	247 633	4,52
Anhalt	78 846	310 999	4,21
Schwarzburg-Sondershausen	18 970	86 842	4,58
Schwarzburg-Rudolstadt	20 848	97 254	4,66
Waldeck	11 659	59 259	5,08
Reuß ältere Linie	16 445	70 416	4,28
Reuß jüngere Linie	33 751	146 748	4,35
Schaumburg-Lippe	9 649	45 232	4,79
Lippe	31 158	145 328	4,66
Lübeck	25 527	108 132	4,24
Bremen	63 244	282 351	4,46
Hamburg	228 312	958 039	4,19
Elsaß-Lothringen	382 357	1 714 836	4,48
Deutsches Reich	13 238 237	61 765 065	4,66

Hier treten mit den größten Unterschieden ein Kleinstaat und Hamburg aus dem Rahmen heraus. Größere Differenzen ergeben sich bei dem Vergleiche der Provinzen in Preußen mit dem Stadtkreis Berlin. In diesem zählt im Durchschnitt jede der 498 537 Familien nur 3,89 Köpfe. Dagegen weist Westfalen 756 078 Haushaltungen mit durchschnittlich je 5,29 Personen auf. Ueber fünf Köpfe zählen ferner noch die 385 337 Familien Posens (5,02) und die 322 521 Familien Westpreußens (5,06). Dem Rheinland fehlt nur ein kleiner Bruchteil an dem Durchschnitt von 5 Personen auf seinen 1 382 522 Familienhaushaltungen. Die katholischen Gegenden haben augenscheinlich die stärksten Familien.

Von der Gesamtzahl der Familienhaushalte entfallen auf die 48 Großstädte 3 044 293, mit 12 992 378 oder pro Familie 4,26 Köpfen. In den Großstädten ist die Zahl der einzelnen Lebenden verhältnismäßig größer als wie im Gesamtdurchschnitt. Nach diesem kommen auf 100 in Familien lebenden Personen 1,7 einzeln Lebende, in den Großstädten jedoch 1,9! Weniger groß ist der Unterschied, wenn man die weiblichen einzeln Lebenden berücksichtigt. Im Gesamtdurchschnitt kommen auf eine männliche Person 2,17 weibliche, in den Großstädten jedoch auf eine männliche Person 2,22 weibliche!

Grubenbeamte und Krankenkassen.

In der letzten Generalversammlung des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum wurde darauf hingewiesen, daß schon in absehbarer Zeit eine Umänderung der jetzt bestehenden Satzungen erfolgen wird. Die Ursache hierzu liegt in dem Erlaß der neuen Berggesetznovelle, durch die die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung sowie der Reichsangestelltenversicherung auf die preußischen Bergbauverhältnisse übertragen sind. Die Gesetzgebung hat in diesem Falle den besser bezahlten Grubenbeamten einen bösen Streich gespielt. Denn alle, die jährlich mehr als 4000 Mark verdienen, müssen aus den Krankenkassen ausgeschlossen werden. Die Schuld an dem Ausschluß trägt der Leipziger Aerzte-Verband. Seinen Mitgliedern wurde durch die Erweiterung der Versicherungspflicht auf Angestellte bis zu 2500 M. Einkommen ein Teil ihrer Privatkundschaft entzogen. Um ihnen hierfür in etwas Ersatz zu bieten, schloß man alle Angestellte mit mehr als 4000 M. Einkommen auch von der freiwilligen Versicherung aus.

Von dem Ausschluß wurden im Allgemeinen Knappschaftsverein zu Bochum alle Betriebsführer und Fahrsteiger betroffen, außerdem eine Anzahl Revier- und Maschinensteiger. Diesen Angestellten hat in diesem Falle die Gesetzgebung Rechte geraubt, die die Betroffenen solange im Besitz hatten, als Knappschaftskassen bestehen. Und das sind Hunderte von Jahren. Außerdem hat der Reichstag mit der bisher fast immer geübten Praxis gebrochen, in den einzelnen Bundesstaaten bestehende bessere soziale Einrichtungen nicht anzutasten. In diesem Falle hat er es doch getan. Er widerstand dem Drängen der organisierten Aerzte nicht, weil die höheren Grubenbeamten, die Betriebsführer und Fahrsteiger keine Organisation besitzen, die ihre Wünsche vorbringen konnte.

Sehr eigenartig liegt die Sache für eine Anzahl Revier- und Maschinensteiger. Diese Leute haben inklusive von Prämien und Gratifikationen so eben 4000 M. pro Jahr verdient und dies sofort der Knappschaftskasse mitgeteilt, um in die IV. Klasse der Beamtenabteilung der Pensionskasse aufgenommen zu werden. Sie müßten in Zukunft auch aus der Krankenkasse ausgeschlossen werden. Sinken nun ihre Prämien oder werden sie von einem Vorgesetzten ganz oder teilweise gestrichen, so bleibt ihr Einkommen unter 4000 Mark. Nun müßte wiederum ihre Aufnahme in die Krankenkasse erfolgen. Da ein solcher Zustand unhaltbar wäre, hat der Steigerverband an den Vorstand des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum eine Eingabe gerichtet, in der er die Bitte ausspricht, Angestellte mit schwankendem Einkommen nur dann auszuschließen, wenn ihr Einkommen drei Jahre lang die Summe von 4600 M. übersteigt.

In dieser Eingabe ist außerdem zur Begründung folgendes unsoziale Verhalten mancher Grubenbesitzer erwähnt worden. Das Berggesetz bestimmt, daß Angestellte im Falle ihrer Krankheit sechs Wochen lang ihr Gehalt weiterbeziehen. Das legen manche Verwaltungen nun so aus, daß sie nur das reine Gehalt weiter bezahlen, die Prämien dagegen einhalten. Der Sinn des Gesetzes wird auf diese Weise umgangen.

Zur Klassenscheidung in Tuberkulosenheilstätten.

Zu den Ausführungen, die Dr. Liebe auf der 16. Generalversammlung des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose machte, gehen uns mit der Bitte um Veröffentlichung folgende von einer Reihe Patienten unterschriebene Ausführungen aus der Heilstätte **Waldhof Elgershausen** zu:

„Aus dem heutigen „Vorwärts" haben wir den Bericht von der Generalversammlung des Vereins zur Bekämpfung der Tuberkulose gelesen. Dazu haben wir als Patienten der Dr. Liebeschen Heilstätte zu den Ausführungen des Dr. Liebe über Mittelstandsversicherung folgendes zu erklären:

Wie in Ihrer Betrachtung über die Tagung schon darauf hingewiesen wurde, sind die Anschuldigungen über das Verhalten der Arbeiterpatienten den Zollbeamten gegenüber einseitig entstellt wiedergegeben. Wir haben von dem betreffenden Patienten festgestellt, daß nicht er das politische Gespräch angefangen hat, sondern einer von den Zollbeamten, mit welchem er schon eine Woche auf demselben Zimmer lag, die **Behauptung aufstellte, daß zur Wohnung Liebknechts Extraaufgänge für Arbeiter beständen.** Daraufhin erst hat der betreffende Patient unseren Standpunkt vertreten; darüber haben sich die Zollbeamten beschwert und die Ausquartierung erfolgte.

Dann ereignete sich acht Tage später der andere Fall. Es sollte ein Patient, um ein Zimmer zu räumen, bei demselben Beamten, mit welchem er durchaus nicht auf dem Kriegsfuß stand, einziehen. Er verweigerte dieses jedoch aus zwei Gründen. Erstens weil der erste Patient erst vor acht Tagen rausgewiesen wurde, und zweitens weil er deshalb Auseinandersetzungen befürchtete.

Daß sogenannte Schmeichler hier existieren," ist leider eine Tatsache; die vermuten wir sogar unter unseren „Vorwärts"-lesern. Ich hatte schon die Gelegenheit, einen auf frischer Tat zu ertappen.

Die Behauptung, daß Nicht-„Vorwärts"leser boykottiert werden, ist unwahr schon aus dem Grunde, weil wir nur höchstens 10 bis 12 „Vorwärts"leser sind und daher keine 50 bis 60 Patienten boykottieren können. Was nun die Frage anbetrifft: „Liest Du den Vorwärts?" so ist zu bemerken, daß die meisten neuen Patienten sich selbst nach einer Zeitung erkundigen und daraufhin von den älteren Patienten ihnen der „Vorwärts" abgegeben wird. Sollte es mal vorgekommen sein, was wir noch sehr bezweifeln, so hat Dr. Liebe immer noch keinen Grund, dies als Norm hinzustellen.

Das Du-Anreden sollte auch von vielen Patienten als lästig empfunden werden. Wenn das auch eine Sitte ist, die nicht jedem zusagt, so ist sie doch wohl niemals den Beamten gegenüber geübt worden. Uns ist von Beamten erklärt worden, daß ihnen unsere Gesellschaft angenehmer ist als die ihresgleichen. Es hat anscheinend überhaupt auf der Versammlung an Stoff gemangelt, sonst hätte wohl Dr. Liebe nicht mit solchen nichtigen Argumenten aufgewartet."

Die mit so großem Aplomb zur Begründung einer Klassenscheidung auch in Heilstätten von Dr. Liebe vorgetragenen Erzählungen wären ja, wie wir seinerzeit berichteten, keineswegs geeignet, seine Förderung zu begründen. Sie zerfallen nach der Zuschrift auch in ihren tatsächlichen Behauptungen in nichts.

Zur Reform des Technikerrechts.

Der Soziale Ausschuß von Vereinen technischer Privatangestellten war am Montag zu einer Konferenz in das Reichsamt des Innern geladen, an der als Vertreter der Regierung Wirklicher Geheimer Rat Ministerialdirektor Dr. Caspar und Geheimer Regierungsrat Siefart, seitens der verbündeten Technikervereine die Herren Schubert (Deutscher Technikerverband), Lüdemann (Bund der technisch-industriellen Beamten), Weiß (Verband deutscher Kunstgewerbezeichner) und Schulz (Deutscher Zuschneiderverband) teilnahmen. Gegenstand der Besprechung waren die Wünsche auf **Schaffung eines besseren Technikerrechts**, die bekanntlich schon wiederholt die gesetzgebenden Körperschaften — den Reichstag zuletzt 1908/9 — beschäftigt haben, ohne daß es bisher zu irgend einem greifbaren Ergebnis gekommen wäre. Die dem Reichstag 1907 zugegangene sogenannte große Novelle zur Gewerbeordnung enthielt zwar einige wichtige Aenderungen für die Techniker und wurde von der Kommission des Reichstages noch mit verschiedenen Verbesserungen versehen, konnte aber infolge des plötzlichen Reichstagsschlusses im Juli 1909 nicht mehr zur Erledigung kommen. — Wie den Vertretern der Technikerverbände eröffnet wurde, steht nun die Regierung auf dem Standpunkt, daß die Wiedereinbringung dieser Vorlage keinen Zweck hat, solange in wichtigen Punkten zwischen dem Reichstag und den Verbündeten Regierungen prinzipielle Meinungsverschiedenheiten bestehen. Diese betreffen hauptsächlich die **Gehaltsfortzahlung in Krankheitsfällen** und die **Regelung der Konkurrenzklausel.** Besonders in der letztgenannten Frage scheint die Regierung zu großem Entgegenkommen an das interessierte Unternehmertum bereit zu sein, denn während eben erst eine Gesetzesvorlage über die Einschränkung der Konkurrenzklausel für die Handlungsgehilfen angekündigt worden ist, ist von einem gleichartigen Vorgehen für die Techniker ausdrücklich abgesehen worden. Aehnlich steht es mit der Frage der Sonntagsruhe, die auch zunächst einseitig für die kaufmännischen Angestellten geregelt werden soll. Mit Rücksicht auf den immer stärker einsetzenden Ruf nach einem dem Wege zu räumen, denn schließlich können doch die technischen Angestellten nicht dauernd darunter leiden, wenn Reichstag und

Die Einigung wäre sehr leicht, wenn die Regierungen endlich ihren einseitigen, dem Recht der Arbeit entgegenstehenden Standpunkt aufgäben.

Gerichts-Zeitung.

Ist unmittelbarer Zwang zur Impfung zulässig?

Diese Frage wurde bei Gelegenheit von **acht Prozessen** aufgeworfen, die gestern das preußische Ober-Verwaltungsgericht beschäftigten. Es handelte sich um drei Fälle aus Westfalen (**Souvageal-Haspe, Magus-Hagen, Deckwitz-Münster**) und fünf Fälle aus Frankfurt a. M. (**Richter, Bruck, Lippert, Wehlung** und **Cäsar**). In Betracht kam die Anwendung folgender Bestimmung des § 2 des Reichs-Impfgesetzes:

„Ein Impfpflichtiger, welcher nach ärztlichem Zeugnis ohne Gefahr für Leben oder Gesundheit nicht geimpft werden kann, ist binnen Jahresfrist **nach Aufhören des die Impfung hindernden Zustandes** der Impfung zu unterziehen. Ob die Gefahr **noch fortbesteht, hat in Zweifelsfällen der zuständige Impfarzt zu entscheiden.**"

In allen Streitfällen war nun, abgesehen von gewissen, mehr untergeordneten Abweichungen, der Hergang der folgende: Die Kläger hatten Aufschub der Impfung ihrer impfpflichtigen Kinder dadurch erzielt, daß sie **ärztliche** Zeugnisse beibrachten, wonach wegen gewisser Schwäche- oder Krankheitserscheinungen die Impfung eine Gefahr für Leben oder Gesundheit bedeuten würde. In einzelnen Fällen ist nach Ablauf eines bestimmten Zeitraumes von den Eltern ein entsprechendes **neues** ärztliches Zeugnis beigebracht worden. Zum Teil wurde ein Beharren dieses Zustandes auf **mehrere Jahre** in Aussicht gestellt. In einem Falle (Souvageal) meinte der Arzt sogar, die Impfung müßte zeitlebens unterbleiben. Der Polizeipräsident in Frankfurt a. M. und die verschiedenen anderen Polizeiverwaltungen (Haspe, Hagen, Münster) hielten nun die vorliegenden Fälle für **Zweifelsfälle** im Sinne des § 2 des Reichs-Impfgesetzes und erließen **polizeiliche Verfügungen** an die Väter, worin sie aufgefordert wurden, ihre Kinder dem **zuständigen Impfarzt zur Untersuchung** vorzuführen, damit er feststelle, ob der die Impfung hindernde Zustand noch fortbestehe. Für den Fall der Zuwiderhandlung wurde teils die **zwangsweise Vorführung,** teils eine sogenannte Zwangsstrafe gemäß dem preußischen Landes-Verwaltungsgesetz angedroht.

Dagegen wurde Beschwerde (in zwei Fällen Klage beim Bezirksausschuß) erhoben.

Nachdem die Vorinstanzen **zugunsten** der Beschwerdeführer erkannt hatten, hatte sich auf deren Klagen jetzt der 9. Senat des **Ober-Verwaltungsgerichts** damit zu befassen. Sämtliche Kläger wurden durch Rechtsanwalt Dr. jur. **Spohr** vertreten. Aus der Entstehungsgeschichte des Reichs-Impfgesetzes leitete er her, daß ein **absoluter Zwang zur Impfung nicht festgelegt sei und die Behörden die Impfung nicht zwangsweise herbeiführen dürften.** — Was nun die Anwendung der zitierten Bestimmung des § 2 des Gesetzes betreffe, so sei entscheidend, daß das Gesetz hier ausgehe von der Tatsache des Vorliegens eines ärztlichen Aufschubattestes. Es sei darum anzunehmen, daß ein **„zweifelhafter Fall", in dem** der Impfarzt entscheiden solle, **dann nicht vorliege,** wenn ein ärztliches Attest vorhanden sei, worin die Gefahr bescheinigt werde. Ein solches sei **unangreifbar, sofern es nicht selber Zweifel ausdrücke** oder dem Strafgesetzbuch widerspreche. Es sei **nicht** dem Ermessen der Polizei vorbehalten, ob ein „zweifelhafter Fall" vorliege.

Das Ober-Verwaltungsgericht **wies sämtliche Klagen nach über** sechsstündiger Verhandlung **und Beratung ab.** Gründe: Mit Bezug auf die Auslegung des § 2 Absatz 2 sei der Senat der Meinung, daß es **nicht bloß** dann auf die Entscheidung des Impfarztes ankommen könne, wenn das Attest eines anderen Arztes selber Zweifel ausdrücke oder strafgesetzwidrig sei. Sonst könnte ja immer, ganz im Widerspruch mit dem Gesetz, die Durchführung der Impfpflicht vereitelt werden. Vielmehr solle auch bei Meinungsverschiedenheiten mit anderen Aerzten der Impfarzt das Recht der Entscheidung haben. Der Verwaltungsrichter habe natürlich nachzuprüfen, ob ein „Zweifelsfall" vorliege. Das sei hier in allen Fällen mit Rücksicht auf die obwaltenden Umstände (jahrelanges Hinausschieben, Gutachten bekannter Impfgegner usw.) angenommen worden. — Im übrigen sei das Gericht bei seiner Auffassung geblieben, daß die Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit **unmittelbaren Zwang** zur Durchführung der Impfpflicht **anwenden** dürften.

Die Bestimmungen über den Ladenschluß

sollte Herr Horstmann übertreten haben. Er hat im Pschorrhause gegenüber der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche einen ganz kleinen Laden mit einem Ausgang zur Straße und einem Verkaufsschalter zum Vorraum des großen Pschorr-Restaurants. Weil er diesen Schalter zum Verkauf von Zigarren an die Gäste des Pschorr-Restaurants auch nach dem Eintritt der gesetzlichen Schlußzeit für offene Verkaufsstellen offen hielt, wurde er angeklagt. Das **Landgericht Berlin** III sprach ihn aber **frei,** indem es annahm, ein Verstoß gegen die Ladenschlußbestimmungen läge unter den obwaltenden Umständen nicht vor.

Das Kammergericht hob gestern das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Es müßte erst nachgeprüft werden, ob der Betrieb, wie er von jenem Verkaufsschalter aus stattfand, ein integrierender Bestandteil des Restaurationsbetriebes im Pschorrhause sei. Nur dann falle er nicht unter die Ladenschlußbestimmungen.

Ein gefährlicher Jugendverderber

wurde gestern von der 4. Strafkammer des **Landgerichts I** auf lange Zeit unschädlich gemacht. Aus der Untersuchungshaft wurde der **Kaufmann Emanuel Meyer-Leth** vorgeführt, um sich wegen Diebstahls und Vergehens gegen den § 175 zu verantworten. Mitangeklagt wegen Vergehens gegen den genannten Paragraphen waren die 15- bzw. 16jährigen Lehrlinge **Sch. und W.** Der Angeklagte, welcher dänischer Staatsuntertan ist, war in einem bekannten Warenhause im Zentrum angestellt gewesen. Wie kürzlich mitgeteilt, waren vor einigen Wochen von der Schöneberger Kriminalpolizei der ehemalige Lehrer **Gerdorf** und der Maler **Fahrendorf** unter dem Verdacht verhaftet worden, in dem von F. betriebenen „Kunstatelier" gewisse Festlichkeiten veranstaltet zu haben, zu denen junge Burschen hinzugezogen wurden. Hierbei wurde festgestellt, daß sich auch die beiden jetzigen Mitangeklagten Sch. und W. an jenen Orgien beteiligt hatten. Bei den Vernehmungen ergab es sich dann, daß die beiden jungen Burschen von dem Angeklagten Meyer-Leth auf diesen Weg geführt worden waren. Als ein Kriminalwachtmeister des zuständigen Dezernats in der Wohnung des Angeklagten eine Haussuchung vornahm, wurden Dutzende von seidenen Oberhemden, seidenen Strümpfen und anderen Sachen gefunden, die der Angeklagte in dem Warenhause gestohlen hatte. — Das Gericht erkannte gegen Meyer-Leth auf **10 Monate Gefängnis** und gegen den Lehrling Sch. auf **2 Wochen Gefängnis.** Der dritte Angeklagte wurde **freigesprochen.**

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Zahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Erbschaftssache 8. Die Kinder beider Ehen die Hälfte zu gleichen Teilen, die Frau ebenfalls die Hälfte. — **K. K. 387.** Ja. — **O. G. 26.** Die Angaben genügen nicht. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **F. M. 79.** Die Rechtslage ist für Sie ungünstig. Versuchen Sie eine Einigung. — **E. M. 25.** 1. u. 2. Geburtsurkunden, die vom Standesamt zu erlangen sind, außerdem Militärpaß oder Ausweis der Polizeibehörde über Ihre Staatszugehörigkeit. 3. u. 4. Ist reichsgesetzlich geregelt. — **B. B., Parteigenosse, Weißensee.** 1. Ja, etwa 7 M. 2. Etwa 3,50 M. 3. Katholiken beim Einkommen von mehr als 1200 M., Evangelische beim Einkommen von mehr als 1500 M. — **H. L. 600.** 1. Unbeschränkt. 2. Nein. 3. Soweit Paßzwang herrscht, für jede Person. 4. u. 5. Fragen Sie bei Ihrer Gewerkschaft an. 6. Ja. 7. Ja. Verjährung tritt erst nach Ablauf von 4 Jahren ein. — **A. M. 100.** Da Sie nicht Ihre gesamten Sachen angegeben, auch nicht mitgeteilt haben, aus wieviel Köpfen Ihre Familie besteht, nicht zu beantworten. — **G. 68.** Ja. — **Niederbarnim 19.** Eine nochmalige Reklamation ist nicht erforderlich. — **P. J. 31.** Nein. — **101 H. T.** 1. u. 2. Ja. — **K. L. 100.** Es liegt Verjährung vor. — **E. B. 15.** 1. Nein. 2. Ja. — **K. K. 7.** 1. Ja. 2. Nein. — **F. G. 60.** Ihre Mutter soll es mit einem Antrage versuchen. Es kommt auf das Gutachten des Arztes an. — **R. O.** Nein. — **M. S. 20.** 1. Soweit ersichtlich — sofern nicht etwa fortgesetzte Gütergemeinschaft besteht — nein. Es müßten sämtliche Erben kündigen. 2. Ja. 3. Nein. — **K. E. 7.** 1. Zur Aufzählung der Gründe reicht der Raum des Briefkastens nicht aus. 2. Die Strafverfolgung in 10 Jahren. — **Beusselstraße 3.** 1. u. 2. Nein. Es müßte eine neue Wartezeit von mindestens 200 Beitragswochen zurückgelegt werden; dabei müßten mindestens 100 Beitragswochen auf Grund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung geleistet sein. — **F. J. 500.** Ein Testament läßt sich durch eigenhändige, mit Ortsbezeichnung und Datum versehene Niederschrift errichten. — **E. P. H. 101.** Ja, bis zur Dauer von 14 Tagen. — **A. B. 36.** Die Verheiratung ist kein Grund dafür. — **H. L., Winsser.** Ja. — **H. D. 25.** 1. Alimente nicht; Fahrgeld nur bei Arbeitern, die vermöge ihres Berufs genötigt sind, die Arbeitsstelle häufig zu wechseln (z. B. Bauarbeiter). 2. Versuchen Sie es. 3. Ja, sofern beide ehelich. — **M. T. 44.** Verpflichtet nicht; jedenfalls machen Sie den Versuch. Die 125 M. monatlich übersteigende Gehaltsforderung ist pfändbar. — **G. S. 5.** 1. u. 2. Ja. 3. Nein. — **A. 76.** Erscheint aussichtslos. — **H. P. 110.** Die Kinder der verstorbenen Schwester erben deren Anteil. — **H. Sch. 49.** Etwa 30 M. — **E. H. 101.** 1. u. 2. Nein. 3. Ja. — **F. F. 100.** 1. Kein Scheidungsgrund. 2. Strafbar nicht. 3. In erster Linie der Mann, falls das Vormundschaftsgericht nicht anders entscheidet. — **M. B. 41.** Wenn der Eigentümer genehmigt, nichts. — **O. Nr. 2 Friedenau.** 1. Nein. Die Steuerbehörde kann aber direkt Auskunft erfordern. 2. Machen Sie Strafanzeige. 3. Sie nicht; die Frau ist aber zahlungspflichtig. — **N. W. 70.** 1. Nein. 2. Ja.

Lese- und Diskutierklub „Südost". Heute Mittwoch, abends 8½ Uhr, bei Reidhardt, Görlitzer Str. 58. Vortrag. Gäste willkommen.

Marktbericht von Berlin am 17. Juni 1912, nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—56,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 8,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,80—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,00—4,80. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,20. Aale 1,60—3,20. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,60—3,00. Barsche 0,80—2,00. Schleie 1,40—3,20. Plötze 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 4,00—40,00.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Abzahlungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus Kommandantenstr. 67.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham
Hamb. Messina- u. Römertrank-Koll. N 4, Bartelstr. 8a, Fernsp. Kgst. 13708
Gutsch, Selter- u. Limonad.-Fabrik Thaerstr. 44. T. A. 7. 8178.
Schätze, E., Weberstr. 15a, T. 7. 11136.
Si-Si Bestes alkoholfreies Getränk. Berlin O, Rabeliff. 4

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk! Zossenerstr. 32 Bergmannst. 96
Hamburger Laden, Charl., Wallst. 69
J. Kastner Revalerstr. 8 R. Warschau St.
Roter Laden, Schöneb., Hauptstr. 108

Bäckereien, Konditor.

Blottner's Großbäckerei Geschäfte in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf.
Adlershofer Bäckerei, B. Jagwurst.
Max Becker, Ramlerstr. 36.
Emil Beyer, Thornerstr. 6.
Bohndorf's Bäck., Königsbergerstr. 30
Brot-Fabrik „Vorwärts" Hermann Ullrich, Köpenick.
„Brotfabrik" Niederbarnimstr. 25
Brotfabrik R. Zimmer, Schöneberg, Hauptstr. 1.
Buehl & Sohn, Brotfabrik Spandau.
Willy Deier, Prenzlauer Allee 42.
Paul Delly, Markusstr. 15.
Herm. Carl, Neukölln, Hermannstr. 231
Herm. Eder, Schonenschestr. 1
E. Freyer, Blumenstr. 72, E. Markusstr.
Engel's Landbrot Heinersdorfer Mühle Verkaufsstell.: Kolonnenst. 9, Bodenbergst. 3, Lüderitzst. 55, Schivelbeinerst. 44, Swinemünderstr. 43, Pankow, Florastr. 80.
Wilh. Engel Brotfabrik Weißensee, Parkstr. 4. Verkauf in Milchgeschäften Berlins. Bekannt gegeben d. Plakate.
Fischer, Görlitzerstr. 56. Falkensteinstr. 20, Köpenickerstr. 172.
W. Gerlach, Schöneb., Sedanstr. 5/7.
Alfred Graf, Beusselstr. 24.
Karl Giesmann, Wittstockstr. 7.
H. Glöck, Wilhelmshavenerstr. 51.
H. Hesse Dunkerstr. 73 Prenzlauer Allee 192.
August Hübner, Schwedterstr. 32.
August Hauck, Cöpenick.
Oskar Hanke's Brotbäckerei 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf. Gegründet 1892.
Killes-Großbäckerei, Boßestr. 8.
Carl Landahn, Weberstr. 30.
Landbrot-Bäck., Schulz Fr., Buchholz.
Landbrot-Großbäckerei O. Senf, Nchf. Krug, Waldstr. 4
Hermann Lebelt, Hussitenstr. 38
Alfred Lier, Wielefstr. 36.
Lichtenberger Brotfabrik Weserstr. 24.
Emil Lieske, Grüner Weg 122.
Mattke, Gipsstr. 9.
E. Martins, Reichenbergerstr. 168.
E. Martin, Gleimstr. 55.
Gustav Mühlsteph, Rhinowerstr. 2.
Th. Neumann, Oldenburgerstr. 21.
Friedrich Oste, Madaistr. 10.
Herm. Preoll, Nonnendamm.
Bäckerei „Nordstern" Inh.: Gust. Müller Filialen i. verschied. Stadtteilen
Albert Pfenzig, Grätzstr. 10.
Richard Reinke Steglitz, Albrechtstr. 5 a
Paul Rißmann, Turinerstr. 36.
Max Sander, Dunkerstr. 23.
Otto Szillat Schwedterstr. 46 (35 St. Backware)
Schütt, G. Filialen in Berlin O, NO.
Sikorski, Weißensee, Heinersdorferstr. 11
Staehr's Bäckerei, N. Triftstr. 46.
Paul Stenzel, Baumschulenweg.
Rich. Schenk Markusstraße 38.
A. Schreier, Urbanstr. 61.
H. Spillmann, Grüner Weg 115.
Gustav Teuplitz, Prinzen-Allee 61.
Thoma's bew. Bäckerei Ackerstr. 111. Gerichtstr. 84.
C. Vogt, Weißensee 3 Filial. Hauptgesch. Sedanst. 106
Volksbrot E. G. m. b. H. Fehmarnstr. 10 Mirbachstr. 13 Häselerstr. 11 Häselerst. 16 Meerscheidtstr. 1. Königin Elisabethst. 75
Jos. Wagenknecht, Glogauerst. 17.
Albert Wiese, Koloniestr. 34.
E. Wolff, Grüner Weg 75.
Heinrich Wittler Pumpernickel-, Schwarzbrot- u. Simonsbrot-Fabrik. T. II, 2313. Maxstr. 7. Verkaufsstell. i. all. Gegend. Groß-Berlins

Badeanstalten

Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34.
Augusta-Bad, Köpenick.-Str. 60/61
Bad Landsbergerstr. 107 Gollnowstr. 41.
Canitz-Bad, Münzstraße 2. Kassenlieferant.
Central-Bad Neukölln Anzengruberstr. 25.
Hansa-Bad, Chtlbg. Wilmersdorferst. 60/61
Erstes Lohtannin-Bad tägl. fr. Abkochung, kein Extrakt. Wallstr. 70/71. Lief. a. Kass. Neu-Cölln a. W. 65
Bad Frankfurt, Gr. Frkft. Str. 136. Liefert sämtl. Krankenkassen
Bad Friedrichshain, Landsb. Allee 153
Badeanstalt, Hasenheide 13.
Jungbrunnen-Bad Baumschulenweg, Kiefholzstr. 177/78
Kaiser-Friedrichs-Bad, Charl. a. Bhf.
Kur-Anstalt „Löser" Rosentalerstr. 70.
National-Bad, Brunnenstr. 9.
Bad Ostend Boxhag.-Str. 17 Lief. all. Kassen
Ost-Bad, Palisadenstr. 76.
Bad Pankow, Wollankstr. 26.
Passage-Bad Kottbuser Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 68.

Kuranstalt M. Schulz Elsässerstr. 71 langjähr. I. Assistent d. ehemals weltberühmt. Jakobi-Heilanstalt Pflanzenheilverfahren Atteste von Geheilten.
Römer-Bad Boxhagen-Rumbg., — Sonntagstr. 4. —
Silesia-Bad Schlesische Str. 31.
Viktoria-Bad — Kottbuser Damm 75
Friedrich Wilhelmsbad Chausseestr. 87.

Bandagen, Gummiw.

R. Bauke, Stralauer Str. 56.
Berkholz, Köpenickerstr. 70.
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.
Liepe, Schöneberg, Grunewaldstr. 18.
Meyer, P., Nkln., Berlinerstr. 49—50
J. Ch. Pollmann, Leibnizstr. 60.
Wende, A., Turmstr. 34, Optiker.
Reiche, A. Seydelstraße 15. Lief. aller Kassen
Fritz Reihe, Schöneberg, Hauptstr. 18
Fr. Schulte, Adlershof, Bismarckst. 3
Zaremba Weinbergsweg 1 Drog., hyg. Artikel.

Beerdig.-Anst., Sargm.

Bredlow, Eberswalderst. 16 Wartbergst. 25
A. Butti, Zorndorfer Str. 23.
Otto Büttner, Neukölln, Ringbahnst. 33.
H. Fischer Nkln., Hohenzollernpl. 11 Buckow a. Rixd. Krankenhaus.
Max Fuchs Oppelnerstr. 1 Frankfurter-Allee 170
Hiekel, Fr., Gr. Hamburgerst. 37
Moldt, Fritz, Nkln., Reuterplatz.
Gust. Nobert, Potsdamerstr. 115a
H. Petermeier, Strelitzerstr. 6.
Peter-Schley, Wilh., Zossenerstr. 11.
W. Urban, Neukölln Nansenst. 1 Tel. Neuk. 289

Beleucht.-Gegenst.

Bunzel, R. Neukölln Kais.-Friedr.-St. 49
Carl Imme jun., Grüner Weg 15 an der Markusstraße
Büttner, A., Danzigerstr. 96.
Schrammar, H., Neukölln Richardst. 118.

Berufskleidung

M. Bertram, Norden, Maxstr. 17.
Keiner, Otto, Gerichtstraße 86.
Wecker, A., Mühlendamm 3.

Bettfedern u. Betten

G. Behrendt, Neuk. Kaiserbadstr. 194
A. Hampel, Bl., Bergstr. 44-45, Reinigung
Carl Henze, Andreasstr. 55, Reinigung.
Max Schöne Landsberger Allee 149 reell und billig.
M. Zysnarski, Alt Moabit 82.

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adelung & A. Hoffmann Akt.-Brauer. Potsdam. Zig. Niederl. Berlin SW, Tempelhofer Ufer. 15 Brandenburg a. H., Wilhelmsdorferst. 110 Spez. Potsd. Stangenbier
Bergbrauerei Weißensee T. L. Lager- u. Malzbier
Brauerei Königstadt feinste Qualitätsbiere.
Brauerei Pfefferberg Versand- und Pilsener Bier.
Brauerei Tivoli Weiß- u. Malzbier-Brauerei, Fruchtstr. 37
Caramel-Weißbier fast alkoholfrei, erfrischend, bekömmlich. Berliner Weißb.-Brauerei E. Willner.
Deutsche Bierbrauerei A.-G. Berlin-Pichelsdorf
Groterjans Malzbier. Schönh.-Allee 130, T. III, 5063.
C. Habels Brauerei hell — Habelbräu — dunkel.
F. W. Hilsebein A.-G. Lagerbier und Malzbier
Hempel, E., Müllerstr. 139d.
Kahlenberg, A., Liebenwalderst. 45
Unser Goldbier ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk, sondern auch ein Gesundheitsbier ersten Ranges. Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.
Luisenbrauerei Weißensee.
Münchener Brauhaus Berlin.
A. Landré Weissbier Stralauerstr. 36/37 Tel Ztr. 4064 u. 7585
Löwen-Brauerei Aktiengesellschaft Abt. I. Hohenschönhausen „ II. N. 20, Hochstr. 21-24
Roland Flaschenbierversand G. m. b. H.
Schade, Grüner Weg 111. Weiß- u. Malzbier.
Schulz, Herm., Schönleinstr. 23.
Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.
Victoria-Brauerei Victoria-Saazerbräu
Weissbier, C. Breithaupt, Palisadenstr. 37. Tel.-A. VII, 2634.

Blumen und Kränze

Oscar Albertus, Müllerstr. 41.
Fr. Ahrendt, Boxhg., Neue Bahnhofstr. 21
Blumen-Becker, O. Frankfurter Allee 1.
Casper, Charl., Krummestr. 30.
E. Degar, Rixd., Kais. Friedr. St. 30, Bergst. 58
Richard Felsch, Prinzen-Allee 20
Paul Gross, Lindenst. 69 (Vorwärtshaus)
R. Gruner, Kopenhagenerstr. 9.
S. Grossmann, Landsbergerstr. 34.
Henkes Blumenhaus, Manteuffelstr. 94.
O. Hahn, Neukölln, Hermannst. 70
Otto Hinz, Graunstraße 8.
Janiszewski, Felix, Eisenbahnstr. 7.
C. Laurent Brunnenstr. 16 Petersburgerstr. 13
Alb. Koll, Charlbg. Kaiser-Friedrichst. 29
Gustav Mai, Schönhaus. Allee 177.
M. Strutzke, Neukölln, Hermannstr. 134
F. Müller, Danzigerstr. 27.
Gärtnerei A. Hf. Meltzner, Nkl. Ringbhf.
H. Penski, Schwedenstr. 15, Ecke Badstr.
Ww. Rutschke, Nkln. Hermannst. 69
Th. Schirbel, N. Stettinerstr. 8.
C. Sommer, Wrangelst. 44, Amt IV 12068
Topfpflanzen aller Art Britz, Rudowerstr. 92/93 Tel. Neuk. 134
Aug. Trothe, Wrangelstr. 11.
Aug. Wandelt, Nkln., Bergstr. 96.
H. Zinke, Nowawes, Friedr.-E. Friedland.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung J. F. Assmann 20 Filialen in Berlin O.
Oskar Beck 12 Geschäfte Dresdenerst. 97, Bülowstr. 11 Reichenbergerstr. 18 u. westl. Vororte. Vorzugspreise.
Buntrock, W. Neukölln Boddinstr. 3.
Drei Kronen Carl Davidsohn
Fried. Göseke, 7 Filialen.
Gebrüder Groh 40 Filialen in Berlin und Vororten
August Holtz 15 Detail-Geschäfte.
Kersten, Gebr., Wörther-Str. 33 a.
Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte
Paul Lindner, Strelitzerstr. 65.
Butterhandlung Fritz Muth.
Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte
Schönefeldt, Britz, Chausseest. 51
Schröter, R. 35 Verkaufsstellen.
Schulz, Arth., Nkln., Hermannst. 65
Uhly & Wolfram
Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen.
Stettiner Butterhalle Invalidenstr 129 Stettiner Bahnhof
Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Müncheberger str.

Cacao, Chocolade

Althans, Kräuter-Bonb., Liebenwalderstr. 16.
Cyliax, G., Filialen i. all. Stadtteilen.
Ferd. Hahn, Berlin, Parisersburgerst. 73a
H. Paschke, Schillingstr. 10, Kaufläden.
Die Fabrikate der „Sarotti" Chokoladen- u. Cacao-Industrie-Aktiengesellschaft sind überall erhältlich. Neu: Simpli-Schokolade
Schütz, Warschauerst. 62, gegr. 1909
Seiffert, Erich, Filial. in Berlin und Vororten.
G. Senff Andreasstr. 36 Bezugsqu. f. Händler.
Stollwerck Gold Silber Kupfer Schokolade · Kakao In drei Preislagen. Die verschiedenen Sorten sind untereinander gleichwertig und unterscheiden sich, wie die deutschen Edelweine, nur durch ihr Aroma.
C. Voigt, Gräfest. 27, Ecke Urbanst.
Fordern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg

Cigarrenhandlungen

Fr. Behrend Nf., Frankfurter-Allee 27.
Bräger, J., Neukölln, Bergstr. 57.
F. Hoefer, Kottbuser-Damm 79 Müllerst. 77, Admiralst. 8, Breslauerst. 16
Klein, Wilh. Müllerstr. 184, Oberbaum 1.
Klemmer W., Spandau, Schönwalderst. 22
A. Kunstmann, Nowawes, Priesterst. 67
Lingel, Fritz, Eisenbahnstr. 5.
A. H. Meyer Nchf., Schlesischestr. 14.
Willy Münstermann, Gleditschstr. 48.
G. & S. Peterke, SO. Kottbuserstr. 14.
Fritz Schneider, Lindenstr. 29.
W. Schuster Nf., Neanderstr. 28.

Damenkonfektion

Cohn, Geschw., Bergmannstr. 9.
Callmann Neukölln, Bergstr. 132. Gelegenheitskäufe.
Dam.-Konf., Kindergard. Admiralst. 10
Dombrowsky Charl., Pestal.-St. 11 Anfertig. nach Maß
L. Frankenstein Blusen, Röcke Kleider 5% Danzigerstr. 24 5%
Giesenow & Co. Schöneberg Hauptst. 25.
Tobias Lewin, Schneidermeister Badstr. 44, I. Spz. Maßanfertigung Lager in Mänteln u. Kostümen aller Art
Damen-Konfektion Gebr. Neumann Moabit Turmstr. 33 R. Bredowst.
Neuköllner Damen-Konfektion Centrale, Kottbuserdamm 81/82
Restat, J. Kottbuserdamm 76 Brunnenstr. 53
Wagner, P., Nkln., Bergstr. 42. Damenm., Pelzw.
Westmann 1. Geschäft: Mohrenstr. 37a. 2. Geschäft: Gr. Frankf.-Str. 115. Bei Vorzeigung 5% Rabatt.

Paul Zutermann Konfektionshaus — Chausseestr. 66

Damenkleiderstoffe

Adolf Dannemann Oranienstr. 180

Drogen u. Farben

Adler-Drogerie, O., Müggelstr. 8.
Arteit, Kurt, Nkln., Reuterstr. 43/44
Apoth. Paul Frank, Straßmannstr. 41.
Apoth. Lindenberg, Sorellstr. 74 Nord-Nk.
Reinh. Assmus, Gerichtstr. 10.
Betker, C. Litthauerstr. 4.
Gustav Bersug, Weidenweg 60.
Rich. Bocatius, Schönhauser Allee 124 a, Pankow, Berliner Str. 46 Sämtl. hygienische Bedarfsartik.
Central-Drogerie, Brunnenstr. 31.
A. Diepow, Tauroggenerstr. 12.
Drogh. B. Kühn Prenzlauer Allee 187.
Ebert, Max Kopernikusstr. 17. Warschauerstr. 21.
Edison-Drogerien, O.-Schöneweide
Franz Fischer Frankf. Chaussee 148, Sämtl. Gummiartikel :: Diskr. Bedienung.
Friedrich, Paul, O. Gärtnerstr. 28.
Germania-Drogerie, Möckernst. 63.
Germania-Drog. Spand. Wilhelmstr
Alfr. Götting, Frankfurter Allee 17.
Günther, „Löwen-Drogerie" Zirkusst. 37
Haeberlein, Trept., Graetz-Buschestr.
Hansa-Drogerie, N. Baumerst. 35.
F. Rotop, Ulan-Drog., Ufenstr. 4.
Klahn, H., Nkln. Kaiser-Friedrichst. 236
Knesebeck-Drog., Neukölln Hermannst. 119.
Kröning's Adler-Drogerie, Ramlerstr. 7.
P. Lehrke, Kottbuserdamm 91-92, Parfüm
Max Liecke, O. 34, Ebertystr. 35.
Alfr. Marsch, Culmstr. 37.
Nollé, Felix, Memelerstr. 16 a.
Oehmke, Reinickend., Provinzstr. 82.
Ramien, Otto, Landsbg. Platz 1.
Rathaus-Drogerie, Nkln. Donaustr. 24.
Arno Reif, Weberstr. 30.
Apoth. Meyer, vorm. Lemcke Kl. Kais. Friedr. Str. 242
Prinzenstr. 103 Alfred Hoffmann
Franz Schönbeck, Oberschöneweide.
Fr. Schlussnuss, Liebauerstr. 22.
Hugo Schultz, Müllerstr. 166 a.
Hyg. Gummiw., Photogr.-Artikel, P. Sänderhauf & Co. Gr. Frankf. Str. 59.
Herm. Vincent, Nkln., Bergstr. 131.
Werder-Drogerie, Britz Rudowerst. 5a
Wedding-Drogerie, Genterstr. 37.
Weisbach & Fischer, Bellealliancest. 33
Zobel, Georg, N. Ackerstr. 58.

Eisen- u. Stahlw., Waff.

Ala, O., Nkln., Kaiser-Friedrichst. 6
Otto Anders, Kottbuserdamm 5.
W. Allner, Mulackstr. 24.
Beutel, C., Boxh., Neue Bahnh. St. 26
Herm. Braun, Landsbg. Allee 143.
Brenneke, C., Berlin SO, Wrangelstr. 94
G. Brenneke, Schönh. Allee 156.
G. Brucklacher, Oranienstraße 43.
F. Beutel, Nkln. Kaiser-Friedrichstr. 77
Willy Erpel, Turmstr. 29.
Finck, K., Spandau, Schönwalderstr. 34.
C. Hiller Wilmersdorferstr. 102/3 Haus- u. Küchengeräte
Rich. Ilm, Neukölln, Böhmischestr. 46
Carl Jung, Stromstr. 31.
Jungbluth, Hermannstr. 172.
Kastner Nf., O. Schöneweide, Edisonstr. 10
Ad. Kunze, Nkln., Kaiser-Friedrichstr. 178
H. Rockstroh, Berlin Göbenst. 25/26.
Lincke, Neukölln, Friedelstr. 9.
R. Lübcke, Nf. E. Sturm, Samariterst. 13
Paul Lucht Cöpenickerstr. 126 Haus- u. Küchenger.
E. Mengel Nchf., Kopenhagenerstr. 4.
Franz Pfeifer, O. Frankf. Allee 139.
Georg Reiner, Rummelsburg Schillerstr. 35
Rühlmann, P., Müllerst. 40b, E. Seest.
C. Schröder NO 18 Gr. Frankfurterstr. 100.
Max Schubring Grüntalerstr. 33 Wattstr. 14.
Sellach, Th., Nkln., Hermannstr. 48
E. Timm, Schleif., Waldemarstr. 72
Herm. Warschade Müller-Straße 29.
Wesch, Charlbg., Knobelsdorffstr. 22.
Arthur Weigel Frankfurt. Allee 135.

Fahrräd., Nähmasch.

Baum, Emil, Schöneb., Herbertst. 1
Brennabor Fabrik-Filiale Lindenstr. 26.
Fahrrad-Leihhaus Lehmann Neue Schönhauser-Str. 11.
Fahrrad-Haus „Frischauf" Brunnenstr. 38. Gründung und Eigentum der radfahrenden Arbeiterschaft.
Fahrradhaus Süd-Ost Reichenbergerst. 121
Fahrrd., Schallplt., Weißenburgst. 47a
Otto Heinze Brücken-Str. 6.
W. Hoffmann, Schönh. Allee 150.
Ernst Machnow Weinmeisterstr. 14 Jahresumsatz 20 000 Räder
W. Malloschky, Oberbaumst. 3, Rep
Carl Müller Heinickend.-Str. 100, Chausseestr. 81.
Röper, Carl, Petersbg.-St. 2 a. d. Frkf. Allee
Richard Schädel, Inselstr. 13.
A. Techow, Nkln., Schillerpromenade 18
Emil Walter, Neukölln, Niemetzstr. 6

Färbereien, Wäscher.

H. Bergmann Birkenstr. 53 über 40 Filialen in Groß-Berlin
Allen voran Neukölln, Zeitzerst. 5 Telephon 1261.
Dampfw. Weiß. Stern, Bl., Bergst. 133
Dampfwäscherei MERKUR A. Bachmann, Frankfurter-Allee 47.
Dampfw. Sirius, Grunewaldstr. 88 Tel. Kurfst. 354.
Dampfwäscherei Quelle Falkamer-Str. 19
Groß-Dampfwäscherei „Spreenixe" Berlin SO., Forsterstr. 5-6 Tadellose Wäsche! Billigste Preise!
Dampfw. Tip-Top Greifswalder-Str. 20
D. W. A. Hansa Gerichtstraße 23 Tel. III 1309
G. Kuilick, Färb., Wäscherei Fil. Gustav Adolfst. 1, Weißenburgerst. 41 Swinemünderstr. 56, Weddingstr. 9 Müllerstr., Neukölln, Hermannstr. 37-38
O. Naefe Färberei u. chem. Wäscherei f. Herren- u. Damengarder. Läden in allen Stadtteilen Berlin, Rixdorf, Schöneberg

Fischhandlungen

C. Dittmann Neukölln Berliner Str. 42.
Köhler Grünauerstr. 8 Wild u. Geflügel.
Werner Annenstr. 43 Langestr. 65.
Winkler & Bärthold, Bergst. 5 u. 57. Nkln. Münch. St. 35

Fleischer. u. Wurstw.

Jul. Amandowitz Glasgower-Str. 5.
G. Amling, Neukölln, Elsenstr. 74
A. Berthmuß, Markgrafendamm 33.
W. Becker, Tegel, Brunowstr. 55 f. Fleisch- u. Wurstwaren
Rich. Becker, Memelerstr. 74-75
Bloch, Otto, Prenzlauer Allee 52
Blümlein, J., Nkln., Harzerstr. 14/16.
A. Blizer, Rüdersdorferstr. 32.
August Birnstein Dunkerstr. 78.
August Bienert Kaiserin Augusta Allee 9.
Wilhelm Behr Wurstfabrik, Speck- und Schinkenräucherei. Berlin-Schöneberg, Kolonnenst. 57-58 Beste und billigste Bezugsquelle f. Wiederverkäufer.
Bragrock, A., Manteuffelstr. 39.
P. Buckwitz Rigaerstr. 106. Spez.-Gesch. f. Fleisch- u. Wurstw.
Anton Buchholz, Allensteinerstr. 12.
A. Bentele, Thaerstr. 21.
K. Christ, Elbingerstraße 56.
Derge, O., Finowstr. 5.
Daniel, J., Nkln., Hermannstr. 147.
Danziger Fleisch-Centrale — Danziger Straße 14 —
Dannenberg, Neue Hochstr. 6.
Rich. Deckert, Wiesenstr. 33.
P. Dreyocker, Prinz Eugenstr. 21.
Joh. Durzynski, Kopernikusstr. 1
Arno Fischer Großgörschen-Str. 6 Fabrik feiner Wurst- u. Fleischwar.
W. Dörr, Schivelbeinerstr. 27.
Fleisch- u. Wurst-Centrale Frankfurter-Allee 142 Erste u. billigste Bezugsquelle des Ostens.
W. Friedmann, Nkln., Warthestr. 7.
C. Gerlach Neukölln, Warthestr. 70.
H. Gerndt, Sprengelst. 17, Eing. Samoastr.
Fr. Gerlach, Tauroggenerstr. 1 a.
Rob. Gieue, Weißensee, Gust. Adolfstr. 11
Paul Gnädig, Britz, Rudowerstr. 14
Gottlieb, Reinickdf., Amendest. 109
Otto Grube Neue Hochst. 37.
Gusinde, Rich. Oranienstraße 17.
Getschmann's Fleisch- u. Aufschn.-Centr., Wichertst. 159.
O. Gleich, Neukölln, Hohenzollernpl. 7
R. Grieger, Charl., Cauerstr. 19.
F. Gutschmiedt, Koloniestr. 22.
Heinrich Höhne, Skalitzerstr. 97.
Hempe, R., Hermannstr. 58.
Georg Heinold, Marienburgerstr. 5.
Georg Heiter Schöne Braunschw. u. Thüringer Wurstw. I. Gesch.: Andreasstr. 20, Blumenstr. 73a
Ernst Höne, Schwedenstr. 12.
W. Hoppe Friedrichshagen, Friedrichst. 66
Ernst Ibscher, Wiesenstr. 11.
Jakobik, Schmargendorf, Breitestr. 24.
Albert Jähnert Mainzerstraße 6.
Janik, C. Köpenickerstr. 5.
Fritz Jentsch Kottbuser Damm 25 f. Fleisch u. Wurst.
B. Immig ff. Fleisch- u. Wurstw. Manteuffelstr. 102.
Heinr. Jochmann, Ziethenstr. 41.
L. Irmer, Finstr., Adlershof, Bismarckst. 36a
Max Kaller, Ziethenstr. 27.
Wilhelm Kitz, Kniprodestr. 118.
Jul. Kempe, Boyenstraße 5 II, 5346.
Fritz Klein, Kottbuserdamm 12.
Bruno Keller Moabit Huttenstr. 11.
Fritz Koebke, Kl. Andreasstr. 11.
W. Korte, Neuk. Wildenbruchst. 84, T. 745
Bruno Kusche, Fruchtstr. 28.
Max Knaut, Alt-Boxhagen 50.
Ernst Kolbe, O. 112, Weichselstr. 15
Ernst Kurth, Muskauerstr. 23.
G. Krause, Weißensee, Langhansstr. 135
A. Krumm, Königsbergerstr. 37. ff. Fleisch- u. Wurstwaren
M. Kops, Reinickend., Residenzstr. 154.
A. Lange, Reinickdf., Scharnweberstr. 113
Rob. Lindner, Neukölln, Niemetzstr. 8.
Linke's Fleischzentrale Hermannplatz 4.
Wilhelm Lenz, Falkensteinstr. 9
R. Lawrenz, Reinickdf. O. Hauptstr. 54.
Wilhelm Liebherr Weidenweg 75.
Fr. Lindemann, Emdenerstr. 45.
Lochmann, Malplaquetstr. 32.
Luebke, Joh. Rostockerstraße 43. Fleisch u. Wurstfabr.
Aug. Maar, Schulstraße 103.
Malwald, Nkln., Münchener-E. Berlinerst.
H. Matzker Hermannstr. 228.
Märk. Fleischkons., Nkln., Warthest. 73
Ernst Mäckler, Nkln., Richardst. 31-33.
Merker, P. Mariannenstr. 28a.
G. Müller ff. Fleisch- u. Wurstw. Großbeerenstr. 78.
R. Müller, Pankow, Wollankst. 101
Georg Neumann, Friedenstr. 81.
Paul Nuss Stolpische Str. 35.
Josef Orth, Neukölln, Emserstr. 36
Karl Petrich Fruchtstraße 5 ff. Fleisch u. Wurst
Reinfeld, Spandau, Neumeisterstr. 9
O. Rosemann Nachf., Gr. Frankfurterstr. 7.
P. Rechel Wurstfabr., Landsbg.-Allee 130, Spz. Roll.-schink., Nußschink., Schinkenspeck
Oscar Röhr, Friedrichshagen Prima Wurst- u. Fleischwaren
Riedel, B. Hermannstr. 46.
Rodewald Prenzl. Allee 29 Tel. Kst. 2206.
Wilhelm Röder, Stettinerstr. 14
R. Rothe, Boxhagener Chaussee 11
Ottomar Rudolph, Gärtnerstr. 17.
Herm. Rauchheld, Ziethenstr. 19
A. Rehmet, Moab., Perlebergerst. 2
Aug. Roser, Neuk. Kais. Friedr. Str. 51.
W. Segling, Christburgerstr. 42.
Max Schlack, Langestr. 57.
Th. Scheunemann, Helmholtzst. 1.
L. Schramm, Fadenstr. 25, T. Hpl. 11767.
Otto Schleusener, Nkln. Mainzerst. 8
P. Schmel, Nkln., Steinmetzst. 110
F. Schmidt, Nkln., Schillerpromenade
Otto Schubert Koppenstr. 93. Spez. Wurst-Gesch.
Schlwek, E., Palisadenst. 1, Ecke.
Otto Schreiber Hohenfriedbergerstr. 1.
E. Schauer, Huttenstr. 70.
A. Siewert, Nd. Schöneweide, Berlinst. 127.
E. Scherzberg, Reinickendf., Hausart 9.
Max Schubert Müllerstr. 156 a.
Albert Schucht Stargardterstraße 69.
E. Steeger, Fleisch. Emmauskirchstr. 23
Steinicke, Warschauerstr. 25.
Thaleiser Invalidenstr. 158 Ecke Ackerstr.
Wagner Landsbergerstr. 118 ff. Fleisch- u. Wurstw.
Stargard. Fleisch-Zentrale, Stargarderst. 67
W. Tauche Neukölln 48. Pannierstraße 25.
Fr. Thiel ff. Fleisch- u. Wurstw. Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 5
Thüring. Fleisch- u. Wurst-Fabr. F. Sommermann, Boxhagenerst. 3
E. Trapp, Wurstzentrale, Waldenserstr. 19
Max Tümmel, Christburgerstr. 24.
Karl Unte Naunynstraße 17 f. Fleisch- u. Wurstw.
Uhlig, Paul, Koppenstr. 28.
G. Vettin Grüner Weg 57 — 57
Warschauer Fleisch- u. Wurst-Centrale, Warschauerstr. 83
Josef Weber, Raumerstr. 24.
Weiß, Georg, Elsenstr. 49, T. A. IV 10585
O. Wellnitz, Nannystr. 66.
A. Wenzel, Woldenbergerstr. 30
E. Wetzel ff. Fleisch- u. Wurstw. Weidenweg 67.
Emil Wilhelm, Graunstr. 38.
Wiedmann & Swanke Weißensee-Berlin. Allee 253.
Wo kauft man Fleisch und Wurst gut und billig? Im Fleisch- u. Wurst-Konsum, Kottbuserdamm 81/82.
P. Wontorra, O., Friedrichsberg St. 31.
Nord-Deutsche Fleisch-Zentrale F. Zimmermann, Seestr. 78, Gainsstr. 49
Paul Zwarg, Landsberg-Allee 136.
Ernst Ziffer, Oderbergerstr. 37.
Wilh. Ziegler, Seumestr. 20.

Glas u. Porzellan

G. Krüger, Weißenburgerstr. 73.
Oberländer Andreasstr. 19.
A. Wilborn, Brunnenstr 16.
Winkelmann, Wilhelminenstr. 23.
Oberschöneweide, Rathenaustr. 27.
Zuncke, Schöneberg, Eisenacherstr. 60-61

Grammoph., Sprechm.

W. Becker, Chlbg., Wilmersdorferst. 127
Hoyer, A., Neukölln Bergstr. 163 I.

Haar-Artikel

E. Joel Spezial-Haar-Haus Chausseestr. 121.
Rob. Kortmann, Schivelbeinerstr. 23.
F. Müller Gebe auf Haar-Artik. 5% Rab. Zionskirchstr. 44.
H. Nixdorf, Frankfurter All. 197, 5% Rab.

Haus- u. Küchengeräte

Gomgowski Prinzen-Allee 57 Seifen Bürsten.
Hannick, Spandau, Schönew. St. 92 Emaille, Glas, Porzellan, Lamp.
Rockstroh, Karl Grüner Weg 42. Gaskoch., Waschm.
Sandow, And., Wilmersd-Str. 130. Lampen.
E. Stühe, Wasche., Nannystr. 21.

Herren-Artikel

Andreasstr. 37, Krawatten-Schulze
H. Bock, Neukölln, Kaiser Friedrichst. 19.
Damen- u. Herrenstoffe sow. Reste
H. Müller, Kaiser Friedrichstr. 227
Magazin England Kottb. Damm 78, Oranienstr. 163. Hüte, Wäsche, Crawatten.
Torkel, Artilleriestr. 4
Rich. Jahn, Treptow, Grätzerstr. 6
Emil Jäger Friedrichstr. 115 Oranienburger Tor.
E. Klahn, Frankfurter Allee 26.
Krause, Wilh., Nkln., Herm.-St. 168
Gg. Kursch, Britz, Rudowerstr. 36.
Ad. Mahnke Rosenthalerstr. 3 Hüte, Schirme
A. Nitschpen, Bergmannstr. 11.
Nordring, Brunnenstr. 84.
A. Samuel, O. Mirbachst. 62, Schirme.
Scholz, Osw. Bl. Bergstr. 141. Bl. Hermannstr. 171.
Max Schulze, Hochmeisterstr. 6.
Sprengel, A. Wienerstr. 14 B. Hüte u. Schirme

Herren- u. Knabengard.

Amerikan. Verkaufshallen Frankftr. Allee 186.
J. Baer Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.
Besser, Julius, Nkln., Bergstr. 19
Hamburg-Steglitz Schloß-Str. 103.
Herren-Moden-Vertrieb zum Selbstkostenpreis + 10% Charlottenburg-Wilhelmsplatz
L. Mamroth Neukölln, Bergstr. 31. Mitgl. d. Wahlvereins
Zielonacki, Oranienstr. 21.
Leske & Slupecki, Schönh.-Allee 79a
Marcus, S. Nkln., Bergstr. 44-45 fertige u. Maßschneiderei.
Raitzig, Ad., Frankf. Allee 197.
Rosner, Max Schneidermeister, Nkln., Bergst. 30/31.
Lager fertig und nach Maß.
77 Kottbuserdamm 77 August Schego
Julius Salomon, Brunnenstr. 36.
Schachmann, Louis, Brunnenstr. 31.
J. Scholl Friedenau Rheinst. 9 Vorz. d. Bl. 5%
Berth. Schweriner, Wrangelstr. 53

Hüte, Mützen u. Pelzw.

Bazar Norden Brunnenstraße 52, Badstr. 65
Huthaus Norden Chausseestr. 55, Ecke Wöhlertstr.
Beiße, Rud., Chausseestr. 66.
Casper, Ed., Nkln., Bergstr. 139.
M. Grund nur Brunnenst. 177
Hermann Haase, Invalidenst. 129.
Hansen, Nkln., Berliner Str. 11, Osten, Koppenstr. 18.
Jacob, Oskar, Schönh.-Allee 104.
Panama-Centrale Rosenthalerstr. Weinbergsweg 27
Hut-Engr.-Lager, Brüd. Sarbach
Huthaus Monopol Müllerstraße 166.
A. Lemaitre, Wilmdrf., Berlinerst. 122.
Vereinigte Hutcompagnie Turmstr. 61 Dresdenerst. 135 Wilmersdorfer-Str. 124 Große Frankfurter Str. 120 Frankfurter Allee 184 Schönhs., Hauptstr. 22 Leser dieser Zeitung 5% in bar.
Rieck, Em. Badstr. 64, Gerichtstr. 61.
Urgast-Hüte, Markgrafendamm 1 Alt-Boxhagen 34
Mütz.-Moldenhauer, Rosthausst. 15, I.
Schoerr, Herm., Wilmersd.-St. 46.
Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19.
Weiner, H., Greifswalderstr. 33.
Wirtschafterstr., Nchf., Brunnenst. 167.
Zum Hutwinkel S. Kohls, Chausseestr. 85.

Kaffee-Spezialgesch.

Oskar Krösche Schönhauser Allee 70 d.
Rauers Mischungen werd. v. sparsam. Hausfrauen bevorzugt! Nur C 54 Neue Schönhauserstr. 2

Kaffee-Surrogate

Otto Goetze, Kottbuserdamm 16/17 Hof.

Kaufhäuser

Z. Alexander & Co., Badstr. 55.
Hermann Bernhard Hermann-Platz 3.
B. Hennig & Co. Landsberger-Allee 29.
C. Kurtzahn Ob. Schöneweide Putz- und Modew.
Alfr. Kirschner Grunewaldstr. 78, Ecke Akazienstr.
H. Weiß & Co., Friedrichshagen.

Kohlen, Koks, Briketts

Ferd. Gräning Jungstr. 11. Teleph. VII 7924
J. Mannheim. Filialen im Osten.
W. Pieper Hochmeisterst. 12
Siemon, A. R., Kohlenhdl., Wedding
Karl Werner, Neuk. Göthestr. 10

Kolonialwaren

Abend, R., Rummbg., Sonntagstr. 4.
Heinrich Arndt, Fennstr. 49.
Theodor Anthofner, Solmsstr. 22.
Babel & Hauke, Wilsnackerstr. 47.
G. Bärend, Schöneberg, Coloniestr. 8.
Gustav Behrens Akazienstr. 8, Hauptstr. 130.
Bennewitz, Fr., Buchholz, Berlinerst. 49
Bruno Block, Nonnendamm.
Alex Borgmann, Jagowstr. 16.
Braun, R., Nkln., Prinz-Handjerystr. 29.
E. Brandt, Friedrichsbg. Scharnweberstr. 8
Budach, Franz, O., Goßlerstr. 23.
Georg Burow, Stromstraße 59.
Joh. Ciecior, Neue Hochstr. 32/34
R. Ehrig, Liebenwalderstr. 47.
Arthur Enke, Amsterdamerst. 10
A. Fiedler, Köpenick, Müggelh. St. 41.
L. Friedrich, Mariendorf, Bergst. 11
Gebser, Schwanke u. Co. G. m. b. H. Inhaber der Reik-Läden. Filialen in allen Stadtteilen.
Fritz Gerull, Beusselstr. 78.
E. Goerlich, Reinickendf., Provinzstr. 54.
Hermann Gensch, Adalbertstr. 19.
Goetsch, Ernst Dolzigerstr. 14.
Hohenkamp & Neumann Utrechter Str. 18. Kopernikusstr. 19. Niederbarnimstr. 10.
F. Löck, Breslauer St. 4, Madaist. 15
Max Hanheiser, Göbenstr. 18
Albert Haube, Dunkerstr. 83.
Heinicke, Wilh., Markgrafend. 27.
Heinrich, R. Hermannstr. 59/60, Bergstr. 144, Kais.-Fried.-St. 246
Fritz Hübner, Schliemannstr. 11.
Paul Imhoff, Ramlerstr. 19.
Kakao-Würfel „Sarotti" 5 Pfg. überall zu haben
Willy Knobe Palisaden-Str. 97.
Kohle, W., Lichtenberg, Rapsestr. 56.
Krantz, Georg, Schönholzerstr. 11.
Kramer, Rich., O. Kronprinzenstr. 37/38
Köhn, Oswald, Müllerstr. 181.
Lange, H., Neukölln, Walterstr. 16.
G. L. Liese, Cöpenick, Schloßstr. 8.
Lips, Chamissoplatz 8
Herm. Loewa, Tegel, Berlinerstr. 11.
Lossier, G., Warschauer Str. 5.
Luckner, Felix, Nkln., Weichselst. 7
Martini, Erich, Nkln., Allerstr. 38.
Karl Mercier, Huttenst. 3
Michaelis, Paul 5 Geschäfte in Nord-Berlin.
Mewes, Adolf, Warschauerstr. 55.
Max Moysich, Wilhelmshav. St. 46.
Paul Mulack, Mariannenstr. 8.
H. Müller Gebe auf War. 5% R. Tegelerst. 1 II 7009.
Müller, G. Kottbuser Damm 31 Herm. St. 155, Kaiserbadstr. 8
A. Plancke, Oderberger Str. 55.
Priebe, E., Boxhag.-Chaussee 22.
R. Puhlmann, Woldenbergerst. 28
Carl Quast, Prinzen-Allee 15.
A. Ranhold, Prinzen-Allee 18.
Carl Robra, Langhansstr. 58 u. 148
Willy Rohne Möckernstr. 84a, Kreuzbergstr. 36.
Runge, Otto, Nkln., Hermannst. 58.
A. Sägebarth, Fehrbelliner Str. 84.
Schäfer, H., Neue Hochstr. 5.
Schneider, F., Nkln. Kaiser-Fried. St. 75
Scheffler, Carl, Badstr. 16.
Fritz Scheel, Schwedterstr. 47.
Schlenther, Emil, Huttenstr. 7.
Gg. Feist, Nkl., Weserstr. 4.
Wilh. Schröder, Schönholzerstr. 23
Wilh. Schulze, Bl., Bergstr. 96.
A. Schmeier Geb. auf alle Waren 5% Rab. Wollinerstr. 5.
Joh. Schulze Lausitzerstr. 5-6 Waldemarst. 63a
Rudolf Spremberg, Wörtherstr. 1.
P. Simund, Nkln., Ziethenstr. 46.
Wilh. Thomas, Reinickend.-Str. 54.
Otto Tück, Gubenerstr. 11.
Ulbrich, F., Nkln., Wathestr. 13 u. 69
Fritz Welzel Alte Jacobstr. 132 Lindenstr. 77 Junkerstr. 14.
Ernst Wilde, Bastianstr. 1.
Wernicke, Ober-Schöneweide.

Korbwar., Kinderwag.

Metzners Filiale Beusselstr. 67.

Krankenbedarfsartik.

Fischer, Wilh., N, Swinemünd.-St. 116
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.

Fortsetzung siehe nächste Seite.

Lederwaren

Angermeier, Mommsenst. 30/E. Wilmersdorf.
Hermann Callies Grüner Weg 100
Carl Fessel Nachflg., Gr. Frankf.-St. 135.
Spez. Tasch., Mappen, Portemonnaies usw.
R. Genehr, Rummelsburg, Schillerstr. 31.
Wilh. Langner, Rixdorf, Bergst. 67.
Koffer-Schulze Wilmersdorf. St. 123
Richard Kurtzke Kottbuser-Damm 8.
Otto Pahnitz Wienerstr. 14 Eig. Werkst. i. Hause
Taschen-Müller Schöneberg, Kolonnenstr. 64.
Rob. Voigt, Baumschulstr. 87. Eig. Fabr.

Lehranstalten

Zuschneide-Schule des Deutsch. Zuschneider-Verbandes, e. V., BERLIN, Maurerstr. 86/88, T. I 3401.
Wiener Zuschneide-Lehranstalt
J. Kumpan Friedrich-Str. 15.
Rudolf Maurer Friedrichstr. 65a, Ecke Mohrenstr
Strahlendorffs Handels-Akademie. Beuthst. 10 u. 11, I., II., III. Etage. Größtes Institut Berlins. Ausführl. Lehrpläne umsonst.

Manufakturwaren

Grünberg Nachf. M., Petersb.-St. 39 Modewarenh.

Linoleum u. Wachst.

Häntsch Weißensee, Berliner-Allee 228, Tapeten.
Rausch, Rich. Linoleum-Fabrik-Niederlage Warschauerstr. 6

Mehlhandlungen

W. Bachmann, Charl., Sebringst. 15.
Bethke, Georg, Muskauerstraße 44. Rixd., Elbest. 33, Kais.-Friedr.-St. 64, Weserstr. 189, Friedelstr. 23, Treptow, Grätz-Straße 64.
Bordasch G. Nkln. Kais.-Frd.-St. 29
C. Bosse, Reinickendorferstr. 29.
Jul. Conrad, Rheinsbergerstr. 44.
Bernhard Danne, Kastanienall. 50-51.
C. E. Fink, N, Pankstr. 92.
Halff. Herm. Nkln. Hermannst. 227
Frese, Ernst 5 Geschäfte im SO.
Gaege, Otto Charlottenburg.
Paul Gaege, Spandau.
Jos. Hauke Mehl- u. Kolonialw. Bergmannstr. 95.
Heerma, H., Nkln., Hermannst. 172
Heinrich, R., Hermannstr. 59/60, Bergstr. 144, Kais.-Fried.-St. 246
Karl Huhn, Schererstr. 9.
Korn, Hugo Wrangel-Str. 117.

A. Robbelt Invalidst. 128, T. A. Nord 5363 vis-a-vis Stettin. Hauptbahnh.
B. Krüger, Schöneb., Hauptstr. 153
B. Kunze, Charl., Knobelsd.-St. 16
Lenz & Jagmann, Winsstr. 55, Posenerstr. 15, Stralauer-Allee 18
Lüdtke, H., Fruchtstr. 67.
Gus. Meyer, Reinh.-St. 19, Wittst.-St. 1.
C. Neugebauer Ober-Schöneweide
Nietsch & Rabsahl, Carmen-Silvastr. 155
Otto Nowack Nachfol. Spandau.
F. Pflugmacher, Colonnenstr. 48.
Jul. Penner Greifswalderstr. 11, vis a vis Lippehnerst.
P. Rentner Mansteinstr. 17, Steinmetzstr. 27
Schleinitz, A. Mariannenstr. 14. Markth. Marheinekepl. Markth., Dorotheenpl.
Schneider, Emil Reichenbergerstr. 38
Walter Seidel, Bousselstr. 26.
Thieke, Nachf., Prinzenstr. 10.
R. Wendler, Reinickendorferst. 54
S. Zyczynski, Neukölln Pannierstr. 59.

Möbelmagazine

Gustav Böse Tischlermstr., Louisen-Ufer 22, am Oranienplatz.
Berliner Möbelhalle „Norden" Ackerstr. 129a. Invalidenst. 118.
Daehne, F., Ri., Neue Jonasstr. 36.
A. Dohmann, Stromstr. 44.
Wilh. Gabbert, Brunnen-Str. 182.
Geppert, Paul, Zossenerstr. 22.
Gericke, Fritz, Müllerstr. 145.
Gleiser, A., Alexand.-straße 42.
H. Gebert, Birkenstr. 44 Möbel-Fabrik.
G. Hache, Wilhelmshavenerstr. 20.
Wilh. Hamann Schönhauser-Allee 42.
Harnack Stallschreiberstr. 57, Bar- und Teilzahlung. Verkauf i. Fabrikgeb.
Hopp, Jul., Brunnenstr. 133.
König, A., Nkln., Berlinerstr. 102.
Herm. Kogel Neukölln, Hermannstr. 12.
Küchenmöbel Berliner Küchenmöbel-Fabrik Neue Königst. 81-82, T. VII 4746
Küchenmöbel billig, Neukölln. Niemetzstr. 3 Tel. 1784
Lüdecke, Kottbuser Damm 83/85
Lange, Max Schwedter St. 28 a. d. Kast. Allee.
L. Lazarus, Petersburger Str. 62.
Lüddecke, R., Nkln. Bergstr. 4.
Misch Siegmunds Breed.-St. 14 auch Teilzahlg.
Möbel Karras Waldemarstraße 13a. 64.
Hugo Moh, W. 57, Potsdamerstr. 82a.
Möbelhaus Kastanienallee 40. Fabrikgeb. gegr. 1884. Teilzahlungen gestattet.
F. Neumann Chlbg. Kais. Friedrichst. 180 I
Rebsch, E., Spandau.
Emil Rufiar Tischler-Innungsmeister Prinzenstr. 34

C. Reiher Nachf., Veteranenst. 21.
Schmidt, Otto Möbelfabrik Gartenst. 53.
Siebeky, W., Gneisenaustr. 18 eig. Tischl.-Tapez.-Werk.
A. Schuster, Ob. Schöneweide, Edisonst. 59
Schwanke, Rixdf., Hermannstr. 229
Wendland, Ernst Swinemünd. Straße 121. Möbelfabrik — Bar- u. Teilzahl.
Herm. Wendland Reinickend.-Straße 114.

Möbel-Transport

P. Enders, Gneisenaust. 7a, T. Kriist 4136.
Robert Frenzel, Cöpenickerstr. 103.
Krüger, Reichenb. St. 18. Tel Mpl. 8307
J. Lange Ritterstr. 96, IV., 4195 Billigste Preisberechng
Paul Schur, G. m. b. H., Birkenstr. 43.

Molkereien

Molkerei „Nord-West" Bremerstr. 59 Bredowstr. 16
Milchkuranstalt am Viktoriapark Kreuzbergstr. 27-28, T. A. VI. 1070 Kinder- und Kurmilch.
Molk. Strehl Trockenf. Neukölln Hermannst. 110 E. Siegfr.-St.
G. Gollsch, Putbuserst. 29. E. Bammlerst.
Milch Schmidt Neukölln Hermannstr. 53, Hermannstr. 95-96.
J. Reich, Birkenstr. 33. Zwinglistr. 33
„Schweizerhof", Meierei und Milchkuranstalt. Emdener Str. 46. :: Tel. II. 2565.

Musikalien

Niemeyer, Brückenst. 8. Köpenickerst. 76
Scholz Frankfurter-Allee 73b Frankf.-Chaussee 115.

Musikinstrumente

Kirst, Rich., Brunnenstr. 45.
Plato & Co., Köpenickerst. 105/6.
Lorenz Rahmel, Oranienstr. 181
Lorbeer, Müllerstr. 14.
Musik-Haus Menzenhauer Größtes Spezialgeschäft der Branche. Spittelmarkt 14a.
Reetz, Spandau, Havelstr. 21.
Schnötke, Otto, Nkln. Richardstr. 115

Nähmaschinen

Bellmann, E., Gollnowstr. 26. Waschmasch.
Charlottenburg, Spandauerstr. 3 alle Systeme ohne Anzahlung.
Ferra Hermannstr. 177. Kottbuser Damm 23.
Pfaff bestes deutsches Fabrikat Steinhauer, Spandau.
Littauer, Vertr. Wilke Nkln. Berlinerst. 84 Hermannst. 59/60.
Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.
Littauer Adler-Nähmaschinen ohne Anzahlung. Turm-Str. 30.
Afrana-Nähmaschinen G. J. Böttger, Andreasstr. 79, Petersburgerstr. 87, Spandau, Schönwalderstr. 19.

Optiker

Bardorf, Moabit, Turmstr. 74.
Dase, Paul, N, Müllerstr. 174.
Groß, Paul, Warschauerstr. 66.
Hasler, Gollnowstr. 13. Kassenlief.
Schubert, Carl, Nkln. Bergstr. 148
Wienstruck, Spandau, Potsdamerstr. 19.

Papier- u. Schreibw.

O. Prochnow, Nkln. Hermannstr. 69
Seidler, Louis, Nkln. Bergstr. 42.

Pfandleihen

Rixd. Pfandleihe Neukölln nur Bergst. 58 Spottbilliger Bettenverkauf, Hochmoderne Herrengard. Uhrenverk. Schmucksach. etc.
E. Kron, Köpenickerstr. 56a, I.
Langer, Wrangelstr. 92, Billiger Verkauf.
Schmidt, Fennstr. 3
E. Senftleben, Kottb.-Damm 28. I.

Photogr. Apparate

M. Albrecht SO. Kottbuserdamm 3 auch Gelegenheitskäufe.
Hugo Schultz Müllerstrasse 166a Eig. Artikel 5%, Gelegenheitskäufe
Zaremba, Weinbergsweg 1. T. Nd. 8582

Putz- u. Modewaren

M. Haase Nkln., Bergstr. 1 Putzgeschäft
Bertha Mierzwa Frankfurter-Allee 65 Spezialhaus für Damenhüte
Peters Spezialhs. f. Damenhüte Ll. Frankf.-Chauss. 142a Liefr. d. Konsumgenossenschft.

Puppen

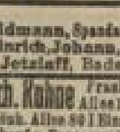
P. R. Zierow, Schönhauser Allee 179

Resterhandlungen

Luise Frömel, Greifswalderstr. 139.
Carl Joch, NO, Palisadenstr. 97.
Paulige Preissing, Reinickendferst. 12, I.

Schuhwaren, Schuhm.

Ernst Adam, Friedrichshagen.
Anhalt, E., Andreasstr. 13.
Baumgart, H., Manteuffelstr. 28.
Hans Bry Warschauerstr. 31 Rumburg, Mozartstr. 3.
Damaschke, Invalidenstr. 144.
J. Denzig Nchf., Chausseestr. 26
Ellers, Anhaltstr. 4, Lindenstr. 112.
Engel, W., Reinickendorferstr. 90
Osk. Engler, Swinemünderstr. 63.
Osw. Fabian, Köpenick, Kietzerstr. 1.
Fleer, Friedr., Sperr-Str. 17.
Formanowitz, Yorckstr. 53 (10% Rab.)
D. Ganz, Nkln., Hermannstr. 198
Tipp-Topp Leser d. Ztg. 5% Rabatt Ostermann, Goltz-Str. 41.
Otto Grätsch, Chausseestr. 12 u. 67.
Goldmann, Spandau, Schönwalderst. 54.
Heinrich, Johann, Petersb.-Str. 36.
H. Jetzlaff, Badstr. 54.
Rich. Kohne Frankf. Allee 118a Schönh. Allee 80 I Einzel Verkauf z. Engrospreisen. Leser d. Zeitung 5% Rabatt



C. Kühn Bergstr. 52. Hermannst. 162
Herm. Kärmer, Cöpenick.
Fiedr. A. Lange, Landsbergerstr. 68.
Paul Lehmann, Friedrichshagen.
Ernst Müller, Teltowerstr. 59.
Nehring Charlbg. Kais.-Augusta-Allee 60
C. Neumann, Falkensteinstr. 37.
Petereahn, Osk., Müllerstr. 155.
Plaumann, Jagowstr. 20, 5%.
Reetz, Max Spandau, Schönwalderstr. 12.
Schmidt, Gebr., Fennstr. 59.
Schuhwarenhaus des Westens York-st. 46.
Schuhwarenhaus Kottbuser Damm 12a 1 Trepp. Vertr. M. Stein
Fritz Schlott, Moabit, Waldstr. 34.
Schwersenzer, Turmstraße 48.
Alb. Seeger, Ww., Lortzingstr. 6
Sommer, Wilh., N, Schönh.-Allee 85.
A. Trettin, Friedrichshag., Friedrichstr. 23
Witt, Spand., Neuendorferstr 99.
George, Adolph, Badstr. 65.
Ernst Gräber, Brunnenstr. 78.
M. Graupner Bülowstr. 57, Lief. d. Konsum-Ges. Berlin u. Um.
H. Kammler, Charl., Krummestr. 3.
M. Kariel Brunnenstr. 118.
Kalebusch, W., Frft. Chaussee 61
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40.
Lehmann, Wilh., Kottb. Damm 22.
Lüders, H., Schöneberg, Kolonnenstr. 53.
Nolte, K., Simon-Dachstr. 13.
Rudolf Planz, Brunnenstr. 112. Brunnenstr. 81
Quitzow, Joh., Müllerstr. 1a.
Emil Quade Schöneberg, Hauptstr. 148.
Carl Schlewinsky, Koppenstr. 4.
R. Schmelz, Reichenbergerstr. 143
Willy Schmidt, Friedenau, Rheinstr. 13.
Gustav Scholz Schöneberg Hauptstr. 155.
Schönemann, G., Nkln., Berl.-St. 73
F. Schönwitz, Berl. O., Gasslerstr. 27
W. Schultz Bezhagen, Neue Bahnhofstr. 33
Schumacher, O., Tegel, Berl.-St. 8a.
Schulz, Osw., Frankf. Allee 24.
Max Storch, Elbingerstr. 100.
M. Tomechna Nchf., Brückenstr. 14.
Paul Trenk, Charl., Spand.-Str. 22.
A. Trenner, Wilhelmsruh, Hauptstr. 12.
Traxa, W., Frankft. Allee 165.

Schirme u. Stöcke

Girod, F., Spandau, Potsd. Str. 19.
Herrmann, Lychenerst. 5. Eig. Fabrikate.
Jehnichen, Nkln., Kais. Friedr.-Str. 18
H. Lercke, Schöneberg, Kolonnenstr. 62
A. Rieke, Badstr. 11, Bezüge billigst
Herm. Rosenky, W. Mansteinstr. 4.
G. Schleusener, Warschauerst. 86.

Seifen

Gustav Gambal, Kantstr. 64.
Heidke, Paul, Burgsdorfstr. 13.

Teppiche u. Gardinen

Gardinenh. Bernhard Schwarz Berlin, Wallstr. 13 (dreizehn).
J. A. Schulz Weinbergs-Weg 10 I.

Trauer-Magazin

Westmann Mohrenstr. 37a, Gr. Frkf. Str. 115.

Uhren u. Goldwaren

Oscar Aldag, Charl. Krummest. 29.
J. Behrendt, Wrangelstr. 52.
Otto Bickel, Charlottenburg 2, Kantstr. 144.
Gustav Schoder Fabrik moderner Goldw. u. Uhren Hauptgesch. S. 42. Oranienst. 155/56 I. Filiale W. 30. Lützowstr. 80. II. „ Schöneberg, Hauptst. 142
Otto Brauer, Müllerstr. 164.
Charlottenburg Spandauerst. 2: R. L. Hirsch, fr. Trenk
Max Eisermann, Charl. Nehringstr. 16.
Brüggemann, Reinickendorferstr. 56.
Bürger, Jul., Müllerstr. 6.
Max Busse Brunnenstr. 173/177.
W. Elsolt, Charl. Wilmersdorferstr. 111.
Ellinghausen, Gebr., Grünerweg 46.
Fenske, S., Kottbuserdamm 96
P. Fischer, SO., Michaelkirchstr. 8
J. Gebhardt Charlottenburg, Berlinerstr. 124.
Uhren- u. Goldwaren-Industrie Berlin 220, Lindenstr. 16. Beste direkt. Bezugsquelle! Katalog gratis. Versand nach außerhalb, billigste Preise.
Uhren-Klinik, Brunnen-E. Bernauerst.
Wittig, Ad., Neukölln, Berlinerstr. 44.
Zabel Nchf., Charlbg., Berlinerstr. 118.

Versicherungen

„Deutschland" Berlin Arbeiterversicherung — Sterbekassenversicherg. Schützenstraße 2.
„Friedrich Wilhelm" Berlin W8, Behrenstr 58—61 Lebens-, Sterbekassen- u. Arbeiterversichg. Mit u. ohne ärztl. Untersuchung Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge
„Iduna" zu Halle a. S. Berlin, Charlottenstr. 82 Volks- und Lebensversicherung.

Warenhäuser

Warenhaus M. Hirsch Spandau
Wilh. Herm. Lesser Kaiserst. 54 Schöneberg Kaiserst. 54 Bei jedem Einkauf Rabattm.

Weine, Liköre u. Fruchtsäfte

Hugo Boling 60 Filialen in allen Stadtteilen.
Eliem. Welye, Likörfabr., Gerichtstr. 15
Ignatz Sello Brunnenstr. 16 und Filialen. Einzelverk. z. Engr.-Preis
Bettinger, E., Wald-Ecke, Wiclefstr.
Großd. „Zur Sonne", F. Freudenberg-Horn, Neukölln, Hermannsplatz 5.
Conrad Großdestillation Oranienstr. 207.

Waschmittel

Verlangen Sie „Edelweiß" Krone aller Waschmittel.

Weiß-, Wollw., Trikot.

Ahlscher, Gust., Chorinerstr. 75.
H. Barts, Schönhauser Allee 107.
Bredow, Otto, Nkln. Hermannst. 58
Carl Braun Kottbuser-Damm 5.
M. Gardels Bousselstraße 76 Tauroggenerst. 10
Georgi, Ernst Knaut Str. 51a.
Hoffmann, Carmen Sylvastr. 6
Hoppe, E., Scharnweberstr. 52.
Julius John Lortzingstr. 3. Dunkerstr. 1.
Jonas, Hermann Küstrin.-Pl. 1. Inlette, Bettfed.
Juncker, H. Neukölln Hermannstr. 172.
Carl Klein, Höchstestr. 16, N.O. 18.
Robert Kutsche, Gubenerstr. 56.
A. Kaesler, Caprivistr. 5.
Ch. Loewy, Nkln., Bergst. 52/53 vis-a-vis der Kirche.
Meyer, Bernauerst. 12, (Arbeiterhemden)
Nachmann, Müllerstr. 131a, Kons.-Lief.
Fr. Ollwetzki, Alte Jakobstr. 137.
Schaefer, Hussitenstr. 48.
Schrom, Lina, Mirbachstr. 21.
Otto Seelisch, Kochhanstr. 8.
Hermann Meyer, Schivelbeinerst. 21.
J. Stein Reinickendf. W. Scharnweberst. 110
Ad. Schäfer Nchf. SO. Admiralstr. 4.
L. Schneider, Weberstr. 61.
A. Tschaege Elisabethkirchstr. 13 Wäsche, Bettfedern.
Thurow, O., Charlbg., Cauerstr. 14
L. Vierarm, Zionskirchstr. 34.
E. Voigt, Reinickendorf, Amendestr. 101.
Albert Vogt Urbanstr. — 31. —

Wild u. Geflügel

Prima Legehühner sowie Bettfedern: Geflügel-Importhaus Neukölln, Knesebeckstraße 106.
C. Dittmann Neukölln Berliner Str. 43.
P. Hildebrandt Brunnenstraße 122.
Schmidt, E., Spandau, Havelst. 19
Zastrow, Landsberger-Allee 147. Fische.

Zahn-Atelier

E. Bade, N. Schönhauser Allee 43, I.
Hollbruch, Herm., Pankstr. 5, gegr. 1871
Heröd, H., Elsasserst. 97, a. Rosenthal. Pl.
Jordan, Alfr., Pankstr. 41, gegr. 1882.
Körber, O., Mariendorf, Chausseestr. 306
H. Lindeke, Warschauerstr. 80.
Witte, Max Muskauerstr. 16 Ecke Manteuffelstr.

Eine Badereise mit Kindern soll nicht nur für diese, sondern auch für die Mutter eine Erholung sein. Trotzdem müssen die Kinder zu ihrem Rechte kommen, besonders die Kleinsten bedürfen der gleichen pünktlichen Wartung und Pflege und derselben sorgfältigen Ernährung wie daheim. Ein Nahrungsmittel, das die Vorzüge einer leichten Zubereitung und langen Haltbarkeit, mit denen der Nahrhaftigkeit und leichten Verdaulichkeit vereint, ist „Kufeke", und es ist deshalb für solche Fälle nur bestens zu empfehlen.

Zigarren-Fabriken W. Herbst
gegr. 1862. Tel.: Moritzplatz 3873.
BERLIN SW., Ritterstr. 83
Erstklassige Ware. Zigarrenhändlern bestens empfohlen.
— Tarifarbeit. —

Die dunkelste Ecke wird taghell,
wenn Sie auf Ihrer Lampe
Urania-Salonoel
brennen.
Wenn Sie die Sicherheit haben wollen, das seit Jahren rühmlichst bekannte
Urania-Salonoel
(der Name ist gesetzlich geschützt)
zu erhalten, dann fordern Sie beim Einkauf nicht nur „Salonoel", denn unter dieser Bezeichnung wird sehr oft ein Gemisch mit billigeren Sorten verkauft.
Nur der volle Name
Urania-Salonoel

bietet Ihnen die Garantie, das unverfälschte amerikanische
Sicherheits-Petroleum
zu erhalten. 215/5*

Urania-Salonoel
bietet größtmögliche Sicherheit gegen Explosionsgefahr bei höchster Leuchtkraft. Keine Verwechselung mit österreichischem (galizischem) Petroleum.
Nebenstehendes Plakat bezeichnet die Verkaufsstellen.
Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft.

Persil
für
Kinderwäsche
(Wichtig-lesen!)
Das selbsttätige Waschmittel.
Unentbehrlich für jeden kinderreichen Haushalt. Vereinfacht und erleichtert das tägliche Waschen der Säuglingswäsche, macht sie
geruchfrei
und schneeweiß, selbst wenn vorher stark vergilbt. Bestes Desinfektionsmittel bei Krankheiten.
Erprobt u. gelobt!
Nur in Originalpaketen, niemals lose.
HENKEL & CO., DÜSSELDORF.
Alleinige Fabrikanten auch der allbeliebten
Henkel's Bleich-Soda
Verkaufsstellen durch Plakate erkenntlich.
Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstraße 11.

Wer **Kenner** ist, der **kaut** nur
G. Rokahrs
Export-Kautabak
Unübertroffen in Qualität. × Sparsam im Gebrauch.
Hauptniederlage: Berlin C. 2, Klosterstraße 63.
Amt Kgst. 8498.

Allen Partei- und Gewerkschaftsgenossen zur Nachricht, daß ich die
Kranz- u. Blumenbinderei
von
Robert Meyer, Mariannenstraße 2,
übernommen habe.
Paul Golletz.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4

Heideschloß Hohenbinde
„Zum Gutenberg".
Stadtbahnstation Erkner. Fernruf 293. Idyllisch an Wald und Spree gelegen. Möbl. Sommerwohnungen u. Zimmer. Für Vereine zc. der schönste Ausflugsort. Prachtsaal und Halle. Kegelbahnen zc. A. Lehmann.

✚ Haut- u. Harn- ✚
leiden, Ehrlich-Hata, Quecksilberschäd. Spezialärztliche Leitung. Blutuntersuch., Fäden im Harn, etc. Honorar mäß., Teilzahlung gestatt.
Dr. Homeyer & Co. (konz. Spez. Lab.) Friedrichstr. 81, geg. Panopt. Spr. 10-2, 5-8, Sonnt. 11-2

„Gesellschaftshaus" Trebbin
Inh. E. Schulze.
Zum Ausflug empfehle den werten Vereinen zc. meinen großen Saal und Gartenlokalitäten. Vereine bitte um vorherige Anmeldung. 2133b

Für Wanderer!
Silva - Karten
Eberswalde
Märkische Schweiz
Oberspree
Potsdam
Rheinsberg
Scharmützelsee
Spreewald
Strausberg
Tegel
Teupitz
6farbig Mit Orts-Register und Wegebeschreibung Preis pro Karte 75 Pf.
Silva-Märkischer Wanderatlas
mit Ortsregister und Wegebeschreibung
mit 14 Karten 6farbig kartoniert 1 M.
mit 22 Karten 6farbig gebunden 1,50 M.
mit 26 Karten 6farbig gebunden 2 M.
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Neunter Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Berlin, 18. Juni.

II.

Der erste Gegenstand der heutigen Tagesordnung ist der

Bericht des Vorstandes.

Er wird von Barth-München erstattet, schließt sich an das von uns in seinem Hauptinhalt bereits besprochene Jahrbuch an und betont namentlich die erfreuliche Entwickelung des Zentralverbandes, seiner Verlagsanstalt, der Verbandsvereine und ihrer Notfonds, Sterbekassen, Wohnungsfürsorge, der Bankabteilung und der genossenschaftlichen Aus- und Fortbildung durch Kurse. Die Verwendung von Ueberschüssen zu Wohlfahrtskassen und zum Wohnungsbau ist weitaus den spurlos verschwindenden hohen Dividenden vorzuziehen. Der Besuch der Verbandstage wird immer stärker, die Neugründung von Verbänden in Süddeutschland hat ein weiteres starkes Wachstum der Konsumentenorganisation und ihrer Stärke zur Folge gehabt. Der Redner berichtet dann über das Tarifamt, die Fortbildungskommission und die Abwehr- und Verteidigungskommissionen in Steuersachen sowie die Delegierung zu ausländischen Kongressen und bespricht dann die mittelständlerisch-bureaukratischen Steuerattentate auf die Konsumvereine, die um so merkwürdiger sind, als die Staatsregierungen selbst die größten Konsumvereine für ihre Beamten betreiben, namentlich die Eisenbahner. Der Mittelstand ruiniert sich am ehesten selbst durch sein eigenes Jammern. Er rühre sich und schreite mit der Zeit vorwärts! Statt mit der gebührenden Achtung, werden wir als Aschenbrödel behandelt, aber unser Anwachsen wird uns die Anerkennung und Gleichberechtigung verschaffen, die uns jene versagen wollen, die sich einbilden, ein Monopol auf einen entbehrlichen Zwischenhandel zu besitzen! (Lebhafter Beifall.)

Generalsekretär Kaufmann-Hamburg verweist auf den schriftlichen Bericht des Sekretariats. Aus dem reichen Zahlenmaterial, das er vorträgt, sei mitgeteilt, daß der Zentralverband umfaßte

	1903	1907	1911
angeschlossene Vereine .	666	959	1 142
mit Mitgliedern . . .	573 085	879 221	1 313 422
eigenem Kapital in M.	16 827 888	26 061 243	41 368 787

wozu noch 39 Produktivgenossenschaften und die Großeinkaufsgesellschaft kommen. Bei Besprechung des Entwickelungsganges des Zentralverbandes betont der Redner, daß es das Prinzip der Genossenschaften sei, um nicht sagen zu müssen, das nicht zu können, was sie wollen, nur das zu wollen, was sie können. (Heiterkeit und Zustimmung.) Denn, führt er aus, daß die Revisionen zwar besser, aber es doch nötig geworden sei, besoldete Revisoren in den Revisionsverbänden anzustellen, die im Hauptamt tätig sein und in einer besonderen Körperschaft unter dem Vorsitz und auf Einberufung des Zentralvorstandes ihre Erfahrungen austauschen sollen. Dadurch wird die Schärfe und Genauigkeit der Revisionen gewinnen. Zentralvorstand und Großeinkaufsgesellschaft sollen Kopien der Revisionsberichte zum Durcharbeiten durch besondere Beamte und zur Sammlung erhalten. Jedes Zeichen beginnenden Abstieges soll da erkannt werden, was nicht nur die G. E. G., sondern auch die Nachbarvereine bei Hilfsaktionen vor manchem Schaden bewahren wird. Die Bankabteilung und die Verlagsanstalt haben 36 000 M. zur Verfügung gestellt, so daß wir den Revisionsverbänden je 4000 M. zur Anstellung eines weiteren Beamten geben können. Eine Bezirksteilung der Revisionsverbände wird nötig werden. Mehrere Revisionsverbände haben dieses Programm schon durchgeführt, andere sind dabei. Die Größe des Genossenschaftstages beschränkt die Möglichkeit eingehender Beratung derart und verbietet die Erörterung gewisser Angelegenheiten, die wir der Oeffentlichkeit nicht auf die geschätzte Nase binden wollen (Heiterkeit), so daß sich die Einschiebung eines neuen Organs des Verbandes notwendig macht; es sollen zu nichtöffentlichen und Detailberatungen Vorstand, Ausschuß, Aufsichtsrat der Verlagsanstalt mit den Vertretern der Unterverbände zusammentreten. Dabei wird die Umwandlung der Verlagsanstalt aus einer Handelsgesellschaft in eine G. m. b. H. aller Genossenschaften anzustreben sein. Eine besondere Kommission, bestehend aus v. Elm, Lorenz und mir, soll auf Beschluß des Vorstandes die Vorentwürfe für diese Einrichtungen ausarbeiten, die dienen sollen dem Wohl des Zentralverbandes und dem Heil der organisierten Konsumenten. (Lebhafter Beifall.)

All diese Anregungen sind in folgenden Anträgen des Vorstandes niedergelegt, auch die auf Erweiterung der Revisionseinrichtungen:

A) Zur Erweiterung der Revisionsverbandssekretariate.

1. Den Revisionsverbänden wird empfohlen, den Bedürfnissen einer fortgeschrittenen Konsumgenossenschaftsbewegung entsprechend, die angeschlossenen Genossenschaften möglichst jedes Jahr einmal zu revidieren und außerordentliche Revisionen nach Bedarf vorzunehmen.

2. Zu diesem Zweck ist ein weiterer Sekretariatsbeamter anzustellen, mit der Maßgabe, daß einer der beiden Sekretariatsbeamten im besonderen die Funktion eines Revisors auszuüben hat.

3. Die im Hauptberufe tätigen Verbandsrevisoren bilden eine Körperschaft, die nach Bedarf zum Zweck des Austausches ihrer Erfahrungen, der Vereinbarung einheitlicher Revisionsgrundsätze und der Vervollkommnung der konsumgenossenschaftlichen Revisionsmethoden zusammentritt.

4. Den Vorsitz in dieser Körperschaft übernimmt ein vom Vorstande des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu bestimmendes Mitglied dieses Vorstandes, das unter möglichster Berücksichtigung der Anträge der Revisionsverbandsvorstände und Sekretäre die Tagesordnung festzusetzen und die Sitzung einzuberufen hat.

5. Von dem schriftlichen Revisionsberichte sind zwei Abschriften dem Vorstande des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zur Verfügung zu stellen, welcher eine besondere Registratur über das Revisionswesen einrichten wird.

6. Zur Deckung der durch die Anstellung eines weiteren Verbandsbeamten erwachsenden Unkosten erhalten die Revisionsverbände vom Zentralverbande deutscher Konsumvereine aus den diesem von der Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und der Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zur Verfügung gestellten Mitteln einen Zuschuß. Die Höhe des in den einzelnen Revisionsverbänden zu gewährenden Zuschusses haben Vorstand und Ausschuß des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu bestimmen. Ueber die Wahl des Beamten ist mit dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine und der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine Rücksprache zu nehmen.

B) Zur Aenderung der Verfassung der Revisionsverbände.

7. Den Revisionsverbänden wird ferner empfohlen, ihre Verfassung dahin abzuändern, daß das Sekretariat zu einem ausführenden Organ des Verbandes unter der Oberleitung und Kontrolle des Verbandsvorstandes ausgestaltet wird.

8. Ferner wird empfohlen, zwischen dem Vorstande des Revisionsverbandes und dem Verbandstag eine weitere aus fünf bis sieben Mitgliedern bestehende beschlußfassende Körperschaft, den Aufsichtsrat, einzusetzen, dem diejenigen Funktionen zuzuweisen sind, die nach konsumgenossenschaftlicher Praxis einem Aufsichtsrate zufallen.

9. Bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß möglichst jeder Bezirk des Revisionsverbandes gleichmäßig vertreten ist. Die Bezirksgliederung des Verbandes kann im Anschluß an die Bezirke der Einkaufsvereinigungen erfolgen, sie kann aber auch durch Zusammenlegung oder Teilung von Bezirken der Einkaufsvereinigungen vorgenommen werden.

10. Die Aufsichtsratsmitglieder des Revisionsverbandes sind für die Bezirke, die sie vertreten, die Vertrauensleute der Verbandsleitung und haben den Verbandsvorstand und das Sekretariat in deren Tätigkeit, z. B. in der Beratung der Vereine, Hilfeleistung bei Neugründungen und Verschmelzungen von Vereinen, Agitation, Abhaltung von Vorträgen u. dgl. nach besten Kräften zu unterstützen.

C) Zur Aenderung der Verfassung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

11. Aus den Vorstandsmitgliedern, Aufsichtsratsmitgliedern und Sekretären der Revisionsverbände, den Geschäftsführern und Aufsichtsratsmitgliedern der Großeinkaufsgesellschaft ist eine weitere Körperschaft, ein Generalrat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu bilden. Er hat wichtige und für die Konsumgenossenschaftsbewegung bedeutungsvolle Fragen vorzuberaten und kann über weniger wichtige und interne Angelegenheiten endgültig entscheiden.

12. Der Ausschuß des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, der aus den Vorsitzenden der Revisionsverbände oder dessen Stellvertretern und drei vom Genossenschaftstage frei hinzugewählten Personen besteht, übernimmt nach dem Grundsatze der konsumgenossenschaftlichen Praxis die Funktion eines Aufsichtsrates des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

13. Das Sekretariat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hört auf, ein selbständiges Organ des Verbandes zu sein. Die Funktionen des Generalsekretärs gehen auf den Verbandsvorstand über.

14. Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine besteht aus drei im Hauptberuf und vier ehrenamtlich tätigen Personen, die kollegial die Geschäfte des Zentralverbandes in der Weise zu führen und zu leiten haben, daß die im Hauptberufe tätigen Vorstandsmitglieder die laufenden Geschäfte führen, während zu wichtigen Beschlußfassungen der Gesamtvorstand zusammentritt. Auch können die ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder den Vorstand in den für besondere Zwecke eingesetzten Spezialkommissionen vertreten.

D) Zur Aenderung der juristischen Form der Verlagsanstalt.

15. Die Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann u. Co. wird aus der juristischen Form einer offenen Handelsgesellschaft in die Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, mit einem Stammkapital von 1 bis 2 Millionen Mark, unter der Firma Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. umgewandelt.

16. Der heutige Charakter der Verlagsanstalt als eines eigenen Unternehmens des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ist bei dieser Umwandlung unbedingt zu wahren. Es sollen daher satzungsgemäß die Revisionsverbände und Verbandsgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine gehalten sein, die Mitgliedschaft der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine zu erwerben. Die Generalversammlung der Verlagsgesellschaft soll bei Gelegenheit des Genossenschaftstages des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine stattfinden. Der Ausschuß des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine bildet den Aufsichtsrat, der Vorstand die Geschäftsführung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H.

E) Zur Ausführung dieser Beschlüsse.

17. Der Vorstand und Ausschuß des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine werden beauftragt, auf Grund der vorstehenden Beschlüsse die Satzungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu revidieren und den Gesellschaftsvertrag der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine zu entwerfen.

18. Vor Ende des laufenden Jahres ist ein außerordentlicher Genossenschaftstag zur Beschlußfassung über die abgeänderten Satzungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und in Verbindung damit die Gründungsversammlung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine zur Beschlußfassung über den Gesellschaftsvertrag einzuberufen.

Wolf-Hamburg begründet einen Antrag, das Kapital für die Verlagsgesellschaft G. m. b. H. nicht mit 1—2 Millionen, sondern auf 100 000—200 000 M. festzusetzen, da die Genossenschaften kein eigenes Geld haben und kaum die Anteilscheine von 1000 M. erwerben könnten. Unser Generalsekretär muß das doch als geborener Kaufmann einsehen. (Große Heiterkeit.)

Franke-Leipzig stimmt diesen Bedenken zu. Von den Leipziger Genossenschaftern sind 8 Proz. an dortigen Druckereigenossenschaften interessiert und können nicht dafür sein, die Druckarbeiten nach Hamburg zu geben.

Schmidt-Elberfeld: Man lasse doch auch die Verlagsanstalt in die G.-E.-G. übergehen, das wäre das gesündeste. Kaufmann soll aber der Verlagsanstalt erhalten bleiben.

Krüger-Leipzig: Unser Vorstand hätte trotz seiner „politischen“ Bedenken die Initiative zum Kampf gegen die Teuerung ergreifen müssen. Schöne Reden nützen da nichts! Wir müssen in der Druckereifrage die Presse unterstützen, die allein auf unserer Seite steht. (Beifall.)

Generalsekretär Kaufmann (Schlußwort): Die Ausführung der Anregung Schmidts würde, da die Großeinkaufsgesellschaft ihre wichtigsten Aufgaben auf anderen Gebieten hat, nicht im Interesse des raschen Ausbaues der Verlagsanstalt liegen. Konkurrenzgründe können uns nicht zur Aufgabe gesunder Genossenschaftseinrichtungen bestimmen. Der Zentralverband will doch sein Zeitungs- und Pressewesen in der Hand behalten und nicht in ideelle und wirtschaftliche Abhängigkeit von der G.-E.-G. kommen. Die Verlagsanstalt bringt überdies die Kosten der Verbandstätigkeit zu großem Teil auf. Uebrigens wird das Statut der G. m. b. H. dem der G.-E.-G. möglichst angepaßt werden, — kommt der Zeitpunkt der Verschmelzung, werden wir von Hamburg uns nicht widersetzen. Die von Leipzig angedrohte Verweigerung der Mittel würde gegen die genossenschaftliche Treue verstoßen und darauf hinauslaufen, Ihr eigenes Geschäft pleite zu machen. Die große Mehrzahl der Vereine beschreitet diesen Weg nicht! (Lebhafte Zustimmung.) Die von dem um seine Hamburger „Produktion“ unnütz besorgten Herrn Wolf beantragte Beschränkung des Kapitals der Verlagsanstalt G. m. b. H. würde das teure Arbeiten mit dem Bankkredit der G. E. G. zur dauernden Einrichtung machen, also ganz unrentabel sein. Das wäre die reine Trebertrocknung! (Große Heiterkeit.) Mit solchem Beispiel gehen wir unseren Vereinen nicht voran. Die Anteile dürften ‚kh wohl mit 4½ Proz. verzinsen (Hört! hört!), was den Konsumvereinen eine günstige Anlage ihrer Spareinlagen — viel günstiger als in Staatspapieren — gewährt. Es braucht ja auch nur ¼ eingezahlt werden, das übrige kann durch die Rückvergütungen erzielt werden. Die Verantwortlichkeit der Konsumvereine verschafft uns überall den Kredit des nötigen Kapitalsrestes. (Beifall.)

Franke-Leipzig bemerkt persönlich, daß die 80 Proz. der Leipziger Genossenschaften doch ihren Druckereien die Treue wahren müssen.

Die Vorstandsanträge zu Punkt 4 und 5 werden unter Ablehnung des Antrages Wolf-Hamburg mit sehr großer Mehrheit angenommen.

*

Die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Aktiengesellschaft „Volksfürsorge“.

Referent A. v. Elm bespricht zunächst die Mißstände der privatkapitalistischen Volksversicherung, die im Gegensatz zu dem gesunden alten Prinzip der gegenseitigen genossenschaftlichen Hilfeleistung steht. Schuld daran ist, daß viele Gegenseitigkeitsvereine mangels des nötigen Weitblicks und der rechnerischen Grundlagen zugrunde gingen. In Deutschland datiert die Entwickelung der Volksversicherung von 1882, wo die „Friedrich Wilhelm“ und nachher die „Victoria“ sie einführten. 1911 bestanden 8,8 Millionen Volksversicherungspolicen mit 1780 Millionen Mark versichertem Kapital, wovon 800 Millionen auf die „Victoria“ und über 200 Millionen auf die „Friedrich Wilhelm“ entfallen. Jeder achte Deutsche besitzt heute eine Versicherungspolice. 1⅔ Proz. der ganzen Bevölkerung Deutschlands sind im letzten Jahre den Volksversicherungen beigetreten. Vom rein kapitalistischen Geschäftsstandpunkte kann man nur sagen, daß diese Gesellschaften die Interessen ihrer — Aktionäre großartig gewahrt haben. Hat doch die „Victoria“ 36 Millionen Ueberschuß erzielt. Ihr Direktor Gerstenberg hatte aus Gehalt und Tantieme 780 000 Mark Jahreseinkommen (Hört! hört!), die sieben Aufsichtsräte erhielten 150 000 M., die Aktionäre 1 180 000 M. — 39 Proz. des Aktiennennwertes und bald wohl schon 50 Proz. Brillant genug ist auch der 4½-Millionen-Profit der Volksversicherung der „Friedrich-Wilhelm“. Der Aktionär erhält seine Dividende aus dem, was die Gesellschaft dem Versicherten zu viel abgenommen hat. Die Teilnehmerdividende stellt nur eine geringe Rückerstattung dar. Die Volksversicherten bei der „Victoria“ erhielten jahraus jahrein nur die Hälfte dessen zurück, was sie bar eingezahlt hatten, und bei der „Friedrich-Wilhelm“ gar nur 18 Mill. gegen 63 Mill.! Diese Art des Sparens ist dem Volk wirklich nicht zu empfehlen! (Sehr wahr!) Gewiß müssen die Kosten in Rechnung gestellt werden, die entstehen, aber diese sind bei der privatkapitalistischen Werbetätigkeit eben zu hoch, bedeuten doch die Abschlüsse die Haupteinnahme der Agenten. 7 Mark kostet jeder Abschluß — in vielen Fällen ist das eine Jahresleistung der Volksversicherten. Die Bestimmungen über Erlöschen der Versicherung bewirken den Verfall von 30 Proz. der Policen und von 35—38 Proz. der Versicherungssumme.

In den letzten drei Jahren haben über eine Million Versicherte bei beiden Gesellschaften ihre Ansprüche verloren. Die gesamte Volksversicherung ist mit prämienfreien Policen überwuchert. Gerade die Aermsten der Armen verlieren also ihre vom Munde abgedarbten Prämienbeiträge. Trotz der schlechten Bezahlung ihrer Agenten haben die kapitalistischen Gesellschaften enorm hohe Verwaltungskosten. Die Abschlußprovisionen machen 4,4 bis 4,5 Proz. der Prämien, die Inkassoprovision 12,8 Proz., die sonstigen Verwaltungskosten 6,4 Proz. aus. In den letzten drei Jahren hat die „Viktoria“ 23,6 Proz. bis 23,8 Proz. der Prämien für Verwaltungskosten verbraucht. (Hört! hört!) Die „Friedrich-Wilhelm“ hat prozentual noch höhere Verwaltungskosten. Wie kommen dann aber, wird man fragen, die hohen Ueberschüsse dieser Gesellschaften zustande? Die Gewinnquellen sind verschieden. Die „Viktoria“ verwendet die alte Sterbetafel von 1871—1881; da die Sterblichkeit inzwischen günstiger geworden ist, entstehen sogenannte Sterblichkeitsgewinne. Bei der sogenannten großen Lebensversicherung (über 1500 M.) betrug der Sterblichkeitsgewinn der „Viktoria“ 14,7 Millionen M., bei ihrer Volksversicherung 4,8 Millionen Mark; bei der „Friedrich-Wilhelm“ betrug der Sterblichkeitsgewinn bei der großen Lebensversicherung in den letzten drei Jahren 2,3 Millionen Mark, bei ihrer Volksversicherung über 6 Millionen Mark. Die „Viktoria“ hat also bei der großen Lebensversicherung, die „Friedrich-Wilhelm“ bei der Volksversicherung den größeren Gewinn, was auf die Benutzung verschiedener Sterblichkeitstafeln hinweist. Die zweite Quelle des Gewinnes ist, daß die Gesellschaft bei der Berechnung der Prämien einen weit höheren Aufschlag für Verwaltungskosten nehmen als er der Wirklichkeit entspricht. Für Verwaltungskosten berechnet die „Viktoria“ 40 Prozent, während sie nur 23 Proz. betragen. Die dritte Quelle ist der Zinsgewinn. Die „Viktoria“ legt eine Verzinsung ihres Kapitals von 3½ Proz. ihren Berechnungen zugrunde, während sie 4¼ Proz. erzielt. Es ist ein Irrtum, wenn in Laienkreisen angenommen wird, die hohen Gewinne resultierten aus dem Verfall der Policen. Gerade die verfallenen Policen verursachen so hohe Verwaltungskosten, daß von der „Viktoria“ alles mögliche geschieht, um den Verfall zu verhindern. Die Gewinnbeteiligung ist nichts weiter als die bescheidene Rückgewährung allzu hoher Prämien. Ein so entschiedener Gegner der Sozialdemokratie wie Söhner, kommt zu dem Urteil, daß die Versicherten in der „Viktoria“ und der „Friedrich-Wilhelm“ in einer 15jährigen Periode 374 Millionen Mark mehr eingezahlt haben, als sie zurückerhalten haben. Diese gewaltige Summe ist von den Agenturen, der Reklame, der Propaganda, der Bekämpfung der Konkurrenz und den Dividenden verschlungen worden. Söhner kommt zu dem Gesamturteil, daß die Volksversicherung so wie sie hier betrieben wird, im Sinne einer ökonomischen Zweckmäßigkeit für die breiten Volksschichten auch nicht den kleinsten Vorteil biete, daß sie vom sozialpolitischen Standpunkt aus keinen ökonomischen Wert habe. Die kapitalistischen Gesellschaften haben nur verstanden, der Volksversicherung nach außen hin ein glänzendes Gepräge zu geben, während sie ihrer inneren Struktur nach für die Minderbemittelten wertlos sind. (Hört! hört!)

Nun wird gesagt werden, Kritik ist leicht, wie wollt Ihr es besser machen? Wir antworten darauf mit den Gedanken, die der alte Gray in Birmingham seinerzeit entwickelt hat: Die Volksversicherung muß ihrer kapitalistischen Erwerbsform entkleidet und wieder auf der Basis der Solidarität aufgebaut werden, aber auf so großer und breiter Basis, daß sie rechnungsmäßig auf sicheren Grundlagen beruht. Durch das gemeinsame Vorgehen von Gewerkschaften und Genossenschaften ist diese Basis für uns gegeben. Der Interessentenkreis ist so groß, daß wir auf dem Grunde des Gesetzes der großen Zahl die notwendige Sicherheit haben. Wir haben in Deutschland 2½ Millionen Gewerkschafter und 1½ Millionen Genossenschafter. Wir können mit 3 Millionen Männern rechnen, die zum größten Teil verheiratet sind. Wenn auch die Arbeiter genug an Beiträgen für die staatliche Versicherung zu zahlen haben, so ist doch gerade das Pflichtbewußtsein bei ihnen so stark entwickelt, ihren Angehörigen in den Notfällen des Lebens ausreichenden Schutz zu gewähren. Wir versprechen denen, die sich uns anschließen, keine goldenen Berge. Aber eines garantieren wir ihnen: Das Unternehmen hat eine Grundlage erhalten, die für alle Zeiten seine kapitalistische Entartung ausschließt. (Lebhafter Beifall.) In unserer Volksfürsorge ist für den Dividendenhunger der Aktionäre und die Tantiemenlust der Direktoren kein Platz. Auf den wohlmeinenden Rat von Mitgliedern des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung haben wir beschlossen, uns unter das Gesetz über die Privatversicherung zu stellen. Wir nehmen die Form einer Aktiengesellschaft an. Aber nicht die Form, der Geist macht lebendig. Das Grundkapital soll 1 Million Mark betragen. Schon heute können wir erklären: Die Zeichnung des Grundkapitals ist gesichert. (Stürmischer Beifall.) Die eine Hälfte wird von den Gewerkschaften, die andere von den Genossenschaften bar eingezahlt. Der Vorstand wird zu gleichen Teilen von Gewerkschaften und Genossenschaften besetzt. Die Aktien können nur unter Zustimmung des Vorstandes in anderen Besitz übergehen. Damit ist die Gefahr beseitigt, daß sie an der Börse gehandelt werden. Der Höchstbetrag der Verzinsung des Aktienkapitals soll 4 Proz. betragen. Der ganze Reingewinn soll nach Abzug der Reserven den Versicherten zugute kommen. Kein Pfennig geht ihnen verloren. Das ist bei dem anti-

kapitalistischen Demokratencharakter der Volksfürsorge für alle Zeiten ausgeschlossen. Die Kommission hat beschlossen, alle Arten der Volksversicherung einzuführen. Die große Zahl der bei der „Viktoria“ und bei der „Friedrich-Wilhelm“ neu abgeschlossenen Versicherungen beweist das Bedürfnis der breiten Volksmassen nach der Versicherung. Bei der Versicherung ohne ärztliche Untersuchung ist die Kapitalversicherung auf den Todesfall die Regel. Diese Art der Versicherung hat zur Voraussetzung, daß Wochen- oder Monatsprämien gezahlt werden. Dann also, wird man einwenden, muß die Volksfürsorge mit einem gleich großen Verfall von Policen wie die kapitalistischen Gesellschaften rechnen. Gewiß, Arbeitslosigkeit und Krankheit werden auch unsere Mitglieder treffen. Wir brauchen aber dann nicht so gewissenlos zu handeln, wie die kapitalistischen Gesellschaften. Neben der Kapitalversicherung werden wir eine Spar- und Lebensversicherung haben und ohne weiteres sollen die Policen der Kapitalversicherung in solche der Spar- und Lebensversicherung umgewandelt werden, wenn die Prämien nicht weiter gezahlt werden können. Die Versicherten gehen also ihrer eingezahlten Beiträge und ihres Anrechts auf Versicherung niemals verlustig. An der Grenze von 1500 M. muß, wenn keine ärztliche Untersuchung vorgenommen ist, festgehalten werden. Wohl aber können Einrichtungen getroffen werden, um diese Grenze hinauszurücken. Hat sich jemand mit 1500 M. für den Todesfall versichert und ist diese Summe nach der Sterbetafel der Spar- und Lebensversicherung durch die Prämienzahlung gedeckt, so soll sich bei der Fortzahlung der Beiträge die Versicherungssumme über 1500 Mark hinaus erhöhen. Wir können heute noch nicht eine Tabelle über die Kapitalversicherung vorlegen. Die Arbeit der Versicherungsmathematiker erfordert Zeit. Hoffentlich aber wird es uns gelingen, die noch entgegenstehenden Schwierigkeiten im Laufe dieses Jahres zu überwinden, so daß mit Anfang des nächsten Jahres die Volksfürsorge ihre Wirksamkeit beginnen kann. (Lebhafter Beifall.)

Redner wirft noch einen Blick auf das gehässige Treiben der Gegner. Im „Archiv für Versicherungswissenschaft“ war zu lesen, daß die Ueberschüsse der Volksfürsorge zu Parteizwecken verwendet werden sollten, und daß das Reichsaufsichtsamt eingreifen müsse. (Große Heiterkeit.) Solche Esel sind wir nun wirklich nicht. Die „Zeitschrift für Versicherungswesen“ ist etwas vorsichtiger. Sie meint, daß wir „die im Hintergrund stehenden politischen Ziele zu verbergen suchen“, damit wir nicht an der Klippe des Aufsichtsamtes scheitern. Eine andere Frage aber sei, ob nicht das neue Unternehmen dem Aufsichtsamt später Anlaß zum Einschreiten geben dürfte (Aha-Rufe), wenn seine politischen Tendenzen deutlicher hervortreten.

Insbesondere mahnt die „Zeitschrift“, auf die Anlage der gesammelten Kapitalien genau Obacht zu geben. Welche Angst haben doch diese profitwütigen Herren! Wir werden niemals Geld für Partei- oder Streikzwecke hergeben. Wollten nur unsere Gegner so korrekt verfahren! Die Scharfmacher fordern ein Verbot der „Volksfürsorge“ von vornherein. Ein Gewährsmann der Zentrale des Verbandes deutscher Arbeitgeberverbände prophezeit die Besoldung eines neuen großen Heeres von Angestellten, verdienter Agitatoren, und eine gewaltige Machtsteigerung der Sozialdemokratie. Wären wir so dumm, ein großes Heer von Angestellten hoch zu besolden, so verdienten wir Prügel, denn dann wäre die „Volksfürsorge“ ein totgeborenes Kind. Von der Ersparnis an Verwaltungskosten hängt der Erfolg des neuen Unternehmens ab. Nur weil wir die neue Organisation an die bestehenden angliedern können, ist unser Unternehmen so gesund. Bei den Gewerkschaften macht das wenig Schwierigkeit, die Beitragssammler ziehen die Versicherungsprämien gegen geringe Entschädigung mit ein. Bei den Konsumvereinen wird sich der Mangel einer demokratisch durchgebildeten Verfassung schmerzlich bemerkbar machen. Aber das muß eben anders werden, weil die Mitarbeit der Mitglieder auch für die eigentlichen Konsumvereinszwecke notwendig ist. Denn die Konsumgenossenschaft will ja nicht nur billige Lebensmittel herbeischaffen, sondern den ganzen Menschen mit allen seinen Bedürfnissen umfassen. In diesem Sinne wollen Genossenschaften und Gewerkschaften mit Errichtung der „Volksfürsorge“ nicht nur die Volksversicherung verbessern und verbilligen, sondern auch ihrer eigenen Bewegung neue Stützpunkte schaffen. Gerade das würden sie aber unmöglich machen, wenn sie mit der „Volksfürsorge“ Nebenzwecke verbänden. Die „Volksfürsorge“ ist an und für sich eine so große und herrliche Aufgabe, daß sie des Schweißes der Edlen wohl wert ist. Handeln wir darum nach dem alten Genossenschaftswort: Arbeite und warte! (Stürmischer Beifall.)

Bauer (Generalkommission) schließt sich den Ausführungen v. Elms vollinhaltlich an und macht auf die merkwürdigen Treibereien gegnerischer Interessenten in Rheinland-Westfalen aufmerksam. Die Regierung habe bei den Krankenkassen angefragt, ob sie bei der Durchführung der Volksversicherung mitwirken wollten. Diese hätten geantwortet, sie würden gern ihre Arbeit in den Dienst dieser sozialen Aufgabe stellen, sobald das Gesetz entsprechend geändert sei. Aber das meinte die Regierung nicht; es handelt sich vielmehr um die Förderung der Düsseldorfer Versicherungsbank, die die Volksversicherung mit der Züchtung von gelben Arbeitervereinen verbindet, durch die Krankenkassen. Es wäre beleidigend für die Regierung, anzunehmen, daß sie nicht unserer „Volksfürsorge“ dieselbe Förderung sollte zuteil werden lassen. (Große Heiterkeit.) Aber wir brauchen gar keine Hilfe, wir ruhen fest auf dem Boden des Vertrauens zu Gewerk- und Genossenschaften, das sich in den rasch wachsenden Mitgliederzahlen bekundet. Dieses Vertrauen macht unsere „Volksfürsorge“ lebensfähig und wird uns ermöglichen, eine positive Leistung von größter sozialer Bedeutung zu vollbringen und ein neues Wahrzeichen der genossenschaftlich-gewerkschaftlichen Selbsthilfe zu errichten. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die Besprechung.

Ueber den nächsten Punkt der Tagesordnung:

Das Musterstatut für Konsumvereine

referiert Schmidtchen-Remscheid.

Das von der Kommission ausgearbeitete Musterstatut ist vom Ausschuß, Vorstand und Kommission mit einer kleinen Aenderung angenommen worden, die den Grundsatz der Barzahlung schärfer betont.

Dieses Musterstatut wird unter Ablehnung aller Abänderungsanträge vom Genossenschaftstag einstimmig genehmigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

• • •

Berichtigung: Der russische Delegierte Lenzky ersucht uns, richtigzustellen, daß nicht der Umsatz aller dortigen Vereine, sondern der des Genossenschaftsverbandes 12 Millionen Mark beträgt. Jener beträgt vielmehr über 200 Millionen.

Ostelbisches aus dem „freien“ Hessen.

Wer die Verhältnisse in den Kleinstädten kennt, weiß, daß es wohl allerorts gewisse Personen gibt, welche kraft ihrer Geburt, Stellung oder anderer Umstände als Respektspersonen gelten, um welche sich höhere Beamte und sonstige in besseren Verhältnissen lebende Menschen gruppieren und so mit diesen die „tonangebenden Kreise“ des Ortes bilden. Solch eine Respektsperson, die bei allen offiziellen und inoffiziellen Feiern und sonstigen Angelegenheiten obenan steht, glaubt sich natürlich alles erlauben zu können, was andere Sterbliche nicht dürfen, und keiner aller der Trabanten, die sich um sie geschart, wie der Sterne Chor um die Sonne, wird es wagen, dem eventuellen Missetäter ernsthaft zu nahe zu treten.

Eine solche Respektsperson ist der auch über die Grenzen Bad Nauheims hinaus bekannte **Major a. D. Stamm** daselbst. Trotzdem konnte er nicht verhindern, daß er am vorigen Donnerstag auf dem Anklagebänkchen des **Schöffengerichts Bad Nauheim** Platz nehmen mußte, und zwar aus folgendem Grunde:

Am Ausgange des Stadtwaldes zum Felde sitzt auf einer der dort aufgestellten Bänke ein kleiner Landwirt und erwartet sein Fuhrwerk. Neben ihm sitzt sein Hund, den er an der Leine hat und vorsorglich am Halsband hält. Da naht eben jener Major, der dort Jagdpächter ist. „Wie heißen Sie, Sie haben Ihren Hund nicht angeleint,“ ruft er dem Bauern zu. „Das brauche ich wohl nicht zu sagen,“ erklärte dieser ruhig, worauf jener von neuem nach dem Namen fragt, dann die Flinte herunternimmt, und sie mit den Worten: „**Marsch! Zehn Schritt vor mir her! Vorwärts zur Polizei!**“ auf den ganz bestürzten Mann richtet. Zufällig kommen zwei Frauen des Weges, welche entsetzt davonlaufen, weil sie fürchteten, der Major würde schießen. Die Folge jenes Vorfalles war, daß der Bauer einen **Nervenchok** erlitt, der mehrere Wochen ärztliche Behandlung und Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatte.

Auf ergangene Anzeige kam der Major a. D. aufs Bänkchen wegen Nötigungsversuchs und Körperverletzung. Ueber die Verhandlung selbst ausführlich zu berichten, würde zu weit führen. Es genügen einige Einzelheiten.

Vor allem mußte dem unbefangenen Zuhörer sofort auffallen, daß sich der Amtsanwalt fortgesetzt bemühte, Unstimmigkeiten in den Aussagen des Hauptbelastungszeugen, nämlich des an seiner nach Aussage des Arztes an seiner Gesundheit schwer geschädigten Landwirtes zu finden. Obwohl die zwei Frauen unter Eid die Darstellung desselben fast genau bestätigt und insbesondere beide gesehen hatten, daß der Hund angeleint war, suchte der Anklagevertreter immer wieder das Gegenteil herauszubringen. Warum? Um folgende Begründung der Anklage zu bringen: „Nach § 127 Str.-P.-O. hat jeder, der einen Menschen bei einer strafbaren Handlung auf frischer Tat ertappt und sofern Fluchtverdacht vorliegt und seine Persönlichkeit nicht in anderer Weise festgestellt werden kann, das Recht, denselben zu verhaften und zur Polizei zu bringen. Wenn auch die Zeugen nicht gesehen haben, daß sich der Hund von seinem Besitzer entfernt hat, so liegt doch die Möglichkeit vor, daß er sich entfernt hat und nicht angeleint war, was einen Verstoß gegen die Polizeiordnung bedeutet, also eine strafbare Handlung darstellt. War das aber der Fall, dann hatte der Angeklagte das Recht nach § 127 Str.-P.-O. die Festnahme vorzunehmen, sofern auf andere Weise die Person nicht festzustellen war. Der Angeklagte hat mithin in gutem Glauben gehandelt. Nur hat er versäumt, vorher noch die beiden Frauen zu fragen, ob sie den Mann kennen, von denen eine denselben gekannt hat. Deshalb ist Strafe geboten. Ich beantrage unter Zuerkennung weitgehendster Milderungsgründe eine kleine Geldstrafe, deren Höhe ich dem Gerichte überlasse.“ So der Amtsanwalt. Glücklicherweise war der Verletzte als Nebenkläger mit einem Anwalt zur Stelle. Dieser machte darauf aufmerksam, daß Mörler, so heißt der Betroffene, ja gar keine strafbare Handlung begangen hatte, mithin auch die Voraussetzungen des amtsanwaltlichen Aufbaues gar nicht zutreffen, daß ferner gar keine Festnahme erfolgte, sondern eine schwere Bedrohung und Körperverletzung, daß der Anklagevertreter diese Körperverletzung, wegen der doch auch Anklage vorliege, ganz vergessen habe und fragt schließlich: **Was würde denn geschehen, wenn etwa umgekehrt ein Fall vorläme und der Hund wirklich frei umherliefe und der Angreifer vielleicht eben dieser Bauer oder gar ein Handwerksbursche seien, welche einem Kurfremden eine Pistole mit den gleichen Worten vorhielten?** Dann müßte der Amtsanwalt nach seiner Auffassung Freisprechung beantragen, selbst wenn der Kurfremde infolge der Aufregung einen Herzschlag bekomme. Wenn dann Freisprechung erfolge, dann würde alle Welt rufen: Es gibt keine Gerechtigkeit. Das Urteil lautet auf 20 M. Geldstrafe. Was würde wohl der vom Nebenkläger angeführte Handwerksbursche erhalten haben?

Der neue Schapiro-Prozeß.

Darmstadt, 18. Juni. Die Stadt Mainz hat seit Frühjahr 1910 durch die Initiative unserer Genossen im Stadtparlament eine Polizeiassistentin. Solche an und für sich segensreiche Neuerung hatte naturgemäß bald ihre offenen und stillen Feinde, nicht zuletzt in Kreisen, die „Jugendfürsorge“ aus konfessionellen Nebenabsichten betreiben, und ganz besonders auch in jenen Zirkeln großer und kleiner Lebemänner, die sich bald in ihrer Jagdfreiheit bedroht sahen. Es kam zu Angriffen in der Stadtverordnetenversammlung, doch stellten sich diese als unberechtigt heraus. Nichtsdestoweniger entwickelte sich weiter eine starke Stimmung gegen die Polizeiassistentin Frau Dr. Schapiro wie auch gegen den Beigeordneten Berndt, dem das Polizeiwesen unterstand. Der dabei üppig ins Kraut schießende Klatsch wurde dem Herausgeber des „Neuesten Anzeiger“, H. Hirsch, zugetragen, der dann in einer Artikelserie die Amtsführung der Frau Schapiro und die Dienstaufsicht Berndts scharf angriff. Es wurde der Polizeiassistentin vorgeworfen, ihre Maßnahmen in sittenpolizeilicher Hinsicht seien nicht allein ungesetzlich, sondern hätten für viele Mädchen und deren Familien großes Unglück gebracht. Diese Beschuldigungen waren mit Spitzen gegen den Beigeordneten Berndt wegen dessen angeblich nicht einwandfreien Lebenswandel garniert. Auf die Strafanzeige der Beiden kam es am 19. September v. J. zu viertägiger Verhandlung vor der Strafkammer zu Mainz, die den Hirsch wegen Beleidigung des Berndt und der Schapiro zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte. In dem Urteil wurde festgestellt, daß nur zwei Fälle von Lockspitzeltum vorgekommen seien, in denen die Assistentin ungeschickt vorgegangen war, sonst hätten die Artikel das Ansehen beider Beleidigten in frivoler und gehässiger Weise geschädigt, ein Schutz des § 193 könne dem Angeklagten nicht zuteil werden, er selbst habe ja auch darauf verzichtet. Straferhöhend kam in Betracht die Schwere und Zahl der Angriffe, die Gehässigkeit, frivole Klatschsucht und Sensationslust, die auch eine Lockerung der Beamtendisziplin herbeigeführt, Ehre, Gesundheit und Ansehen beider Personen schwer geschädigt hätten. Dem Angeklagten kam zugute, daß er das, was ihm zugetragen, geglaubt habe. Da ein einheitlicher Entschluß zu beleidigen gegen beide Personen vorgelegen habe, sei nur auf eine Strafe zu erkennen. Auf die Revision des Verurteilten hat das Reichsgericht das Urteil aufgehoben. Die Annahme einer einheitlichen Handlung in den Beleidigungen wäre unstatthaft; auch die Frage der Wahrung berechtigter Interessen hätte der gesonderten Prüfung bedurft; weiter sei das erstinstanzliche Urteil in zwei Fällen (Kimbel und Wagner) als unmittelbar auf Rechtsirrtum beruhend zu beanstanden.

Zur nochmaligen Verhandlung wurde die Sache der Strafkammer in Darmstadt überwiesen, vor der heute eine Neuauflage des Prozesses, der schon soviel Staub aufgewirbelt hat, ihren Anfang nahm. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Nagel, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Bernhards, Vertreter der Nebenkläger Berndt und Schapiro sind die Mainzer Rechtsanwälte Cause, Pagenstecher und Löwinsberger, als Verteidiger fungieren Justizrat Bernstein-München und Dr. Bopp-Darmstadt. Seitens der Anklage sind 108 Zeugen, von der Verteidigung 79 geladen.

11. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Stuttgart, 17. Juni 1912.

Im großen Festsaal des Stuttgarter Gewerkschaftshauses begann heute die Generalversammlung unter Teilnahme von 126 Delegierten und der Vertreter des Vorstandes, der Redaktion, der Revisoren und des Ausschusses sowie von 3 Gauleitern. Vertreter der Bruderorganisation des Auslandes sind erschienen aus Oesterreich, Ungarn, der Schweiz, Frankreich, Dänemark, Schweden, Holland und England.

Verbandsvorsitzender Hübsch eröffnete mit einem herzlichen Willkommen die Generalversammlung, der er leider die traurige Mitteilung machen mußte, daß der Genosse Andersen, Vorstandsmitglied des dänischen Verbandes, auf dem Wege zur Generalversammlung plötzlich verstorben ist. Die Generalversammlung ehrte sein Andenken durch Erheben von den Plätzen.

Nach den üblichen Begrüßungsansprachen gab der Verbandsvorsitzende Hübsch den mündlichen

Geschäftsbericht.

Innerhalb der letzten zwei Jahre hat der Verband günstiger wirtschaften können als in der vorigen Geschäftsperiode, weil immerhin in einzelnen Zweigen der Industrie ein etwas günstigerer Geschäftsgang war. Das war in der letzten Zeit der Fall mit der Baumwollindustrie, während ein durchaus guter Geschäftsgang seit längerer Zeit in der Samtindustrie herrschte. Während der Vorstand in der vorigen Berichtsperiode einen Rückgang des Verbandes von 22 223 Mitgliedern vermelden mußte, kann er für die jetzige Geschäftszeit einen Aufschwung von 27 126 registrieren. Die gegenwärtige Mitgliederzahl beträgt 140 198, der höchste Stand, den der Verband jemals erreichte. Prozentual gegenüber der riesigen Gesamtzahl der Textilarbeiter ist die Organisation noch sehr schwach. Erfreulich ist, daß der Verband das 60. Tausend weiblicher Mitglieder überschritten hat und es den Anschein hat, daß die zahlreich vertretene weibliche Arbeitskraft allgemein sich aufzulehnen beginnt.

Zu den Schattenseiten der Entwickelung gehört die noch allzu starke Fluktuation im Verband. Hübsch berechnet aus den vereinnahmten Eintrittsgeldern, daß in der Berichtszeit 87 636 Mitglieder aufgenommen wurden. Daraus spricht zwar eine recht gute Agitation, aber auch die Tatsache, daß der Verband nicht die Möglichkeit hatte, alle Aufgenommenen zu halten. Der Verband müsse also auf Mittel und Wege zur Hemmung dieser Fluktuation sinnen.

Dem Verbande ist es bis jetzt gelungen, 3163 Mitglieder zu gewinnen, die in den Beitragsklassen der Jugendlichen zahlen. Hübsch erörterte die Mittel und Wege, die zur Aufklärung und Gewinnung der Jugendlichen angewendet wurden und fernerhin sich nötig machen. Zur Werbung von Mitgliedern im allgemeinen hat der Vorstand weniger mit großen Versammlungen und Flugblättern gearbeitet, sondern durch zweckentsprechendes Agitationsmaterial und durch Direktiven mit sachlichen Anleitungen an die Gau- und Ortsvorstände. Redner ging dann auf die Tätigkeit des im Hauptvorstande geschaffenen Tarifamtes ein, das den Zweck hat, Tarife aus den einzelnen Bezirken zu sammeln und übersichtlich zu ordnen, um an der Hand dieser Aufstellungen den einzelnen Orten, die in eine Bewegung eintreten wollen, Ratschläge erteilen zu können. Als ein sehr wirksames Propagandamittel wandte der Verband Branchenkonferenzen an. So habe z. B. die wohlvorbereitete Tucharbeiterkonferenz in Thüringen wirklich etwas erreicht. Es fanden weiter Konferenzen für die Plüsch- und Teppichweber und für die Posamentiere statt. In bezug auf Streiks und Lohnbewegungen hat der Verband in den letzten Jahren nicht ungünstig abgeschnitten. Redner nannte die auf die Bewegung bezüglichen Zahlen, die wir bereits zur Hauptsache im Vorbericht brachten. Im Laufe der letzten Geschäftsperiode hat der Verband fast mit sämtlichen Betrieben der Jutefabrikation im Kampfe gestanden.

Dann ging der Referent näher auf das Unterstützungswesen ein und wies nach, daß wider Erwarten die Arbeitslosenunterstützung mehr Aufwendungen für die Frauen als für die Männer erfordert. Dasselbe ist aber in noch viel stärkerem Maße bei der Krankenunterstützung der Fall. Dies ist eine Entwickelung, die den Verband ohne weiteres zwingt, sein besonderes Augenmerk darauf zu richten. Zum Schluß ging Hübsch auf Veränderungen in der Gaueinteilung und im Geschäftsführerwesen ein.

In der Nachmittagssitzung erstatteten der Hauptkassierer Zehms (die wichtigsten Zahlen siehe im Vorbericht), der Redakteur Wagener, der Ausschußvorsitzende Vetterlein und der Vertreter der Revisoren Niemetz-Berlin ihre Berichte.

Die darauf einsetzende Debatte wurde, nachdem vier Redner gesprochen, auf Dienstag vertagt.

Witterungsübersicht vom 18. Juni 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C. = 0°R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C. = 4°R.
Swinemde	761	WNW	3	wolkig	11	Haparanda	751	S	4	bedeckt	9
Hamburg	762	WSW	2	bedeckt	10	Petersburg	757	SSW	1	Nebel	13
Berlin	763	W	2	bedeckt	10	Scilly	763	WSW	4	bedeckt	13
Frankf. a. M	763	SW	4	Nebel	13	Aberdeen	756	SSO	3	Regen	10
München	766	W	5	bedeckt	15	Paris	766	SW	2	heiter	17
Wien	765	W	3	bedeckt	15						

Wetterprognose für Mittwoch, den 19. Juni 1912.

Kühl und vorwiegend trübe mit Regenfällen und ziemlich frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 17. 6. cm	seit 16. 6. cm[1])	Wasserstand	am 17. 6. cm	seit 1. 6. cm[1])
Memel, Tilsit	—	—	Saale, Grochlitz	71	+3
Pregel, Insterburg	−27	0	Havel, Spandau[2])	37	+5
Weichsel, Thorn	100	+12	„ Rathenow[2])	5	−5
Oder, Ratibor	166	−18	Spree, Spremberg[2])	140	−2
„ Krossen	171	+26	„ Beeskow	84	−2
„ Frankfurt	167	+14	Weser, Münden	124	+4
Warthe, Schrimm	52	+8	„ Minden	246	+26
„ Landsberg	16	+6	Rhein, Maximiliansau	628	+24
Netze, Bordamm	83	+5	„ Kaub	310	+41
Elbe, Leitmeritz	2	−13	„ Köln	264	+26
„ Dresden	−111	+7	Neckar, Heilbronn	80	+5
„ Berby	122	+30	Main, Hanau	122	0
„ Magdeburg	101	+27	Mosel, Trier	44	−7

[1]) + bedeutet Wachs, — Fall. — [2]) Unterpegel.

Bei Darmkatarrh, Magenverstimmung Santa Lucia Kraft-Rotwein Fl. 1.50 u. 2.00
Nachahmungen bitte zurückzuweisen.
Käuflich in Apotheken, Drogerien und Delikatessen-Geschäften.
Um sich vor Infektionskrankheiten zu schützen, trinken die Völker des Südens Wasser nicht ohne Zusatz von Wein. Daß das Volksbewußtsein richtig ist, haben unsere Gelehrten durch Versuche bestätigt. Durch Vermischen gleicher Teile gewöhnlichen Trinkwassers mit Wein wurde die Zahl der Infektionskeime zu ¾ vernichtet, nach kurzer Zeit sogar vollständig, so daß nach dem Bericht des Dr. Mfg. Wasser durch Weinzusatz absolut keimfrei wurde.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Görlitzer Viertel. Bezirk 208 I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Handelsmann

Karl Schultz

(Reichenberger Str. 91) gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Kirchhofe der Martha-Gemeinde in Ahrensfelde von der Halle aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

217/6 **Der Vorstand.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.

Am 15. Juni verstarb unser Mitglied, der Maurer

Heinrich Meier

(Bezirk Moabit).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 19. Juni, vormittags 10 Uhr, von der Halle des neuen St. Johannis-Kirchhofes in Plötzensee aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

140/4 **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Handlungsgehilfen.
Bezirk Groß-Berlin.

Am Montag, den 17. Juni, verstarb unser Kollege

Gustav Böttcher.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 20. Juni, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Lychener Straße 29 aus nach dem Kirchhof der St. Georgen-Gemeinde in Weißensee, Rölckestraße, statt.

Rege Beteiligung erwartet

292/12 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

Albert Galonsky

am 16. d. Mts. im Alter von 48 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. d. Mts., nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weißensee aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

64/16 **Die Bezirksverwaltung.**

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.

Durch den Tod ist uns einer unserer Mitkämpfer, der Kollege

Ludwig Bischof

Weißensee

(von der Kanalisation) entrissen worden. 34/13

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Bestattung findet heute Mittwoch, den 19. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Weißensee aus statt.

Die Ortsverwaltung.

Todesanzeige.

Am 17. d. Mts. starb nach langem schweren Leiden mein innig geliebter Mann, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der Schriftsetzer 192A

Emil Jüngling

im Alter von 46 Jahren.

Dies zeigen, um stille Teilnahme bittend, tiefbetrübt an

Hulda Jüngling, als Gattin,
Adolf, Emma, Berta Jüngling,
Geschwister.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. Juni, nachmittags 5 Uhr, vom Gemeinde-Friedhof in Weißensee aus statt.

Nachruf.

Hiermit allen Freunden und Bekannten zur Kenntnis, daß mein lieber Sohn, unser Bruder und Schwager, der Mechaniker

Wilhelm Teubler

am 9. Juni 1912 infolge Absturzes von der Dreitorspitze tödlich verunglückt ist.

Die Beerdigung fand, dem Wunsche des Verstorbenen gemäß, in Partenkirchen am 14. Juni statt.

Aug. Teubler, Witwe,
458A Charlottenburg.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Bezirk 25.

Nachruf.

Den Kameraden zur Nachricht, daß unser Mitglied

Gustav Papenfuß

am 9. d. M. verstorben und am 13. d. M. beerdigt worden ist.

Ehre seinem Andenken!

254/12 **Der Vorstand.**

Danksagung.

Für die zahlreiche Beteiligung und Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau

Emma Nickel

sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Wahlverein Lichtenberg, den Kollegen der Möbelfabrik Merkur, der Kontrollkommission des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Bezirk Oestliche Vororte, meinen herzlichsten Dank. 55A

Albert Nickel.

Dank.

Für die liebevolle Teilnahme beim Hinscheiden unseres geliebten, unvergeßlichen Sohnes, Bruders, Schwagers, Onkels und Cousins

Hermann Grimm

sagen wir allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank. Besonderen Dank Herrn Stadtverordneten Schulz für seine trostreichen Worte, dem Gesangverein „Harmonie" für die erhebenden Gesänge, als auch für den reichen Blumenschmuck. Gleichen Dank auch dem Sozialdemokratischen Wahlverein des dritten Berliner Reichstagswahlkreises für die letzte Widmung ihres Freundes und Genossen und zahlreiches Geleite zur letzten Ruhestätte.

Dir aber, teurer Entschlafener, rufen wir ein „Habe Dank" und „Ruhe sanft" in Deine stille Gruft nach.

Plauen i. Vogtl., 11. Juni 1912.

Rosa Richter geb. Grimm
im Namen aller Hinterbliebenen.

Danksagung.

Sage hiermit allen Teilnehmern bei der Beerdigung meiner lieben Frau

Minna Balzer

insbesondere meinen Kollegen und den Mitbewohnern des Hauses unseren herzlichsten Dank. 35A

Karl Balzer nebst Kindern.

Krankenkasse der Personen-Lohnfuhrwerks-Innung zu Berlin.

Bekanntmachung.

Am Donnerstag, den 27. d. M., abends 8 Uhr findet im „Prälaten", Wappensaal, Direksenstraße, Stadtbahnbogen 110, eine

Ordentl. General-Versammlung

der Delegierten statt. 276/11

Tagesordnung:

1. Abends 8 Uhr für die Arbeitnehmer: Neuwahl für ein ausgeschiedenes Vorstandsmitglied durch Arbeitnehmer.
2. Abends 8½ Uhr: a) Wahl der Rechnungsprüfungs-Kommission, b) Abnahme der Jahresrechnung für 1911.

Wahlberechtigt sind alle diejenigen, welche das 21. Lebensjahr vollendet haben oder für großjährig erklärt sind, sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und bei einem Innungsmitgliede beschäftigt sind.

J. A.: G. Rose, Vorsitzender.

Haben Sie Stoff?
ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zutaten von 25 Mark an. Moritz Laband,
Neue Promenade 8, II. (Stadth. Bäder.)

Zentralverband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Donnerstag, den 20. Juni, abends 8½ Uhr,
in der „Alhambra", Wallner-Theater-Straße 15:

Allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. „Staatshilfe und Selbsthilfe." Ref.: Genosse Dr. Rudolf Breitscheid.
2. Bekanntmachungen. 254/11*

An alle im Berliner Lohngebiet beschäftigten Verbandsmitglieder richten wir hiermit das Ersuchen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlungen

Bezirk Schöneberg.

Donnerstag, den 20. Juni, abends 8½ Uhr, in den Neuen Rathaus-Sälen, Martin-Luther-Str. 69.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Wendel über: „England, Land und Leute". 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Verbandsangelegenheiten.

Korbmacher!

Heute Mittwoch, den 19. Juni, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 4 (Arbeitslosensaal).

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu einer allgemeinen Korbmacherkonferenz. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Maschinenarbeiter.

Heute Mittwoch, den 19. Juni 1912, abends 8½ Uhr, in den Prachtsälen „Alt-Berlin", Blumenstraße 10:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Unfallgefahren in der Holzindustrie. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Sonntag, den 23. Juni 1912, vormittags 10 Uhr:

Eröffnungsfeier der Wander-Ausstellung

im Gewerkschaftshaus, Saal 1.

Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Kommission.**

Achtung!

Die Bibliothek wird im Juli zwecks Inventur geschlossen. Alle Bücher müssen bis zum 30. Juni eingeliefert werden.

85/9 **Die Ortsverwaltung.**

Konsumverein für Tegel und Umgegend.

Mittwoch, den 26. Juni, abends 8½ Uhr, in Trapps Festsälen (Inh. M. Gamm, Tegel), Bahnhofstr. 1:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über Grundstückserwerbung. 2. Vereinsangelegenheiten. 105/4

Der Aufsichtsrat des Konsumvereins für Tegel u. Umgegend.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
H. Barndt, Vorsitzender.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands

Sonntag, den 23. Juni 1912, vormittags 10 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses zu Berlin, Engelufer 15:

Kombinierte Mitglieder-Versammlung

folgender Zahlstellen:

Berlin, Charlottenburg, Friedrichshagen, Herzfelde, Kalkberge, Köpenick, Königswusterhausen, Körbiskrug, Nowawes, Oberschöneweide, Spandau, Velten.

Tagesordnung:

1. Ergänzungswahl des Verbandsvorstandes und der Preßkommission
2. Zusammenschluß der Zahlstellen zu einer Geschäftsstelle Groß-Berlin.
3. Verschiedenes. 145/17*

Mitgliedsbuch legitimiert.

Um starken Versammlungsbesuch wird gebeten. **Der Verbandsvorstand.**

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt. Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hochelegant. Genre z. äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Zahnarzt Freund, Neukölln, Boddinstr. 66.
Sprechzeit 8—8 abends. *
Schmerzlos. Zahnzieh., Plomb., Gebisse billig. Behandl. all. Kassenmitglieder. Unbem. u. Arbeitslose Beh. unentgeltl.

Technikum Hoppe, Mathieustraße 13.
Prospekte gratis. 204/15*

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis:	Verwaltungsstelle Berlin	Hauptbureau:
Hof I.	Charitéstraße 3.	Hof III.
Amt Norden, Nr. 1239.		Amt Norden, Nr. 1987.

Donnerstag, den 20. Juni 1912, abends 6½ Uhr:

Versammlung

der

Metallschleifer, Galvaniseure u. Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen

in den **Arminhallen,** Kommandantenstr. 58/59 (großer Saal).

Tagesordnung:

1. Jahresbericht. — 2. Neuwahl des Branchenvertreters und der gesamten Branchenkommission. — 3. Verbandsangelegenheiten u. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

119/8 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Gewerkschaftshaus. Bezirk Groß-Berlin. Engelufer 14/15 II.

Achtung! Achtung!

Kollegen Kutscher, Mitfahrer, Stallente u. Arbeiter aus den Bau- u. Arbeits-Fuhrwerksbetrieben v. Groß-Berlin!

Donnerstag, den 20. Juni 1912, abends 8½ Uhr, in der **Neuen Philharmonie,** Köpenickerstr. 96/97:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht der Lohnkommission über die stattgefundenen Verhandlungen mit den Vertretern der Fuhrherren.
2. Diskussion und Beschlußfassung. — 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

Das Verbandsmitgliedsbuch muß am Eingang des Saales zur Kontrolle vorgelegt werden.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt zur Versammlung.

64/17 **Die Branchenleitung.**

Vorwärts-Bibliothek

Eine Sammlung volkstümlicher Romane und Erzählungen

Soeben neu erschienen:

Band II

Der Ausweg

Erzählung von Ernst Preczang

Preis: gebunden 1 M.

Band I

Erweckt

Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger

Preis: gebunden 1,25 M.

Buchhandlung Vorwärts Lindenstraße 69 (Laden)

Schloßbräu-Flaschenbier
sehr erfrischend und durststillend, wohlschmeckend und außerordentlich bekömmlich
Die Qualität ist hervorragend!

Theater.

Mittwoch, den 19. Juni 1912.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Schauspielhaus. Der große König.
Prater. O diese Berliner.

Anfang 8 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Mignon.
Urania. Im Lande der Mitternachtssonne.
Komische Oper. Heiligenwald.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Kurfürstenoper. Der Tanzanwalt.
Neues. Der liebe Augustin.
Residenz. Alles für die Firma.
Berliner. Große Rosinen.
Schiller O. Nachruhm.
Schiller - Charlottenburg. Die Lokalbahn. Die Medaille.
Neues Operetten. Der Kongreß von Sevilla.
Thalia. Autoliebchen.
Kleines. Der Unverschämte. Der Arzt seiner Ehre. Der Herr mit der grünen Krawatte.
Metropol. Schwindelmeier u. Co.
Rose. Bilanzen des Lebens.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.

Anfang 8½ Uhr.

Lessing. Vergnügungsreise.
Neues Schauspielhaus. Parkettsitz Nr. 10.
Lustspielhaus. So'n Windhund.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Die keusche Susanne.
Folies Caprice. Parisiana-Ensemble
Walhalla. Um eine Krone.

Anfang 8.20 Uhr.

Luisen. Schwester Carmen.

Anfang 8½ Uhr.

Kammerspiele. Mein Freund Teddy.
Neues Volkstheater. Der Raub der Sabinerinnen.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.

* * *

Sternwarte, Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Nachruhm.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: **Hohe Politik.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Hohe Politik.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Die Lokalbahn.** Hierauf: **Die Medaille.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: **Das Konzert.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Das Konzert.**

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr: **Große Rosinen.**

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr: **Die 5 Frankfurter.**

Neues Theater.
Abends 8 Uhr: **Der liebe Augustin.** Operette von Leo Fall.

Theater des Westens
Abends 8 Uhr: **Die schöne Helena.**

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
8 Uhr: **Alles für die Firma.** Schwank in 3 Akten von R. Hennequin und G. Mitchell.
Morgen u. folgende Tage: **Alles für die Firma.**

Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Das Tagesgespräch Berlins!!!
10 große Attraktionen.
Raffayettes Wunderhunde.
Paul Beckers.
u. s. w.
Metropol-Theater.
Schwindelmeier & Comp.
Phantastisch musikalische Komödie in 3 Akten aus dem Englischen völlig frei bearbeitet von J. Freund. Musik von R. Nelson. U. a. Tänze v. W. Bishop. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz. Anfang 8 Uhr: Rauchen gestattet.

Königstadt-Kasino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstr.
Täglich: **Theater und Varieté.**
Anfang wochentags 8, Sonntags 5 Uhr. Vom 16. Juni bis 1. Juli: Erklass. Spezialitäten u. „Rosen a. d. Süden", gr. Operettenburleske

---

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr.
Bilanzen des Lebens.
Auf der Gartenbühne:
Zum 25. Male: Die große Revue: Juhu! Es ist erreicht.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 58.
Heute: **Elite-Tag.**
Die Tochter der Hexe
Tanz bei groß. Orchester
Kassenöffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluß neu: **Sanatorium Sonnenstich.**
Burleske von Meysel.
Anfang Wochent. 8, Sonntags 7½ Uhr.

Hagenbecks Indien-Berlin
Tempelhofer-Feld
Täglich: Große Vorstellungen
von 11 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends geöffnet.
Entree 50 Pf. Res. Sitzplätze: Loge 2 M., 1. Tribüne 1.50 M. 2. Tribüne 1 M.

ZOO
LOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr: **Großes Militär-Doppel-Konzert.**
Eintritt 1 M. von abends 6 Uhr ab 50 Pf.; Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Jahres-Abonnement an allen drei Schalterkassen.

IKLA
Intern. Kongreß Lebender Abnormitäten.
Die größte Ausstellung
lebender Naturwunder
von 10 bis 10 Uhr
in den Gesamträumen des
Passage-Panoptikums.
Eintritt, alles inkl. Kinder, Sold. 25 Pf. **50 Pf.**

Berliner Ulk-Trio
Adr.: Neukölln Lahnstr. 74 I.

LUNA PARK
30 Welt-Attraktionen 30
Kongo, Zwergstadt, Die alte Mühle, Johnstowns Untergang usw. usw.
Entree 50 Pf.
Kinder u. Zwergstdt. b. 6 U. frei.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich: Anfang 4½ Uhr.
O, diese Berliner!
Ausstatt.-Posse von Freund. Musik von Einödshofer.
Erstklassige Spezialitäten.
Konzert. × BALL.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße, z. Z. einziger Eispalast.
Angenehm kühl. Aufenthalt
Allabendlich: **„Yvonne."** Eisballett in 3 Bildern.
Bis 6 Uhr und von 10¾ Uhr abends halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges Wein- und Bier-Abteilung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Rosenthalerstraße 54 und Oranienstraße 126. 1569 K*

In Freien Stunden. Wochenschrift für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnements wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts" entgegen. Probehefte gratis.

Taschenbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

1000 neue Nähmaschinen. Prima Langschiff für Familie 55 Mark, Abzahlung 75 Mark ohne Anzahlung. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe Landsbergerstraße. 2057 K*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Matzstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288 K*

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Radfahrerkarten. Wir empfehlen Rad- und Auto-Fahrern Straubes Karte 1200 Quadrat-Meilen um Berlin. 2 Teile a 1,50 Mark. Nördliche Hälfte der Provinz Brandenburg reicht bis Stettin-Ueckermünde, südliche Hälfte bis Halle-Leipzig-Dresden-Görlitz. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden). *

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Extrabillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Sommerpaletots. Herrenhosen. Damenmäntel. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdecken. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Katz, Mulackstraße 14. *

Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus „Rosenthaler Tor", Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße kaufen. Anzüge von 9,00 Mark an; Paletots von 5,00 an; Damengarderobe, Betten, Wäsche, Gardinen, Portieren, Freischwinger, Bilder, Uhren, Gold-, Silberwaren, Fahrräder. Alles spottbillig. Anzüge werden verliehen. Sonntags geöffnet. Hohe Beleihung. 1561 K*

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Kinderwagen, Teilzahlung, Woche 1,—, Klappwagen, Riesenauswahl, spottbillig. Meisels, Warschauerstr. 80.

Leihhaus „Brunnen" und Verkaufsgeschäft. Betten, Stand 9,—, Brunnenstraße 118, Ecke Usedomstraße

Monatsanzüge, Paletots, großes Lager, jede Figur, kauft man am billigsten beim Fachmann; jede Aenderung nach Wunsch in eigener Werkstatt. 5 Prozent billiger für Vorwärtsleser. Fürstenzelt, Schneidermeister, Rosenthalerstraße 10.

Klappwagen, spottbillig, Kottbuserdamm 90. †27*

Meyer-Lexikon, 17 Bände 4. Auflage, Gelegenheitskauf, 20 Mark. Roland, Beuthstraße 17, Laden.

Singermaschine 12,00, tadellos. Landsbergerstraße 52/53, Portier.

Geschäftsverkäufe.

Seifengeschäft, große Wohnung, verkäuflich. Lippehnerstraße 13. 2007b*

Restauration für Polen zu verkaufen Langestraße 91. †140

Milchgeschäft, Existenz, verkauft Neukölln, Biebrichstraße 12, nahe Hermannplatz. †26

Milchgeschäft, gutgehend, krankheitshalber zu verkaufen. Agenten verbeten. Neukölln, Pannierstraße 56.

Restauration, für Parteigenossen passend, zu verkaufen. Berlin-Lichtenberg, Gürtelstraße 40. †10

Restaurant, Zahlstelle, passend für Parteigenossen, billig zu verkaufen wegen Krankheit der Frau. Engelufer 12. 21275

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Krutschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbel-Gelegenheitskäufe, gut gearbeitet, viele Gelegenheitsmöbel, welche bedeutend unterm Preis sind. Bücherspind 68,—, Schreibtisch 48,—, Bettstelle 33,—, Trumeau mit Stufe 34,—, Garnitur, Sofa, 2 Sessel, Sofa 45,—, Kleiderspind 46,—, Kücheneinrichtung 68,—. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 1626 K*

Ausnahme-Angebot in Küchen, nur moderne Ausführungen, zu nie gekannt billigen Preisen. Günstig für Verlobte. M. Hirschowitz, Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn. 1638Ik.

Möbel-Gelegenheits-Käufe spottbillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288,—, komplette Wohnzimmer 132,— bis 240,—, Chaselongue 24,—, Sofa 38,—, Trumeau 33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen 25,—. Riesenauswahl. Möbelspeicher Neue Königstraße 5/6, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Schlafzimmer 135,—, Eiche 288,—, Satin, Birken, Mahagoni, große Gelegenheit. Möbelspeicher Neue Königstraße 5—6. 249/2*

Möbel (diskret). Reelle, alte, gut renommierte Firma liefert Möbel unter Diskretion auf Teilzahlung. Aeltere Möbel werden gegen moderne Möbel eingetauscht. Zuzahlung in Raten. Postlagerkarte 12, Postamt 22. 1487Ik*

Metallbetten, zwei, modern, spottbillig verkäuflich Zossenerstr. 10, Hutgeschäft. 96/2*

Arbeiter-Wohnungseinrichtungen in großer Auswahl. Fünf Etagen. Einfach, gediegen und konkurrenzlos billig. Stube und Küche 195.00 an. Bequeme Teilzahlung nach Belieben des Käufers gern gestattet. Geringe Anzahlung. Trotzdem streng reelle Kassapreise und Zinsvergütung. Tischlermeister Rejewski, Badstraße 66. Zwei Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen. 98/10

Plüschdiwan 20 Mark, Kleiderschrank, Vertiko, nußbaum, 28,00, Bettstellen mit Matratze 9,00. Weinmeisterstraße 4, Hof parterre. 28/13

Musikinstrumente.

Pianinos und Flügel, gut erhaltene, gebrauchte, in Zahlung genommen, darunter Schiedmayer, Bechstein, Blüthner, Knake, Hellmundt von 250 Mark an. Schiedmayer, Pianofortefabrik, Potsdamerstraße 27B. 1632Ik

Pianinos, neue, gebrauchte, große Auswahl, solide Arbeit, bestes Material. Kulante Bedingungen. F. Manthey u. Co., Potsdamerstraße 31.

Pianino, hohes, kreuzseitig, 120,00 (eventuell Teilzahlung). Zander, Turmstraße 9, II. 98/14

Pianino, billig. Dawick, Langestraße 91. †140

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 1005Ik*

Fahrräder.

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a. Kein Laden. 1629Ik*

Fahrradindustrie, Charlottenburg, Bismarckstraße 62. Billigste Bezugsquelle, Arbeiter-Radfahrer 10 Prozent Rabatt. 1520Ik

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44. 1093Ik*

Fahrräder, Gelegenheitskäufe, Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße Ecke Rosenthalerstraße. 1562Ik*

Adlerherrenrad (Original), Glockenlager, wundervoll, 28,00, Damenfahrrad billig. Schrader, Weberstraße 42, Quergebäude. 98/11*

Adlerfahrrad 25,—, einmal gefahren, Freilaufrad. Kraus, Andreasstraße 54. 96/12

Kaufgesuche.

Platinabfälle, Silberabfälle, Rückstände, Zahngebisse, Quecksilber, Metalle höchstzahlend, Goldschmelze Rieper, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 2995Ik

Zahngebisse, Zahn bis 1,25 Mark, Goldsachen, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 224/17*

Platina, alte Goldsachen, Silber Gebisse, alte Uhren, Kehrgold, Goldwatten, Tressen, Quecksilber, sowie sämtliche gold-, silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Edelmetallschmelze Broh, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 6958. 1659Ik*

Platinabfälle, Gramm 5,65, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Auguststraße 19.

Höchstzahlend Zahngebisse, Goldsachen, Altertümer. Stankiewicz, Moabit, Kirchstraße 14. 28/18

Verschiedenes.

Jeschek-Ensemble, brillante Neuheiten. Gethsemanestraße 3. †100*

Kunststopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439Ik*

Gehrockanzüge verleiht, auch Frackanzüge, Smokinganzüge Landsbergerstraße 91a, eine Treppe. *

Eilt. Wer leiht Parteigenossen 800 Mark auf 2 Jahre? Sicherheit, gute Zinsen und Grundstück. Offerten „A. R." Postamt 113. †100

Neukölln. Saal, 150 Personen, zu Versammlungen, Festlichkeiten als Vereinszimmer empfiehlt Max Weigelt, Steinmetzstraße 93. †27

Vermietungen.

Restaurationsräume, groß und hell, modern ausgebaut, mit Vereinszimmer, sofort zu vermieten. Konzession und tadellose Einrichtung vorhanden. Näheres bei Binder, Forsterstraße 9. Telephon Moritzplatz 4451. *

Zimmer.

Möbliertes Zimmer Ritterstraße 124, Hof III links. 98/9

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Herrn bei Witwe Riecks, Senefelderstraße 27, Quergebäude II. 6 Uhr zu sprechen.

Mietsgesuche.

Möbliertes Zimmer sucht Herr, Nähe Warschauerstraße. Offerten mit Preisangabe W. 310 Vorwärts, Petersburger Platz. †56

Anständiger Mann sucht kleines möbliertes Zimmer, Nähe Bahnhof Börse. Offerten G. M. Vorwärts-Spedition, Auguststraße 50. †16

An die Parteidruckereien!

Der Faktor einer **Parteidruckerei** ist infolge geschäftlicher Dezentralisation gezwungen, sich anderweit eine passende Position zu suchen. Beste Zeugnisse und Referenzen zu Diensten. Gefl. Angebote erbeten unter **R. 1** an die Hauptexpedition des „Vorwärts", Berlin SW., Lindenstr. 69.
(Bitte ausschneiden und aufbewahren!) 2118Ik*

Achtung! Musiker. Achtung!

Im **„Gesellschaftshaus", Wilmersdorf, Wilhelmsaue 112,** Inh.: Franz Plagge, sind die Differenzen erledigt.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands
50/3 Ortsverwaltung Berlin.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"

Berlin C. A. Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
O. R. Hackelbusch, Petersburger Platz 4. **Gustav Vogel,** Koppenstraße 82. **R. Wengels,** Gr. Frankfurter Str. 120.
NO. L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12. **J. Neul,** Barnimstr. 42.
N. W. Baumann, Rheinsberger Str. 67. **F. Trapp,** Bastianstr. 6. **Karl Mars,** Greifenhagener Str. 27. **J. Hönisch,** Nazarethkirchstr. 49. **H. Vogel,** Lortzingstr. 37. **A. Tietz,** Invalidenstr. 124 **L. Dechand,** Ruheplatzstr. 24.
NW. Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
SW. H. Werner, Gneisenaustr 72. **Daehn,** Hagelberger Str. 27.
S. St. Fritz, Prinzenstr. 31. **F. Lehmann,** Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15 **P. Horsch,** Engelufer 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.
Baumschulenweg. H. Hornig, Marienthalerstr. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Räuschstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Sesenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Pielicke, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst. Richard Küter, Rödelstr. 9, II.
Köpenick. Emil Wißler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Seifert, Bartenbergstr. 1.
Nieder-Schöneweide. Gehrt, Britzer Str. 6.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelminenhofstr. 17 II.
Pankow. Otto Rißmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf. P. Gursch, Provinzstr. 56, Laden.
Rixdorf. M. Heinrich, Neckarstr. 2 **Conrad,** Hermannstr. 50. **E. Rohr,** Siegfriedstr. 28/29.
Rummelsburg. A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schöneberg. Wilhelm Bäumler, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Köppen, Breitestr. 64.
Steglitz. H. Bernsee, Albrechtstr. 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Borussiastr. 62.
Treptow. Robert Gramenz, Kiefholzstr. 412, Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. **Schikert,** König-Chaussee 30a.
Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmsaue 27.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Malergehilfe sucht Arbeit, auch Aushilfe, Bäckerei Butzeck, Halskestraße 38, Steglitz 838, Nebenanschluß. †147

Arbeiter sucht Beschäftigung gleich welcher Art. Kunze, O. 112, Eldenaerstraße 17 IV. 2126b

Kräftiger Mann, 35 Jahre alt, sucht Stellung jeder Art, in Schlosserarbeit bewandert. Postlagernd 100 O. K., Neukölln. †27

Stellenangebote.

Intelligente Arbeiter für neueste prima Feuerzeuge, Taschenlampen und Zigarettenetuis gesucht. Sofort dauernd gute Nebenerwerbsquelle. Näheres kostenlos. Reform-Industrie, Hann. Münden. 2134b

Tüchtigen Grundierer auf Goldleisten verlangt Max Leonhard, Weißensee, Lehderstraße 86. †132

Aenderinnen, tüchtig und erfahren, für französische, englische Damenkonfektion, zum sofortigen Eintritt sucht P. Guttmann, Tauentzienstraße 18a.

Künstliche Blumen. Lehrmädchen gegen monatliche Vergütung von 25 Mark sucht Schindelhauer, Alte Jakobstraße 156. 2128b*

Blusenstepperin verlangt Cuckel, Oderstraße 4. †

Straußfedern. Geübte Näherinnen und Krauserinnen finden dauernd lohnende Beschäftigung Stallschreiberstraße 24/25. 2069b*

Phantasiefedern. Geübte Arbeiterinnen werden in und außer dem Hause bei den höchsten Löhnen beschäftigt. Louis Fünkenstein u. Co., Dresdenerstraße 50/51. 95/18*

Lehrmädchen gegen sofortige Vergütung für Phantasiefedernfabrikation und Lager gesucht. Louis Fünkenstein u. Co., Dresdenerstraße 50/51.

Parteigenosse,
früh. Lehrer, Dissid., vielseit. begabt, schriftstell., journal. u. redakt. erfahr., anerkannt gut. Redner, Stenotypist, sucht für 1. Juli od. später geeignete Existenz. Offerten unter **M. 1** an die **Hauptexpedition des „Vorwärts".** 2081b*

Tüchtiger Ankerwickler
der mit allen Wickelarbeiten sowohl für Gleichstrom, wie für Drehstrom vertraut ist, zum sofortigen Antritt als Reparaturwickler für eine sächsische Maschinenfabrik gesucht. Offerten unter P. 1 an die Expedition des „Vorwärts". *

Hoher Nebenverdienst
für Zigarettenarbeiter durch Verkauf von **Zigaretten-Pergamentpapier.** Vertreter nach auswärts gesucht. Offerten **S. Jankoff, Pankow** bei Berlin, Granitstr. 6. 2124b

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntag, den 23. Juni, veranstaltet der Wahlverein bei Fritz Wilke, Sebastianstraße 39, ein Gartenfest. Billetts für Mitglieder a 20 Pf. sind bei den Bezirksführern und beim zweiten Kassierer, Genossen Felsmann, Ritterstr. 1, zu haben.
Der Vorstand.

Zossen. Donnerstag, den 20. Juni, abends 8½ Uhr, findet im Lokale von P. Kurzner unsere Wahlvereinsversammlung statt.
Der Vorstand.

Spandau. Heute, Mittwoch, den 19. Juni, abends 8½ Uhr, finden für Spandau die Abteilungsversammlungen in folgenden Lokalen statt: Erste Abteilung bei Madetzki, Bismarckstr. 8; zweite Abteilung bei E. Schubert, Kurstr. 21; dritte Abteilung bei G. Borchardt, Seeburger Str. 26. Tagesordnung in allen Versammlungen: 1. Jahresbericht der Abteilungsführer. 2. Neuwahl derselben und der Bezirksführer. 3. Vorschläge zur Besetzung des Vorstandes und der Kommissionen. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Altberliner Irrenhäuser.

Die ersten Nachrichten über die Berliner Irrenpflege reichen nur bis in den Anfang des 18. Jahrhunderts zurück. Damals wurden die Irren in dem an der Waisenbrücke belegenen allgemeinen Armenhause, dem Friedrichs-Hospitale, zusammen mit Armen und Waisenkindern verpflegt. Im Jahre 1711 verlegte die unter dem 3. April 1699 ernannte „Königliche Kommission des Armenwesens“ die Irren in das bei dem Dorotheen-Hospital vor dem Königstor befindliche Armen- und Krankenhaus, wo sie bis 1728 verblieben. Dann bezogen sie das dem Armenwesen zugefallene, zu einem Irren- und Arbeitshause umgebaute Haus in der Krausenstraße des ohne Erben gestorbenen Kaufmanns Ernst Gottlieb Faber. Auch arbeitsscheue, vagabondierende Personen wurden dorthin gebracht und namentlich zum Wollespinnen angehalten. Später kaufte man ein Haus auf dem Hintergrundstück an der Schützenstraße an, das aber bald abgebrochen wurde. Es entstand an derselben Stelle ein Garten mit einer Mauer. Zu beiden Seiten des Hofes waren sogenannte „Dollkästen“ für tobsüchtige Irren angelegt. Nach Zerstörung dieses Irrengefängnisses durch eine Feuersbrunst kamen die Insassen teils nach der Charité, teils nach dem Arbeitshause in der Königstadt. Es war damals schon die Erbauung eines eigenen neuen Irrenhauses auf der Wiese bei der Charité in Aussicht genommen. Eine Königliche Verordnung bestimmte jedoch den Ausbau des an der Waisenbrücke in der Wallstraße belegenen ehemaligen Splittgerberschen Zuckersiedereigebäudes zu einem Hospital, wodurch die Charité entlastet und ihr die Aufnahme sämtlicher Irren aus Berlin ermöglicht wurde. Im Jahre 1809 wurde die Königliche Kommission des Armenwesens aufgelöst, das Armenwesen ging auf die Stadtgemeinde über. Nach mehrjährigem Streite entschied der Kultusminister, daß gefährliche, unheilbare und arme Berliner Geisteskranke unentgeltlich in der Charité zu verpflegen und nur die harmlosen Kranken der Stadt zu überweisen seien. Dementsprechend bestimmte die Armendirektion, daß in das Hospital des städtischen Arbeitshauses nur „Blöde und Schwachsinnige gutmütiger Art“ aufgenommen werden sollen. Trotzdem war der Raummangel nach wie vor fürchterlich, eine eigentliche Irrenpflege, die ja heute so gewaltige Fortschritte gemacht hat, gänzlich ausgeschlossen. Zudem stand das Wissen der Irrenärzte auf einem äußerst niedrigen Niveau. In den vierziger Jahren entschied man sich dahin, das Schuldgefangenenhaus am Alexanderplatz mit weiblichen Irren zu belegen und das Arbeitshaus durch Fortnahme der geistesgesunden Hospitalisten zu entlasten, so daß also auch hier nur Irre blieben. Aber schon im Jahre 1859 erwies sich abermals eine Aenderung als notwendig. Sämtliche Geisteskranke sollten das Hospital Wallstraße 55, das von nun an „Städtische Irrenverpflegungsanstalt“ hieß, beziehen. In diesem für seinen neuen Zweck sehr wenig geeigneten ehemaligen Fabrikgebäude konnten aber nur 204 Kranke untergebracht werden. Es mußten deshalb 79 überzählige Patienten in der alten Irrenstation des Arbeitshauses bleiben. Den schwierigen Raumverhältnissen gesellten sich neue Geldstreitigkeiten zwischen Charité und Stadt hinzu. Die Zahl der polizeilichen Ueberweisungen wurde immer größer, und die Stadt weigerte sich, derartige Kranke in ihre für frische Fälle erst recht ungeeigneten Verpflegungsstationen aufzunehmen. Am 1. April 1863 genehmigten die Stadtverordneten, daß die früher von den Irren benutzten Räume des Arbeitshauses zu einer besonderen Anstalt für männliche Irre und Epileptiker eingerichtet würden, während die Anstalt in der Wallstraße nur für weibliche Irre dienen sollte. Auch das war bei dem rapiden Steigen der Zahl der Geisteskranken nur Stückwerk. Einigermaßen bessere Verhältnisse traten erst mit der Eröffnung der ersten städtischen Irrenanstalt in Dalldorf im Jahre 1881 ein, die damals als etwas Großartiges gerühmt wurde und bekanntlich heute schon wieder ein gänzlich veralteter Typ ist.

Die städtische Kunstdeputation tagte gestern unter Vorsitz des Oberbürgermeisters. Gegenstand der Tagesordnung war unter anderem der Ankauf von Gemälden bezw. die Erteilung von Ehrenpreisen in der Ausstellung der Sezession 1912. Die Stadt Berlin stellt für diesen Zweck bekanntlich sowohl für die Große Berliner Kunstausstellung wie die Sezession alljährlich eine Summe zur Verfügung. Die Bedingungen, welche die städtische Kunstdeputation hierfür ausgearbeitet hat, sind von den Vorständen der beiden Künstlervereinigungen angenommen worden. Demgemäß tritt in jedem Jahre eine von der Kunstdeputation ausgewählte Kommission zur Erfüllung obiger Zwecke zusammen. Der Kommission gehören an der Oberbürgermeister, der Bürgermeister, verschiedene Mitglieder der Kunstdeputation, die zum Teil dieser als Stadtverordnete, zum Teil als Bürgerdeputierte angehören; unter letzteren befinden sich Künstler, welche dem Vorstande der Sezession und dem der Großen Berliner Kunstausstellung angehören oder diesen Vereinigungen nahestehen.

Der Bürgermeister, der mit den beiden Vereinigungen den Tag für den Besuch der Kommission vereinbaren sollte, ließ bei der Sezession anfragen, ob dem Vorstande der Besuch der Kommission an einem bestimmten Tage angenehm sei. Darauf ist der Kunstdeputation von dem Vorstande der Sezession schriftlich mitgeteilt worden, daß ihm der Besuch der Kommission an dem betreffenden Tage sehr willkommen sei, daß es ihm jedoch unmöglich sei, den Bürgermeister Reicke nach den Vorgängen — diese sind durch die Erörterungen in der Presse bekannt — in ihren Räumen zu empfangen. Die Kunstdeputation hat daraufhin gestern beschlossen, dem Vorstand der Sezession zu antworten, daß sie den betreffenden Brief empfangen und von seinem Inhalt Kenntnis genommen habe, und daß sie es bedaure, daß es ihr danach zurzeit unmöglich sei, die Ausstellung zu besuchen und eine Auswahl wegen des Ankaufs oder der Erteilung von Preisen zu treffen.

Des weiteren berichtete Geheimer Baurat Hoffmann über eine Aenderung der Fahnen und Wappen der Stadt Berlin. Die Kunstdeputation ist vom Magistrat ersucht worden, hierzu sich gutachtlich zu äußern. Die Deputation hat den Maler Döblein beauftragt, ihr verschiedene Entwürfe anzufertigen. Diese lagen gestern vor und fanden im allgemeinen die Zustimmung der Kunstdeputation. Diese wird nunmehr beim Magistrat entsprechend berichten. Nach diesen Entwürfen ist in Aussicht genommen, die Fahne so einzuteilen, daß der breite weiße Mittelstreifen von zwei schmaleren roten Streifen eingefaßt wird. Ungefähr in der Mitte des weißen Feldes ist der Berliner Bär, über dem die Mauerkrone schwebt, in heraldischer Form angebracht. Schaudervoll, höchst schaudervoll!

Der Osthafen am Stralauer Anger, nahe der Oberbaumbrücke, geht seiner Vollendung entgegen. Die Speicher sind im Rohbau so weit vorgeschritten, daß ihre Fertigstellung und Abnahme im Herbst mit Sicherheit zu erwarten steht. Nunmehr soll noch ein großes Benzinlager mit einer Fassungskraft von einer Million Liter dort errichtet werden, darunter 6 Behälter mit je 60 000 Liter, 8 Behälter mit je 25 000 Liter und 22 Behälter mit je 20 000 Liter. Die Kosten für diese Anlage sind mit 445 000 M. vorgesehen. Bei der Anlage und Lagerung wird das bekannte System der Firma Martini u. Künecke, Hannover (Oelverschluß), zur Anwendung kommen.

Ein großes Straßenbahndepot für die städtischen Straßenbahnen soll nun auf dem städtischen Gelände an der Urbanstraße gegenüber dem Urbanhafen erbaut werden. Daß große, vom Planufer, der Urban- und Geibelstraße sowie der Straße Am Urban eingeschlossene Bauquartier soll zur besseren Ausnutzung ringsum mit Wohnhäusern und einem Dienstgebäude besetzt werden. Auf dem inneren Grundstück können nach Aufhebung der den Baublock durchschneidenden Straße 14B, Abt. II vier große Wagenhallen für 120 Wagen errichtet werden. Später können diese Hallen durch Aufsetzen von Geschossen nach Bedarf erweitert werden. Werkstätten usw. sind vorgesehen für kleinere Reparaturen, größere sollen im Depot in der Knipprodestraße ausgeführt werden. Die Baukosten sind mit 682 000 M. veranschlagt. Mit dem Bau soll möglichst bald begonnen werden, um die beschlossenen städtischen Straßenbahnen nach dem Dönhoffplatz usw. in Angriff nehmen zu können.

Ladenschluß an Sonn- und Festtagen.

Der Polizeipräsident gibt bekannt: „Es ist wie es scheint den hiesigen Geschäftsinhabern immer noch nicht genügend bekannt, daß nach der Entscheidung des Reichsgerichts vom 29. Juni 1905 an Sonn- und Festtagen die Käufer bis zum Ladenschluß der Verkaufsstellen bereits verlassen haben müssen und ein Ausbedienen der vor Ladenschluß eingetretenen Kundschaft nicht zulässig ist, und daß auch die Angestellten pünktlich zu entlassen und nicht etwa nach Ladenschluß noch mit Abrechnen, Aufräumen oder sonstwie beschäftigt werden dürfen. Die Geschäftsinhaber und deren Stellvertreter haben für pünktliche Innehaltung der zugelassenen Verkaufs- und Beschäftigungszeiten an Sonn- und Festtagen Sorge zu tragen. Die Exekutivbeamten sind neuerdings angewiesen worden, streng auf etwaige Zuwiderhandlungen zu achten und jede Uebertretung unnachsichtlich zur Anzeige zu bringen.

Der Gattenmörder Zinke hat von Leipzig aus an einen Bekannten in der Flottwellstraße und einen Gastwirt in Gransee Briefe gerichtet, in denen er seinen Entschluß kundgibt, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Seine Tat bereue er aufrichtig, obwohl er durch seine Frau maßlos gereizt worden sei.

Die Briefe sind in dem Bestellbezirk des Postamts 2 in Leipzig zwischen 8 und 9 Uhr aufgegeben worden. Die Polizei glaubt nicht recht an die Selbstmordabsichten des Zinke, ist vielmehr der Ansicht, daß er die Behörden absichtlich durch die Briefe irreführen will. Die Polizei fahndet deshalb auch weiter auf den Gattenmörder, der möglicherweise nach Berlin zurückgekehrt ist, und hat zu diesem Zweck 10 Kinematographentheater in ihren Dienst gestellt. In diesen wird durch den Film die reproduzierte Photographie des Zinke einem größeren Publikum vorgeführt werden. — Die Auffindung der Leiche eines etwa 80jährigen Mannes in den Anlagen von Grünau gab gestern abend zu dem Gerücht Anlaß, der Gattenmörder Zinke habe durch Selbstmord geendet. Es konnte aber bald festgestellt werden, daß der Tote mit dem gesuchten Mörder nicht identisch ist.

Auf der Straßenbahnlinie 8 (Grunewaldring) wird von jetzt ab dauernd in den Nachmittags- und Abendstunden ein Siebenminutenverkehr eingerichtet werden.

Das unvorsichtige Umgehen mit einer Schußwaffe hat wieder einmal Unheil angerichtet. In Hohen-Neuendorf benutzte gestern nachmittag ein Sohn des Zimmermeisters Böhm ein Teiching, um nach Kaninchen zu schießen. Unvorsichtig stellte er dann die Waffe, ohne sie zu entladen, so hin, daß sie jedermann zugänglich war. Sein jüngerer Bruder, ein Knabe von acht Jahren, nahm sie nun und hantierte damit in Gegenwart seiner elf Jahre alte Schwester Charlotte, weil er nicht wußte, daß sie geladen war. Plötzlich krachte ein Schuß und die Kugel traf das Mädchen in den Kopf. Die Unglückliche brach schwer verletzt zusammen. Ein Arzt in Hohen-Neuendorf legte ihr einen Notverband an und ließ sie dann nach Berlin in die Charité bringen.

Ein geisteskranker Mann erregte gestern abend auf dem Hackeschen Markt großes Aufsehen, indem er sich in einem Tobsuchtsanfall die Kleider zerriß und vom Leibe zog. Der Unglückliche wurde festgestellt als ein 30 Jahre alter Gustav Nitschke aus Salzbrunn. Die Polizei brachte ihn nach Herzberge. Wo er gewohnt hat, ist noch nicht bekannt.

In der Maske eines Juristen tritt ein Paletotdieb auf, der es auf die Pensionate abgesehen zu haben scheint. Zuletzt erschien er, um ein Zimmer zu mieten, in einem Pensionat im Zentrum der Stadt und spiegelte den Leuten vor, daß er nach Berlin gekommen sei, um das Assessor- oder Referendarexamen zu machen. Sobald sich ihm eine Gelegenheit bot, verschwand er wieder und nahm den Ueberzieher eines anderen Gastes mit. Der „Spezialist“, vor dem gewarnt sei, ist etwa 22—23 Jahre alt, mittelgroß und schlank und hat dunkelblondes Haar, das er gescheitelt trägt, einen kleinen dunkelblonden Schnurrbart, ein frisches gebräuntes Gesicht und eine Stulpnase.

Trübe Sittenbilder wurden gestern in einer Verhandlung vor dem Kriegsgericht der königlichen Kommandantur entrollt. Unter der Anklage der Zuhälterei hatte sich der Matrose Kehmer zu verantworten. Einige Zeit vor seiner Einstellung zur Marine lernte der Angeklagte in einer Gastwirtschaft mit Damenbedienung in der Linienstraße die Kellnerin Lina Schmidt kennen. Da die Sch. der gewerbsmäßigen Unzucht nachging, legte die Anklage ihm zur Last, dies in eigennützigem Interesse ausgenutzt zu haben. Die als Zeugin vernommene Schmidt bekundete, sie habe längere Zeit hindurch dem Angeklagten fast täglich zwei, drei und auch fünf Mark gegeben. K. pflegte in einem Bouillonkeller zu sitzen und dort das Geld durchzubringen. Es kam auch vor, daß der Angeklagte die Sch. schlug. In einem anderen Falle beobachtete der Matrose die Geliebte am Arme eines anderen jungen Mannes. Er ging mit mehreren Bekannten auf die beiden zu und der Begleiter wurde nun mit Gummischläuchen bearbeitet, während die Sch. die Flucht ergriff. Als das Mädchen dann im Krankenhaus lag, ging der Angeklagte mit einer anderen, und man schrieb ihr nach dem Krankenhaus, K. bekomme jetzt 15 Mark und mehr. Später verfolgte er sie dann wieder auf Schritt und Tritt und eines Abends habe sie in der Wut Sittenbeamte auf den Angeklagten aufmerksam gemacht. Nachher habe es ihr aber wieder leid getan. Der Vertreter der Anklage war der Ansicht, daß derartige weiße Sklavenhalter nicht hart genug bestraft werden könnten; er beantrage sieben Monate Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Das Gericht gelangte jedoch zu einem freisprechenden Urteil, weil die Schuld nicht voll und ganz im Sinne des Gesetzes nachgewiesen sei.

Gram über den Tod seiner Geliebten hat den 25 Jahre alten aus Neu-Lewin gebürtigen Friseur Emil Olm zu einem Selbstmordversuch veranlaßt. Der junge Mann, der seit Oktober v. J. in der Neuen Grünstraße wohnte und in der Friedrichstraße beschäftigt war, hatte acht Wochen lang ein Verhältnis mit einer Verkäuferin. Dann starb das Mädchen an den Folgen einer Operation in einem hiesigen Krankenhause. Olm konnte den Verlust nicht verwinden. Nachdem er schon wiederholt Selbstmordgedanken geäußert hatte, schoß er sich in der vergangenen Nacht in einem Hotel in der Invalidenstraße eine Revolverkugel in die rechte Schläfe. Schwerverletzt wurde der Verzweifelte nach der Charité gebracht.

Wer sind die Toten? Am 14. Juni cr. wurde im Kanal vor Stadtschleuse 9 die Leiche einer 20 bis 30 Jahre alten Frau gelandet, deren Identität bisher noch nicht festgestellt werden konnte. Die Tote, die 1,60 bis 1,65 Meter groß ist und dunkelblondes Haar hat, war bekleidet mit grünrotgestreifter Bluse, grauem Rock, braunen Strümpfen und trug goldene Ohrringe. Die Leiche hat anscheinend 10—14 Tage im Wasser gelegen und befindet sich im Schauhause. Nachrichten zwecks Rekognoszierung der Leiche erbittet die Kriminalpolizei Berlin zu 2387 IV. 55. 12, auch nimmt zweckdienliche Mitteilungen jedes Polizeirevier entgegen.

Am 13. Juni cr. wurde am Neuen Krug bei Wilhelmshagen die Leiche einer 45—48 Jahre alten Frau gelandet, deren Identität bisher noch nicht festgestellt ist. Die Tote, die 1,50—1,54 Meter groß ist und dunkelblondes Haar hat, war bekleidet mit schwarzer wollener Weste, gelber Bluse, weißem Hemd; weißgrauem Korsett, schwarzen Knöpfschuhen, schwarzen Strümpfen, schwarzem Rock und trug eine goldene Brosche und Ohrringe (Knopf), ferner führte sie ein weißes Taschentuch, gezeichnet W. E. und ein Portemonnaie mit 62 Pfennig Inhalt bei sich. Die Leiche hat anscheinend acht bis zehn Tage im Wasser gelegen und befindet sich im Neuen Krug bei Wilhelmshagen. Nachrichten zwecks Rekognoszierung der Leiche erbittet die Kriminalpolizei Berlin zu 2386 IV. 7. 12, auch nimmt zweckdienliche Mitteilungen jedes Polizeirevier entgegen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. In Abwesenheit der beiden Vorsteher leitete der Aelteste, Stadtv. Salinger, die Versammlung. Stadtv. Peine (Lib. Frakt.) referierte über den Jahresbericht. Redner betonte, der Bericht könne gerade nicht als erfreulich bezeichnet werden, denn die Umsatzsteuer erscheine mit einem Minus von 422 000 M, während an Polizeikosten 160 000 M. mehr verbucht werden mußten. Auch in den übrigen Verwaltungen seien größtenteils Mehrausgaben zu verzeichnen, die infolge der allgemeinen Teuerung entstanden sind. — Stadtv. Linicus (Hausbes. Frakt.) betonte, daß der Magistrat und die jetzige Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung, die Liberale Fraktion, einen großen Teil Schuld an dem ungünstigen Stande der Finanzen trage. Wenn die Baugesellschaften hinaus gegrault würden, so daß vollständig baureifes Gelände liegen bleibe, und der Stadt große Einnahmen dadurch verloren gehen, so sei dies kein gesunder Zustand. Der Magistrat sollte sein Augenmerk mehr auf Belebung der Bautätigkeit richten. — Kämmerer Machowicz betonte, daß es einzelnen Direktoren von Baugesellschaften ein Vergnügen zu bereiten scheine, inmitten eines Häusermeeres baureifes Gelände ruhen zu lassen und dadurch eine Verteuerung der Mieten ins maßlose herbeizuführen. Der Haus- und Grundbesitzerverein habe auch petitioniert, der Erschließung des Südgeländes nicht stattzugeben, das sei keine gesunde Politik. — Mit der Viktoria-Fortbildungs- und Fachschule in Berlin ist ein Vertrag abgeschlossen über die versuchsweise Einrichtung einer hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule, deren Besuch keinem Zwang unterliegt. Sollten die Ausgaben durch das Schulgeld nicht gedeckt werden, dann wäre die Stadt bereit, die Differenz zu tragen, jedoch mit der Einschränkung, daß die Stadt für einen Kursus insgesamt nicht mehr als 4700 M. zuzahlt. Die Zahl der Schülerinnen hat den Erwartungen nicht entsprochen, so daß eine Mehrausgabe von 500 M. entstanden ist. Für die staatlich anerkannten höheren Mädchenschulen soll die Bezeichnung „Lyzeum“ gewählt werden. Genosse Bernstein warnte vor der Sucht nach hochklingenden Namen, dies trage nur dazu bei, diese Schulen immer mehr als Standesschulen hervorzuheben, während eigentlich das Bestreben nach der Einheitsschule gerichtet sein solle. Die Sozialdemokratie sei keine Gegnerin der höheren Schulen, nur gegen das heutige System laufe sie Sturm. — Die Namenumänderung in Chamisso-, Fontane-, Uhland- und Rückert-Lyzeum wurde angenommen. — Der Armenetat ist infolge von Ueberführungs-, Entbindungs-, Heil-, Verpflegungs- sowie Bekleidungskosten um 38 000 M. überschritten worden. — Genosse Mohs wies darauf hin, daß die Diphtherie-Erkrankungen noch nicht erloschen sind, der eigentliche Krankheitsherd sei bis jetzt noch nicht gefunden worden. Wünschenswert wäre, daß sich die Desinfektion nicht nur auf eine Klasse beschränke, sondern auf die ganze Schule ausgedehnt werde. — Stadtrat Dr. Rabnow betonte, daß alle wissenschaftlichen und praktischen Erfahrungen in Anwendung gebracht worden seien, um der Krankheit Herr zu werden. Es ist ein großer Irrtum, wenn behauptet wird, daß eine starke Diphtherieepidemie vorhanden sei. Die Zahl der Erkrankungen sei nicht größer als in anderen Städten. Unter 14 000 Schulkindern seien zwei Erkrankungsfälle zu verzeichnen gewesen, deshalb lasse die Aufsichtsbehörde eine Schließung der Klassen nicht zu. — Für die Erweiterung der Stadtgärtnerei im Südostgelände wurden 21 000 M. bewilligt. Der Entwurf betr. Neubau einer höheren Mädchenschule am Stadtpark wurde einem Ausschuß überwiesen, dem die Genossen Bäumler, Küter und Peterson angehören.

Neukölln.

Eine Liebestragödie hat sich gestern nachmittag in dem Hause Reuterstr. 12 abgespielt. Dort vergiftete sich der 26jährige Schriftsetzer Richard Griez mitsamt seiner Braut, der gleichaltrigen Margarete Weidmann, mit Leuchtgas. Beide wurden in sehr bedenklichem Zustand nach dem Krankenhause Buckow gebracht. Das Motiv zu der Verzweiflungstat soll in dauernder Arbeitslosigkeit des Griez zu suchen sein. G. hatte vor längerer Zeit seine Stellung verloren und seitdem vergeblich versucht, wieder Beschäftigung zu erhalten. Er kam schließlich mit seiner Braut dahin überein, gemeinsam in den Tod zu gehen. Gestern nachmittag nahmen die Nachbarn einen starken Gasgeruch auf dem Flur wahr. Nichts Gutes ahnend, benachrichtigte man die Polizei, die die Tür zur Wohnung des G. gewaltsam öffnen ließ. Im Wohnzimmer fand man dann das Paar in völlig leblosem Zustande auf. Die beiden Gashähne waren geöffnet. Nachdem die giftigen Gase Abzug erhalten hatten, traten die Samariter der Feuerwehr, die man inzwischen herbeigerufen hatte, in Tätigkeit. Erst nach fast einstündiger Tätigkeit gelang es ihnen mit Hilfe des Sauerstoffapparats, die Vergifteten wieder ins Leben zurückzurufen. Sie wurden sodann

nach dem städtischen Krankenhause in Buckow übergeführt, wo sie äußerst bedenklich daniederliegen.

Friedrichsfelde.

Der Bericht der Schulärzte für das abgelaufene dritte Geschäftsjahr liegt nunmehr vor. Der Ortsteil Friedrichsfelde hat zwei Schulärzte, der Ortsteil Karlshorst einen. Leider sind die Berichte der einzelnen Aerzte so verschiedenartig zusammengestellt, daß sich ein einheitliches Bild aus ihnen nicht gewinnen läßt. Während in dem einen Bericht die Krankheitsarten sowie Krankheitsfälle einzeln aufgeführt werden, gibt der andere nur einen summarischen Ueberblick. Beschämend für die Schulverwaltung ist es, wenn der eine Schularzt als Entschuldigung für die Unübersichtlichkeit folgendes sagen muß: „Da die Schüler auch im Berichtsjahre wieder vielfach von einer Schule in die andere übersiedelten — so wurde z. B. eine Klasse infolge Erkrankung einer Lehrerin mehrere Monate von der 3. in die 4. Schule verlegt —, so ließ sich auch diesmal eine Trennung des Schülermaterials nach Schulen nicht durchführen. Ich ziehe es deshalb vor, über meine Erfahrungen am Gesamtmaterial zu berichten." Nach diesem Gesamtüberblick befanden sich 38 Kinder (im Vorjahre 35) in ärztlicher Kontrolle. An Tuberkulose kamen zwei neue Fälle hinzu. Von Infektionskrankheiten traten Masern wieder recht häufig auf. Scharlach kam nur vereinzelt vor. Einmal konnte der Arzt bei einer Klassenrevision einen von den Eltern übersehenen schon in der zweiten Krankheitswoche befindlichen Scharlachanfall entdecken und die schleunige Entfernung des Kindes aus der Schule sowie Desinfektion des Klassenzimmers veranlassen. Sonderbarerweise erkrankte kein Kind derselben Klasse, obwohl nachher noch die erwachsene Schwester des erkrankten Kindes angesteckt wurde. Die Kinder werden in drei Gesundheitsklassen eingeteilt. In Klasse III (schlecht) rangieren alle Fälle von Tuberkulose, schweren chronischen Krankheiten — wie Nierenleiden, Herzfehler usw. — Muskellähmungen, schwere Verkrümmungen der Wirbelsäule, schwere Blutarmut und schwere Skrofulose. Fernerhin alle Kinder, deren geistige Fähigkeit deutlich herabgesetzt ist. Unter II (mittel) rangieren die Kinder mit allgemeiner Schwächlichkeit, leichter Blutarmut, leichter Skrofulose, leichtem Herzfehler, chronischem Hautausschlag, leichter Mittelohreiterung, leichter Verkrümmung der Wirbelsäule und der langen Röhrenknochen usw. Da eine statistische Zusammenstellung aller Schulen aus den eingangs erörterten Gründen nicht möglich ist, lassen wir nur die statistischen Ergebnisse der 1. Gemeindeschule folgen.

Von 695 Schülern erhielten Note III 22 Kinder, Note II 127 und Note I 546 Kinder.

Von den festgestellten Krankheiten entfielen auf Blutarmut 57, Skrofulose 21, Lungenkatarrh 3, Herzfehler 2, Verkrümmung der Wirbelsäule 14, Lähmungen 7, Hauterkrankung 4, Bruchleiden 10, Stottern 4, Nervenerkrankung 2, Ohrenerkrankung 7, Kurzsichtigkeit 12, Augenerkrankung anderer Art 13, Diphterie 5, Scharlach 19, geistige Minderwertigkeit 11 Fälle. An leichter Skrofulose und leichter Blutarmut leiden zusammen 78 Kinder. Wie in dem Bericht betont wird, stammt ein großer Teil dieser Kinder von Eltern, die selbst blutarm sind. Es handelt sich dabei um eine vererbte allgemeine krankhafte Konstitution, gegen die therapeutisch sich am allerwenigsten erreichen läßt. Ferner sind darunter eine Reihe von Kindern mit schlechter Verdauung, dauernder Appetitlosigkeit und vor allem mit mangelhafter, sowie unzweckmäßiger Ernährung. Bei der Unterernährung infolge Armut der Eltern könne, so betont der Bericht, ja durch Milchgewährung in der Schule etwas abgeholfen werden, aber es reichten die Mittel lange nicht aus, um statistisch danach eine Besserung nachzuweisen.

Auffallend bei allen Berichten ist die große Zahl der Rückgratsverkrümmungen — Skoliose —. 10—12 Proz. aller Kinder leiden an Erkrankungen der Wirbelsäule. Als Folge dieser ärztlichen Feststellungen wurde von der Gemeinde seit Sommer 1911 vorläufig in der Mädchenschule orthopädischer Unterricht eingeführt. Ueber den Wert des orthopädischen Turnens spricht sich der Schularzt Dr. Criwitz folgendermaßen aus:

Das orthopädische Turnen in der IV. Volksschule wurde von mir dreimal inspiziert. Es wurden nicht nur Kinder mit ausgebildeten Rückgratsverkrümmungen, sondern auch einige mit ungewöhnlich schlechter Körperhaltung überwiesen. Bei diesen letzteren war die Kräftigung der Rückenmuskulatur von brillanter Wirkung auf die Körperhaltung; auch in einem Falle ausgebildeter Verkrümmung konnte der Arzt bei Nachuntersuchung normale Verhältnisse zu meiner Freude feststellen. Ich möchte wünschen, daß das orthopädische Turnen weiter ausgebaut wird.

Als vor nunmehr 8 Jahren Genosse Pinseler die Forderung erhob, Schulärzte anzustellen, wurde ihm lachend erwidert, die Schularztfrage wäre eine Modekrankheit. Dadurch würde nur den faulen Müttern die Sorge für ihre Kinder abgenommen. Diesen Einwurf erhob nicht etwa ein ungebildeter Mensch, sondern der Apotheker Roth, weiland Gemeinde-Vertreter, unter Assistenz des früheren Gemeindevorstehers Löchert. Die Sozialdemokraten haben unbeirrt die Einführung dieser „Modekrankheit" weiter gefordert und 4 Jahre später ihr Ziel erreicht. Würden die damaligen Gegner angesichts des Materials der Schulärzte auch jetzt noch wagen, diese Institution mit derartigen Argumenten zu bekämpfen? Es zeigt sich auch hier wieder, daß ohne Sozialdemokraten kein sozialer Fortschritt denkbar ist.

Spandau.

Ueber Schule, Kaserne und Presse referierte in der letzten außerordentlichen Generalversammlung des Wahlvereins Genosse Emil Unger. Die Ausführungen des Redners fanden lebhaften Beifall. Hierauf nahm die Versammlung Stellung zum Statutenentwurf des Verbandes der Provinz Brandenburg. Derselbe wurde mit einigen Zusatzanträgen angenommen. Ueber die an den Vorstand gestellten Anträge konnte der vorgerückten Zeit wegen nicht mehr verhandelt werden. Genosse Seior bemängelte noch den schlechten Besuch der Versammlung und ersuchte die Genossen, mehr als bisher ihre Teilnahme am Parteileben zu bekunden.

Potsdam.

Der Ordnung und Sicherheit gefährdende Kinderfackelzug. Der Verband der Bauarbeiter, Zahlstelle Potsdam, feierte am Sonntag ein Sommerfest in Bornim. Zu diesem Sommerfest war von dem Gastwirt Woywodt in Bornim ein Kinderfackelzug bei dem Amtsvorsteher von Bornstedt nachgesucht worden, der sich außerhalb des Lokals bis zum Ende der Mittelstraße, woselbst das Lokal steht, und wieder herunterbewegen sollte. Es handelt sich also um eine Strecke von nur drei Minuten. Dieser Fackelzug ist aus ordnungs- und sicherheitspolizeilichen Rücksichten nicht genehmigt worden. Hätten die Bauarbeiter Kaisers Geburtstag gefeiert, dann wäre ihnen jedenfalls ein Umzug durch das ganze Dorf erlaubt worden.

Aus der Frauenbewegung.

Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation.

Gegen den auch von uns kurz skizzierten Aufruf des Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation wendet sich eine Erklärung des Bundes deutscher Frauenvereine, die die „unwahren und entstellenden Behauptungen" ihrer Gegner kurz widerlegt: Die Frauenbewegung erstrebt nicht eine schematische Gleichstellung von Mann und Frau, sondern fordert eine neue Verteilung der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Arbeit unter die Geschlechter. Zu den neuen Aufgaben gehört auch die Betätigung im öffentlichen Leben und in den politischen Körperschaften. Allein in Deutschland sind im Laufe von 1½ Jahrzehnten bereits 12 000 Frauen ehrenamtlich und beruflich in der Kommunalverwaltung eingetreten und arbeiten dort unter voller Anerkennung der zuständigen Persönlichkeiten. Die Tatsache, daß unter 9½ Millionen deutschen Frauen 3 Millionen Ehefrauen hauptberuflich erwerbstätig sind, macht es vollkommen unmöglich, die weibliche Berufstätigkeit auf „ledige Frauen" in traditionell „weiblichen Berufen" einschränken zu wollen. Der gemeinsame Unterricht in Amerika hat nicht „schon ziemlich abgewirtschaftet". Im Jahre 1907/08 bestanden in den Vereinigten Staaten 33 öffentliche höhere Schulen allein für Knaben, 23 allein für Mädchen, 8304 gemeinsame. Der letzte offizielle Bericht (für das Jahr 1910) nennt 34 öffentliche höhere Knabenschulen, 26 öffentliche höhere Mädchenschulen und 10 153 gemeinsame Schulen. Die getrennten Schulen haben sich um 4 vermehrt, die gemeinsamen um 1249, prozentual ausgedrückt: die getrennten Schulen haben sich um 7 Proz., die gemeinsamen um 14 Proz. vermehrt.

Die Frauenbewegung lockert nicht die Ehe, verwirrt nicht die Begriffe von Zucht und Sitte, sondern kämpft entschieden für die Reinheit der Ehe und der sexuellen Sittlichkeit. Sie erhebt den Anspruch, echt nationalen und weiblichen Geist zu pflegen, indem sie die Frauen befähigt, für den wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Aufstieg ihres Volkes nicht als eine lastende Bürde, sondern eine schaffende Kraft zu sein. Und sie hat erfahren, daß man für diese Auffassung der nationalen Pflicht der Frau überall dort Verständnis hat, wo man in der Frau die Gefährtin und Mitarbeiterin des Mannes und nicht seine Nebenbuhlerin sehen will.

Die Erklärung der Frauenvereine schließt damit, daß sie auch nicht die nationale Zersplitterung fürchten wollen. „Dagegen können wir nicht umhin, angesichts des Vorgehens unserer Gegner darauf hinzuweisen, daß politische und soziale Gegensätze durch nichts so hervorgerufen und verschärft werden wie durch die bewußte Verkennung und Verschleierung tatsächlicher Notstände, durch skrupelloses Aburteilen auf Grund völlig unzureichender Sachkenntnis, und durch die entstellende, ungerechte Herabsetzung der ernsthaften und mühevollen Arbeit einer ganzen Volksschicht, die sich für ihre zeitgemäßen Pflichten tüchtig machen will."

Frau Bozena Vik-Kuneticky ist, wie im politischen Teil bereits gemeldet, bei der Stichwahl am 13. Juni zum Landtagsabgeordneten für Nimburg-Jungbunzlau gewählt worden. Von 3243 Wahlberechtigten haben 1248 ihre Stimmen abgegeben, davon entfielen 1141 auf Frau Kunetizky. Diese erste Wahl einer Frau in den böhmischen Landtag verdient zweifellos große Beachtung.

Bedauerlich ist nur, daß der böhmische Landtag seit langem verhandlungsunfähig ist — durch den unseligen Nationalitätenstreit —, so daß er kaum in die Lage kommen dürfte, zur Wahl einer Frau Stellung zu nehmen. Aber sicherlich wird die Tatsache, daß vorwiegend männliche Wähler die Kandidatur einer Frau ernst genommen haben, dazu beitragen, der Sache des Frauenwahlrechts in Oesterreich vorwärts zu helfen. Zu einer Ausübung des Mandats wird es überhaupt nicht kommen, da die Bestätigung der Wahl durch den böhmischen Statthalter verweigert werden wird.

Leseabende.

Wilmersdorf. Am Donnerstag, den 20. Juni, abends 8½ Uhr, bei Schimming, Lauenburger Straße 20/21. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag und wichtige Vereinsangelegenheiten. Beiträge werden entgegengenommen.

Aus aller Welt.

„Zur Beeinflussung der Kritik".

Unlängst sahen wir mit fröhlichen Augen Bilder aus dem Nichtfamilienleben jenes Reichsverbandes, der eigentlich doch gegründet ist, um das Familienleben gegen die Sozialdemokratie zu verteidigen. Aber die geheimnisvoll lockende Gestalt, die sich Edith nannte, hat sicher einen größeren Reiz auf die Menschheit ausgeübt, als alle Reichsverbändler zusammen. Schließlich gehört zu jedem tapferen Kriegsheer auch die Marketenderin.

Heute können wir ein anderes Bildchen aus dem Familienleben des Reichsverbandes zeichnen. Diesmal ist der Held der Geschichte nicht ein untergeordneter Werber. Auch handelt es sich nicht um Vorschüsse, die genommen, sondern die angeboten werden; und nicht irdische Minne entblößt ihre Gewalten, sondern die himmlische Muse leiht sich die Fittiche des Reichsverbandes, der als Reichsverband zur Erzielung literarischen Ruhms, als Reichslyrikverband erscheint und diesen idealen Zwecken seine Feierstunden weiht.

Vor uns liegt ein Brief, der am Kopf das Datum des 10. April 1912, den Vermerk „Vertraulich" und den Namen zeigt: Dr. Ludwig. Zweiter Hauptgeschäftsführer des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie." Es wäre grausam, wenn wir nicht zur Bekämpfung der Sozialdemokratie unsere Dienste leihen und die Bekämpften ins Vertrauen ziehen würden.

Der Brief ist an eine Verlagsgesellschaft gerichtet und hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Verlag!

Hierdurch wende ich mich an Sie mit der Anfrage, ob Sie geneigt sein würden, einen Band Gedichte zu verlegen, der zum Verfasser eine der bekanntesten österreichischen Schriftstellerinnen, Frau Else Kastner-Michalitschke aus Wien, hat. Diese Dame ist mit meiner Gattin persönlich befreundet, und ich möchte deshalb einen Schritt tun, um ihr den Weg vielleicht etwas zu ebnen. Ich weiß sehr wohl, daß die Herausgabe von selbst guten Gedichten heutzutage kein lukratives Geschäft ist. Da es aber aus verschiedenen Gründen erwünscht ist, daß ein neuer Band Gedichte aus ihrer Feder erscheint, schlage ich Ihnen einen Weg vor, der Ihnen den Entschluß erleichtern dürfte. Ich würde bereit sein, von diesem Band etwa 100 Exemplare zum Preise von 3 Mark zu erwerben, die zur Beeinflussung der Kritik bestimmt sind und von mir aus an eine Reihe mir bekannter journalistischer Persönlichkeiten persönlich gesandt werden, so daß Sie mit diesem Betrage, wenn nicht sämtliche Druckkosten, so doch den größten Teil derselben gedeckt hätten und nur ein ganz minimales Risiko eingingen. Frau Kastner weiß von diesem meinem Vorgehen nichts und soll es auch nicht wissen, denn es würde ihr widerstreben, daß sie auf diese Weise zur Herausgabe des neuen Bandes von Gedichten käme.

Der 300 M.-Mäcenas berührt dann auch die „literarische Seite der Sache" und erzählt, daß die zu ebnende Dichterin eine Zierde der österreichischen Literatur wäre; und er schließt mit der zartsinnigen Bemerkung: „Um die Verfasserin nicht zu verletzen, bitte ich Sie, die rein geschäftliche Seite auf einem besonderen Briefbogen zu erwähnen, so daß ich ihr Ihre Zusage senden könnte, aus der nicht ersichtlich ist, daß ich bis zu einem gewissen Grade finanziell dahinter stehe."

Der mit diesem Angebot beglückte Verleger ward durch den Brief so belustigt, daß er das Material vollständig kennen zu lernen wünschte und erbat eine Auswahlsendung der lyrischen Meisterwerke. Der Gatte der Freundin der Dichterin sandte dann ein Sortiment. Die Dichterin befaßt sich mit allerlei höchst aktuellen Dingen, mit dem Mai, mit der Liebe, mit goldenem Sonnenlicht und Sternenglanz, mit einer schlanken Hand, die lässig-müd die Zigarette hält. Ein Ausverkauf alter lyrischer Requisiten!

Aus dem Inhalt des Schreibens des geschäftsgewandten Herrn Dr. Ludwig aber ersehen wir, daß es nicht nur im politischen Leben Reptile gibt, auch auf dem Gebiet der Lyrik spielt also Korruption eine nicht zu verachtende Rolle. Wer mögen die „journalistischen Persönlichkeiten" sein?

Die Eisenbahnkatastrophe bei Malmslätt.

Das furchtbare Unglück hat noch nachträglich mehrere Todesopfer gefordert. Von den im Krankenhause Liegenden sind im Laufe des Tages drei Personen gestorben, so daß die Zahl der bei dem Unglück Umgekommenen nunmehr auf 21 gestiegen ist. Deutsche befinden sich unter den Verunglückten nicht, da die aus Berlin abgelassenen Wagen beim Uebersetzen mit der Fähre sich verspäteten, so daß sie glücklicherweise den Anschluß verpaßten.

Im Kampfe mit Wilderern.

Im Walde bei Pischenich im Rheinland kam es in der Nacht zu einem Kampf zwischen dem Jagdaufseher, dem Sohn des Jagdbesitzers v. Kempig und Wilddieben. Die Wilderer schlugen v. Kempig mit einem Gewehr nieder und legten auf den Aufseher an. Dieser aber schoß zuerst und tötete den 30jährigen verheirateten Summer durch einen Schuß in das Herz. Die anderen Wilderer sind entkommen.

Kleine Notizen.

Das Ende einer Staatsstütze. Als Dienstag morgen der Geschäftsführer Karl Lampe der „Armee- und Marinekonservenfabrik" in Melverode bei Braunschweig unter dem Verdacht der Wechselfälschung verhaftet werden sollte, stürzte er sich vom Balkon seiner Wohnung auf die Straße und brach beide Arme. Außerdem erlitt er schwere Verletzungen am Kopf, so daß er in das Herzoglich Braunschweigische Krankenhaus gebracht werden mußte.

Zu diensteifrig. In Ulm wollte gestern ein Schutzmann ein vom Stuttgarter Stadtpolizeiamt signalisiertes Sacharin-Schmuggler-Automobil anhalten und sprang zu diesem Zwecke auf das Trittbrett des Wagens. Der Chauffeur des Automobils fuhr mit rasender Geschwindigkeit davon und stieß, sobald das Automobil die Stadt verlassen hatte, den Schutzmann vom Wagen, der auf die Straße stürzte und schwere Verletzungen erlitt. Das Automobil entkam.

Das Drama des Zuchthäuslers. Gestern vormittag schoß in Plauen i. Vogtl. ein nach Verbüßung einer Zuchthausstrafe nach Hause zurückgekehrter Gemüsehändler namens Koch aus Eifersucht auf seine Frau und deren Liebhaber, verwundete beide schwer und erschoß sich dann selbst.

Unwetter auf einem russischen See. Auf dem 35 Quadratwerst großen See bei Werchne Neiwinsk sind infolge heftigen Sturmes viele Fischerboote und Fahrzeuge mit Ausflüglern gekentert. Bisher sind zehn Ertrunkene geborgen worden. Fortgesetzt werden leere Boote ans Land geschwemmt.

Eingegangene Druckschriften.

Die Erscheinung. Novelle von Anselma Heine. 94 Seiten. E. Fleischel u. Co., Berlin W. 9.

Schopenhauers Briefe. Ausgewählt und herausgegeben von M. Brahn. 3 M. Insel-Verlag, Leipzig.

Recht und Wirtschaft. Juniheft. Schriftleiter: Prof. Dr. H. Reichel, F. Ritz und Dr. M. Rumpf. Jährl. 10 M. C. Heymann, Berlin W. 8.

„Neueste Erfindungen und Erfahrungen" (Heft 8) auf dem Gebiete der praktischen Technik, der Elektrotechnik, der Gewerbe, Industrie, Chemie, der Land- und Hauswirtschaft. A. Hartlebens Verlag, Wien. Einzelne Hefte 70 Pf.

Unsere Wasserinsekten. Von G. Ulmer. (Naturwissenschaftliche Bibliothek.) Leinenband 1,80 M. — **Cäsar.** Von G. Veith. (Wissenschaft und Bildung. Bd. 75.) 1 M., in Leinenband 1,25 M. — **Himmelskunde.** Von Prof. Dr. A. Marcuse. (Wissenschaft und Bildung. Bd. 106.) 1 M., in Leinenband 1,25 M. Quelle u. Meyer, Leipzig.

Dr. Michaelis' Eichel-Kakao

mit Zucker u. präpariertem Mehl

Als tägliches Getränk, mit Milch gekocht, **Vorbeugungsmittel** gegen **Darmstörungen** namentlich **in der heißen Jahreszeit.**

Mit Wasser zubereitet vorzügliches **Mittel bei Brechdurchfall und Diarrhöe.**

Seit 25 Jahren ärztlich erprobt und anerkannt. Hervorragendes Nähr- und Kräftigungsmittel.

Vorrätig in einschlägigen Geschäften.

Fabrikanten: Gebrüder Stollwerck A.-G., Köln.

Kavon-Seife

ganz ohne Soda!!

eine neuartige Haushaltseife

von

fabelhafter Waschkraft.

Stück 20 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.